



7. Sitzung

Mittwoch, 18. Juni 2008

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsident Wolfhard Ploog, Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk und Vizepräsidentin Nebahat Güclü

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten	239	Egbert von Frankenberg CDU	249
Ausscheiden des Abgeordneten		Christiane Blömeke GAL	249, 255
Dr. Michael Naumann SPD		Kersten Artus DIE LINKE	250
Nachrücken des Abgeordneten		Dietrich Wersich, Senator	251
Jan Quast SPD	239	Wolfgang Rose SPD	252
		Harald Krüger CDU	253
		Elisabeth Baum DIE LINKE	255
Aktuelle Stunde	239	Fraktion der GAL:	
Fraktion der CDU:		Bessere Zeiten für Radfahrerinnen und Radfahrer	
Kein Kompass, kein Lotse – die SPD sucht nicht nur in der Schulpolitik nach Orientierung		(nicht behandelt wegen Zeitablaufs)	
Marino Freistedt CDU	239	Fraktion DIE LINKE:	
Ingo Egloff SPD	240	Elbphilharmonie, HafenCity... düstere Aussichten für die schwarz-grünen Leuchttürme	
Michael Gwosdz GAL	241, 246	(nicht behandelt wegen Zeitablaufs)	
Dora Heyenn DIE LINKE	242		
Wolfgang Beuß CDU	243		
Ties Rabe SPD	244		
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	247		
Fraktion der SPD		Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:	
Gute Pflege braucht richtige Weichenstellung: Anerkennung, Nachwuchsförderung und fairen Lohn!		Wahl von 15 Deputierten der Justizbehörde	
Dirk Kienscherf SPD	247	– Drs 19/480 –	256
		und	

Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl von 15 Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung

– Drs 19/481 –

und

Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl von 15 Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Forschung

– Drs 19/482 –

und

Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl von 15 Deputierten der Behörde für Kultur, Sport und Medien

– Drs 19/483 –

und

Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl von 15 Deputierten der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

– Drs 19/484 –

und

Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl von 15 Deputierten der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

– Drs 19/485 –

und

Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl von 15 Deputierten der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

– Drs 19/486 –

und

Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl von 15 Deputierten der Behörde für Inneres

– Drs 19/487 –

und

Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl von 15 Deputierten der Finanzbehörde

– Drs 19/488 –

und

Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl eines Mitglieds des Datenschutzgremiums nach § 14 der Datenschutzordnung der Hamburgischen Bürgerschaft

– Drs 19/493 –

Ergebnis

Antrag der Fraktion der SPD:

Für ein vernetztes und effektives Handeln der Behörden zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt in der Familie

– Drs 19/494 –

dazu

Antrag der Fraktionen der GAL und der CDU:

Interkulturelle Familienkonflikte entschärfen – Schutz und Prävention ausbauen

– Drs 19/566 –

Carola Veit SPD

Egbert von Frankenberg CDU

Christiane Blömeke GAL

Kersten Artus DIE LINKE

Dietrich Wersich, Senator

Dr. Andreas Dressel SPD

Nebahat Güclü GAL

Bülent Ciftlik SPD

Christiane Schneider DIE LINKE

Beschlüsse

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

256

256

256

257

257

257

257, 270

259

261, 273

263

264

268

269

272

274

275

256

256

256

256

256

256

Steuergerechtigkeit im Vollzug der Steuergesetze herstellen – mehr Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfer und Steuerfahnderinnen und Steuerfahnder in Hamburg		Elke Badde SPD	290
– Drs 19/271 –	275	Dr. Natalie Hochheim CDU	291, 296
dazu		Antje Möller GAL	293, 297
		Elisabeth Baum DIE LINKE	294
		Wolfgang Rose SPD	294
		Wolfgang Joithe–von Krosigk DIE LINKE	297
		Ingo Egloff SPD	298
		Barbara Ahrons CDU	299
		Jens Kerstan GAL	299
Antrag der Fraktion der SPD:			
Betriebsprüfung stärken und Vakanzen abbauen		Kenntnisnahme mit Besprechung	299
– Drs 19/564 –	275		
sowie			
Antrag der Fraktion der SPD:		Gemeinsame Beratung	
Betriebsprüfung stärken - Neue Betriebsprüfer ausbilden		Bericht des Eingabenausschusses:	
– Drs 19/565 –	275	Eingaben	
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	275	– Drs 19/418 –	299
Rüdiger Kruse CDU	278		
Dr. Peter Tschentscher SPD	279, 283	Bericht des Eingabenausschusses:	
Jens Kerstan GAL	280	Eingaben	
Dora Heyenn DIE LINKE	281	– Drs 19/419 –	299
		Bericht des Eingabenausschusses:	
Beschluss	284	Eingaben	
		– Drs 19/420 –	299
Senatsmitteilung:		Bericht des Eingabenausschusses:	
Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 9. Mai 2007 – Verurteilung des Systems der Zwangsarbeitslager (Laogai-Lager) in der Volksrepublik China (Drucksache 18/6105) –		Eingaben	
– Drs 19/425 –	284	– Drs 19/421 –	299
Roland Heintze CDU	284	Beschlüsse	300
Rolf-Dieter Klooß SPD	285		
Andreas Waldowsky GAL	287	Sammelübersicht	300
Christiane Schneider DIE LINKE	287		
Dr. Till Steffen, Senator	288	Beschlüsse	300
Kenntnisnahme	290	Senatsantrag:	
		Information über den Erlass einer „Hamburgischen Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Rettungssanitäterinnen und Rettungssanitäter (HmbRettS-anAPO)“ in Erledigung des interfraktionellen Antrages (Drucksache 18/4281) vom 11. Mai 2006	
Große Anfrage der Fraktion der SPD:		– Drs 19/424 –	300
Niedriglohnsektor in Hamburg: Entwicklung der Zahl der Geringverdienerinnen und Geringverdiener in Hamburg		Beschluss	300
– Drs 19/258 –	290		

Senatsmitteilung:

Stellungnahme des Senats zum Ersuchen der Bürgerschaft vom 15./16./17. April 2002 „Regelmäßige Unterrichtung der Bürgerschaft über die Polizeiliche Kriminalstatistik“, Drucksache 17/654 (Ursprungsantrag Drucksache 17/317)

– Drs 19/427 – 300

Beschluss 300

Antrag der Fraktion der SPD:

Kleine Betriebe besser unterstützen – mehr Ausbildungsplätze durch Einrichtung einer Umlage für mehr Ausbildungsplätze

– Drs 19/27 – 300

Beschluss 300

Antrag der Fraktion der SPD:

Überprüfung des Bebauungsplanes Wohldorf-Ohlstedt 13

– Drs 19/442 – 300

Dr. Andreas Dressel SPD 300

Jens Kerstan GAL 301

Andy Grote SPD 302

Antje Möller GAL 303

Dr. Monika Schaal SPD 304

Beschluss 305

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE für ein Elftes Gesetz zur Änderung des Bauleitplanfeststellungsgesetzes und

Antrag auf Nachwahl eines Mitglieds und dessen Vertreterin oder Vertreters für die Kommission für Stadtentwicklung

– Drs 19/489 – 305

Beschlüsse 305

Beginn: 15.02 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Ich freue mich, dass zu unserer heutigen Sitzung internationale Gäste anwesend sind. Besonders begrüße ich den Gouverneur des brasilianischen Bundesstaates Rio de Janeiro, Herrn Sérgio Cabral, den Botschafter Brasiliens in Deutschland, Herrn Luiz Felipe de Seixas Correa und Herrn Honorarkonsul Lucas Meyer. Sie werden begleitet von den Ministern für Wirtschaftsentwicklung, Transport und Finanzen des Bundesstaates Rio de Janeiro. Im Namen der Hamburgischen Bürgerschaft begrüße ich Sie alle sehr herzlich in Hamburg.

(Beifall im ganzen Hause)

Sodann habe ich zwei Personalien zu verkünden.

Mit Schreiben vom 22. Mai 2008 hat mir der ehemalige Abgeordnete Dr. Michael Naumann mitgeteilt, dass er sein Bürgerschaftsmandat zum 15. Juni 2008 niederlegt. Herr Dr. Michael Naumann gehörte der Bürgerschaft seit März 2008 an. Die Bürgerschaft dankt Herrn Dr. Naumann für die von ihm geleistete Arbeit.

(Beifall bei der SPD, vereinzelt bei der CDU und der GAL)

Nach Mitteilung des Landeswahlleiters ist auf der Landesliste der SPD Herr Jan Quast nachgerückt. Lieber Herr Quast, ich begrüße Sie herzlich wieder in unserer Mitte und wünsche Ihnen viel Freude an der Ihnen nicht unbekannten Aufgabe.

(Beifall bei der SPD, vereinzelt bei der CDU, der GAL und der LINKEN)

Wir kommen sodann zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind vier Themen angemeldet worden, und zwar von der CDU-Fraktion

Kein Kompass, kein Lotse – die SPD sucht nicht nur in der Schulpolitik nach Orientierung

von der SPD-Fraktion

Gute Pflege braucht richtige Weichenstellung, Anerkennung, Nachwuchsförderung und fairen Lohn!

von der GAL-Fraktion

Bessere Zeiten für Radfahrerinnen und Radfahrer

und von der Fraktion DIE LINKE

Elbphilharmonie, HafenCity ... düstere Aussichten für die schwarz-grünen Leuchttürme!

Ich rufe zunächst das erste Thema auf. Das Wort wird gewünscht. Der Abgeordnete Freistedt bekommt es.

Marino Freistedt CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir alle, die wir hier sitzen, wissen, was es heißt, in einer Partei einen grundsätzlichen Konsens zu einem Sachthema herzustellen. Wir alle haben uns in der Politik häufig mit unterschiedlichen inhaltlichen Positionen zu befassen. Aber das muntere und gleichzeitig peinliche Schauspiel der SPD in Sachen Schulpolitik darf so nicht weitergehen.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Monika Schaal*
SPD: Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen schmeißen!)

Die tiefe Zerrissenheit der SPD auf dem wichtigen Feld der Schulpolitik schadet in erster Linie nicht der erfolgreich gestarteten Regierung Ole von Beust und Christa Goetsch, sondern den Schülerinnen und Schülern sowie dem Ansehen unserer Stadt.

(Beifall bei der CDU und bei *Andreas Waldowsky* und *Horst Becker*, beide GAL)

Sie als Partei wagen sich nicht, sich hier und heute zum Gymnasium zu bekennen und nehmen damit Tausenden von Kindern und Jugendlichen die Chance auf eine leistungsstarke Schulbildung. Schlimmer noch: Ihre Sowohl-als-auch-Politik verunsichert Tausende von Eltern und Zehntausende von Wählern, weil diese immer noch nicht wissen, was die ehemals so starke und traditionsbewusste SPD denn künftig in der Schulpolitik machen will. So sprechen Sie sich gleichzeitig sowohl für als aber auch gegen das Gymnasium aus. Offenbar merken nur wenige in Ihrer Partei, dass beide Positionen unvereinbar miteinander sind.

Leider ist der ehemalige Spitzenkandidat, Herr Naumann, nicht mehr Mitglied dieses Hohen Hauses. Er hat das Handtuch geworfen, aber es gibt zwei typische Aussagen. Im Wahlkampf sagte er noch Folgendes:

"Der traditionelle Horrorweg der Gymnasien wird in den nächsten Jahren auslaufen. Ich habe an einer amerikanischen Ganztagschule meinen Abschluss gemacht."

(*Wilfried Buss* SPD: Richtig!)

Es war natürlich eine Gesamtschule und Herr Buss bestätigt das auch noch und sagt, das sei richtig.

Vor zwei Tagen lesen wir aber von Herrn Naumann in der "Welt":

"... was in Deutschlands Bildungslandschaft bislang funktioniert hat, waren immer noch die Gymnasien."

(Marino Freistedt)

Recht hat er, aber warum sagt er dieses jetzt, nachdem er seine Koffer gepackt hat? Warum hat er das nicht im Wahlkampf so deutlich gesagt?

(Beifall bei der CDU – *Dr. Monika Schaal SPD*: Weil er keine Zeit dazu hatte!)

Für Sie ist Herr Naumann vielleicht ein Auslaufmodell, aber wir wissen, dass das Einheitsmodell, von der SPD vorgetragen, auch in der SPD nicht unbedingt unumstritten ist. So sagt der Fraktionschef Michael Neumann vor dem Hamburger Weltwirtschaftsinstitut im letzten Jahr:

(*Michael Neumann SPD*: Ist schon zwei Jahre her!)

"Es gibt eine Schulform, der vertrauen 50 Prozent der Eltern so sehr, dass sie ihre Kinder sogar gegen die Empfehlung von Lehrern dort anmelden. Das ist das Gymnasium. Und das Gymnasium ist für mich schon allein deshalb ein zu erhaltenes Schulangebot."

(*Wilfried Buss SPD*: Das wollen Sie ja abschaffen!)

Recht hat er, zumindest in dem Punkt.

(Beifall bei der CDU)

Denn schon tönt aus der Gesamtschulecke fünf Tage später – Herr Buss, das sind Sie natürlich –, dass – Zitat –:

"... mit vorschnellen unreflektierten und wenig fundierten Äußerungen Unsicherheiten und Festlegungen provoziert werden. Dieses Vorgehen ist kontraproduktiv und dient lediglich der eigenen Profilierungssucht."

Das sind Ihre Worte, Herr Buss. Etwas später fährt er dann fort:

"Wir können das Gymnasium nicht verschonen",

wobei er sicherlich gemeint hat: Wir wollen das Gymnasium nicht verschonen.

Aktuell ist natürlich die Diskussion um das Harburger schulpolitische Papier, das jetzt diskutiert wird. Einerseits stellt sich die SPD als Retter des Gymnasiums hin, andererseits gibt es starke Strömungen, das abzuschaffen.

Meine Damen und Herren, nicht die Regierung schafft Unruhe und Unfrieden, sondern der Versuch, das Gymnasium abzuschaffen.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Dieser Versuch einer Gruppe von SPD-Ideologen, die das Gymnasium bis auf das Messer bekämpft – wir hören das ja gerade – schafft Misstrauen und spaltet.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Die Schulreform der CDU dagegen ist zukunftsweisend und berücksichtigt unterschiedliche Interessen und schulpolitische Erfahrungen. Das haben wir mit CDU und GAL so abgesprochen. Sie ist eben kein Wunschkonzert und auch kein Köder, um auf Wählerfang zu gehen. Das Schlagwort von der Überwindung des schulpolitischen Streits ist von unserem Bürgermeister zu Recht geprägt worden. Schulpolitik wird von der Gestaltungsmehrheit GAL und CDU

(*Ingo Egloff SPD*: Handlungsmehrheit!)

in diesem Hause nicht nach dem billigen Motto betrieben.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, darf ich Sie auf die Bedeutung des Lichtes dort vorne aufmerksam machen.

Marino Freistedt (fortfahrend): Aus diesem Grunde möchte ich abschließend sagen: Wir halten den Kurs, den Ole von Beust und die GAL eingeschlagen haben weiter und werden das Schulsystem reformieren.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Egloff.

(*Dittmar Lemke CDU*: SPD, noch zweifelhaft!)

Ingo Egloff SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Freistedt, ich würde das einmal unter dem Begriff untauglicher Versuch abtun, was Sie hier getan haben. Sie wollen von der Debatte ablenken, die Sie in Ihrer eigenen Partei haben.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Der Einzige, der die Eltern verunsichert, das ist dieser Senat, der dort oben sitzt, weil er nämlich nicht weiß, wohin der Zug fährt. Das ist Ihr Problem, Herr Freistedt, und da nützt es nichts, sich hier hinzustellen und sich mit anderen zu beschäftigen. Sie müssen erst einmal vor der eigenen Tür kehren.

(Beifall bei der SPD)

Gucken Sie sich doch Ihre eigene Partei an. Ganze Kreisverbände der Jungen Union protestieren und sagen, sie unterstützen die Initiative "Pro Gymnasium". Der RCDS erklärt es öffentlich. Wenn man die Interviewäußerungen Ihrer Abgeordneten liest, dann steht da immer, dass sie sich nicht wohlfühlen bei dieser schulpolitischen Linie. Wenn man mit Ihren Abgeordneten spricht, dann hört man auch das eine oder andere Mal, dass sie

(Ingo Egloff)

überhaupt nicht verstehen, was in dieser Koalitionsvereinbarung vereinbart ist. Es ist jedenfalls nicht das, was Sie den Eltern im Wahlkampf versprochen haben, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall bei der SPD)

Im Gegensatz zu Ihnen wird bei uns diskutiert. Wir haben ein dreiviertel Jahr lang in unserer Partei eine ernsthafte Diskussion auf allen Ebenen geführt über die Frage, wie die Bildungspolitik in Hamburg künftig aussehen soll. Wir haben ein Konzept vorgelegt, das immerhin dazu geführt hat, dass uns im Wahlkampf die Kompetenz im bildungspolitischen Bereich mit 42 Prozent zugeschrieben wurde. Sie lagen bei 27 Prozent.

(Beifall bei der SPD – *Klaus-Peter Hesse CDU*: Das Einzige, was Sie gewinnen, sind Umfragen!)

Wir haben sehr deutlich gemacht, dass wir den Elternwillen berücksichtigen wollen und Sie wollen das Elternwahlrecht abschaffen. Das ist Ihre Politik. Sie wollen im 21. Jahrhundert mit obrigkeitsstaatlichen Mitteln aus dem letzten Jahrhundert agieren und das ist falsch. Das wird den Eltern in dieser Stadt nicht gerecht, wenn Sie das Elternwahlrecht abschaffen und so tun, als sei das überhaupt nichts.

(Beifall bei der SPD – *Marino Freistedt CDU*: Wie ist das denn jetzt bei der SPD?)

Sie sind auf Ihrem Parteitag, Herr Voet van Vormizee, wie die Lämmer zur Schlachtbank gegangen. Da haben Sie keinen Ton zu Ihrer Koalitionsvereinbarung gesagt.

(Beifall bei der SPD – *Michael Neumann SPD*: Die Anmeldung war ein Eigentor!)

Ob es Ihnen gefallen hat oder nicht, Sie haben geschwiegen und es abgenickt. Das ist kein Vorbild für Parteiendemokratie, sondern das ist Kuschen vor dem Bürgermeister, meine Damen und Herren, und nichts anderes.

(Beifall bei der SPD)

Dann stellen Sie sich hier hin und wollen der SPD Belehrungen erteilen. Ich sage Ihnen, die Stunde der Wahrheit dieser Koalition wird noch kommen. Im Moment können Sie Formelkompromisse auf dem Papier formulieren, aber was ist denn, wenn die Primarschule eingeführt wird? Wie sieht es dann aus? Ist es die Bezirksgrundschule von Frau Goetsch oder ist es die Langform des Gymnasiums von Herrn von Beust. Das werden Sie irgendwann entscheiden müssen und Farbe bekennen müssen. Dann wird nämlich klar, ob wir eine Situation in Hamburg haben, in der die Eltern gezwungen sind, schon im Bereich der Vorschule zu entscheiden, ob sie ihre Kinder auf das Gymnasium schicken wollen oder nicht oder ob es wirklich ein

gemeinsames längeres Lernen gibt. Wenn es nach dem Bürgermeister geht, gibt es das nicht. Die Frage ist, wer sich in dieser Koalition durchsetzt. Den Beweis müssen Sie erst noch einmal anbringen und ansonsten sollten Sie den Mund halten.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Ich gebe dem Abgeordneten Gwosdz das Wort.

Michael Gwosdz GAL: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Schön, dass wir jetzt gute Stimmung im Saal haben.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das flaut jetzt wieder ab!)

Schön auch, dass Herr Egloff wieder einmal betont hat, dass die SPD bedingungslos den Elternwillen erhalten will.

Was ist eigentlich der Elternwille, der eine von allen Eltern vertretene gemeinsame Wille? Wenn man sich auf die Suche nach dieser einen Wahrheit begibt, muss man zwangsläufig in eine innere Zerrissenheit geraten, wie es die SPD gerade tut, vor allem wenn man diese Wahrheit in der Schulstrukturfrage zu finden versucht, denn dort findet man viele verschiedene Elternwillen. Wir haben die Vertreter der Volksinitiative "Wir wollen lernen", die Vertreter von "Schule für alle", wir haben Eltern, die ihre Kinder auf eine Waldorfschule schicken, wir haben Eltern, nach deren Willen das Beste ist, ihre Kinder auf Schloss Salem zu schicken und wir haben die Eltern, die in Heimunterricht die Bildung selbst in die Hand nehmen. In diesem Potpourri von Schulformvorstellungen wird man nie einen einheitlichen Elternwillen finden, den man glaubwürdig als den einen repräsentieren kann.

(*Andy Grote SPD*: Dann finden Sie den mal für alle!)

Die Suche endet zwangsläufig in der Orientierungslosigkeit. Kurz gesagt: Gibt es in der Schulstrukturfrage einen einheitlichen Elternwillen? Ich sage: Den gibt es nicht. Es gibt so viele Elternwillen in Hamburg und in der ganzen Welt wie es Eltern gibt. Sie alle verbindet eines: Der Wille, das Beste für das Kind zu erreichen. Doch was ist das Beste für das Kind?

(*Bülent Ciftlik SPD*: Das ist ja bahnbrechend, was Sie hier erzählen!)

Auch hier hat jede und jeder verschiedenste Antworten. Wenn wir diese verschiedenen Antworten politisch operationalisierbar machen wollen, ergibt sich dennoch ein brauchbarer Leitgedanke: Wir brauchen ein möglichst gerechtes und faires Schulsystem. Gerechtes darin, jedem Kind den schrankenlosen Zugang zur bestmöglichen Ausbildung zu ermöglichen, fair darin, die Stärken zu stärken und die Schwächen zu fördern und nicht

(Michael Gwosdz)

umgekehrt, die Stärken zu vernachlässigen und die Schwächen zu bestrafen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Wer sich von diesem Grundgedanken leiten lässt, erkennt schnell eines: Die Vielgliedrigkeit des Hamburger Schulsystems ist in der Gesamtbilanz weder gerecht noch fair. Das haben wir alle zusammen auch schon in der Enquete-Kommission erkannt und daraus die Konsequenz gezogen, die Vielgliedrigkeit zu reduzieren. Die Erkenntnis teilen wir alle.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Aber die Primarschule haben Sie nicht beschlossen!)

Wer den Leitgedanken ernst nimmt – Stärken stärken, Schwächen fördern –, der erkennt aber auch, dass eine zu frühe Trennung der Kinder in vermeintlich Schwächere und Stärkere der Individualität der Kinder nicht gerecht würde. Sie verbaut die Chancen, gemeinsam von den Stärken des anderen zu lernen. Wer sich diesen Gedanken zum Kompass macht, der kommt am Ende recht einfach auf die Erkenntnis: Die sechsjährige Primarschule ist nötig.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Diese Erkenntnis hat Ihre Arbeitsgemeinschaft für Bildung auch gehabt. Mit Beschluss vom 24. April hat sie gesagt, die Primarschule geht in die richtige Richtung. Die SPD-Fraktionen im Saarland und in Bayern haben entsprechende Anträge zur Einführung einer sechsjährigen Primarschule eingebracht. Es ist also letzten Endes auch ein Stück weit sozialdemokratische Politik.

Den einen Hauptteil unserer gemeinsamen Schulreform, Einführung Stadtteilschule und Gymnasium, haben wir bereits gemeinsam in der Enquete-Kommission vereinbart. Der andere Teil zur Primarschule steht offensichtlich nicht im Widerspruch zur sozialdemokratischen Politik. Wenn wir aber gar keine grundlegenden Differenzen in den Grundsätzen haben, dann lassen Sie uns doch bitte die Auseinandersetzung auf die sachliche Kritik der Details der Reformschritte beschränken. In der Frage der Abschaffung der isolierten Hauptschulklassen zum Beispiel zum kommenden Schuljahr haben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, das schon auf wunderbare Weise getan. Wenn dagegen Herr Neumann in der "Welt" von den Trümmern schwarz-grüner Schulpolitik spricht

(Michael Neumann SPD: Das war das "Hamburger Abendblatt"! – Frank Schira CDU: Das ist ja egal!)

– dann war es das "Hamburger Abendblatt" – und sie herbeisehnt, dann ist das aus parteitaktischen Gründen zwar nachvollziehbar, verantwortliche

Schulpolitik sieht jedoch aus meiner Sicht anders aus.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Noch ein Wort zum Elternwahlrecht. Sie tun immer so, als sei die Entscheidung für die Schulform das einzige Kriterium für das Prinzip Elternwahlrecht. Sie ignorieren allerdings eines völlig: Bei der künftigen Frage Stadtteilschule oder Gymnasium ist etwas anderes ebenso wichtig wie es heute schon ist, nämlich die Frage, auf welches inhaltliche Profil einer Schule schicke ich mein Kind? Das ist wesentlich wichtiger als die Frage, Stadtteilschule oder Gymnasium. Wenn beide Formen am Ende zum Abitur führen, ist das wichtigste Prinzip und Recht der Eltern zu entscheiden, welche Inhalte ihren Kindern in den Schulen vermittelt werden. Denn die Frage der Inhalte, die ein Kind lernen wird, ist weitaus wichtiger und deshalb stärken wir in dieser Frage sogar die Mitspracherechte der Eltern, denn künftig werden die inhaltlichen Profile der Schulen nachfragegesteuert. Die Eltern haben ein Mitspracherecht bei den inhaltlichen Angeboten der Schule und sie werden sich entscheiden können, was die Kinder lernen werden. Das ist ein sehr wichtiger Teil des Elternwahlrechts und den sollten Sie in den Vordergrund stellen und nicht Angst schüren, dass die Eltern in Zukunft überhaupt keine Entscheidungen mehr darüber haben werden, was und wie ihre Kinder lernen werden. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU hat die Orientierung verloren.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wer im Glashaus sitzt, der sollte nicht mit Steinen werfen.

(Marino Freistedt CDU: Wohl wahr!)

Die SPD ist ja ein wenig durcheinander. Sie hat mit der Rolle der Opposition immer noch gewisse Schwierigkeiten. Wir denken auch, gegen alle Vorhaben der Regierung zu sein, reicht einfach nicht aus. Es bedarf politischer Gegenentwürfe, die in sich stimmig sind, denn die Opposition hat nicht die Mehrheiten für Gesetze im Parlament. Sie hat nicht die Macht, Veränderungen über die Legislative durchzusetzen.

(Wolfgang Beuß CDU: Gott sei Dank!)

Das einzige Mittel der Opposition ist die Überzeugungskraft mit Argumenten und die Verankerung in

(Dora Heyenn)

der Bevölkerung. Dafür ist allerdings eines eine Voraussetzung: Ein klares Konzept.

(Frank Schira CDU: Richtig!)

Die LINKE ist in der Tat die einzige Partei in der Hamburgischen Bürgerschaft, die eine klare Orientierung in der Bildungspolitik hat und das bedeutet: gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule, keine soziale Auslese, keine hungernden Kinder in Schule und Kita.

(Beifall bei der LINKEN)

Die LINKE setzt sich kompromisslos für eine Schule für alle ein, eine Schule, in der die jungen Menschen von der 1. bis zur 10. Klasse gemeinsam lernen können. Deswegen haben wir auch dem Vorschlag der Regierung, die Hauptschulen abzuschaffen, zugestimmt. Das ist genau der richtige Weg.

Nun werden Sie sicherlich einwenden, wer in der Politik keine Kompromisse macht, sei politikunfähig. Aber die gegenwärtige Diskussion zeigt etwas anderes, sie zeigt, dass Kompromisse auch Grenzen haben. Schwarz-Grün will in der Bildungspolitik die Quadratur des Kreises. Das funktioniert nicht, das macht sie politikunfähig.

Die GAL hat mit ihrem Modell "9 macht klug - neun Jahre gemeinsame SCHULE FÜR ALLE" im Wahlkampf gekämpft. Sie bekämpfte das Zwei-Säulen-Modell und jetzt will sie es umsetzen. Die CDU trat für die Erhaltung des gegliederten Schulsystems mit Stärkung der Gymnasien ein, ihre deutsche Traditionsschule, wie Sie immer so gerne betonen. Im Koalitionsvertrag hat sie zugesagt, eine sechsjährige Grundschule in Hamburg ab 2010 zu etablieren, und zwar mit dem Anspruch, die Aufteilung der Schülerinnen und Schüler um zwei Jahre nach hinten zu verlagern. Ole von Beust hat in seiner Regierungserklärung zugesagt,

(Ingo Egloff SPD: Der sagt immer viel, wenn der Tag lang ist!)

alle Aussagen aus dem Koalitionsvertrag einzuhalten. Das hat Ole von Beust gesagt, aber gilt das auch für die CDU? Zweifel und Kritik aus seiner Partei sind lautstark zu vernehmen. Dabei soll doch die CDU-Fraktion diese Beschlüsse im Parlament durchsetzen. Da lesen wir kürzlich in einem Interview von Frau Koop gegenüber der "Welt" zur geplanten schwarz-grünen Schulpolitik – ich zitiere –:

"Ich weiß nicht, ob es jetzt nicht größere Widerstände gibt. Am Ende wird das zu Lasten der Kinder gehen."

So viel, Herr Freistedt, zu der Bemerkung von Ihnen, dass die Unruhe nicht von der Regierung kommt. Sie kommt sehr wohl von diesem Kompromiss, den keiner so richtig versteht.

(Beifall bei der LINKEN und bei Gerhard Lein SPD)

Der RCDS unterstützt die Volksinitiative zum Erhalt der Hamburger Gymnasien. Der kürzlich im Amt bestätigte Landesvorsitzende sagte zur Begründung, sein Verband habe sich im Wahlkampf gegen die Einheitsschulpläne von SPD, Linkspartei und GAL sowie der Volksinitiative "Eine Schule für alle" eingesetzt und behauptet, eine Aufweichung der traditionellen Gymnasien gefährde die Studierfähigkeit der Schüler. Zuvor hatten bereits drei Kreisverbände der Jungen Union und die Schülerunion beschlossen, die Initiative gegen das von CDU und GAL beschlossene Reformvorhaben zur Einführung der sechsjährigen Grundschule zu bekämpfen.

Es bleibt die Frage, was die CDU mit dem Thema in dieser Aktuellen Stunde wollte. Das Motto: Die SPD hat noch größere Probleme als wir, reicht ja wohl nicht.

Im Zusammenhang mit der Ausbildung an der Hochschule hat die CDU ihre Vorliebe für Australien entdeckt und das Modell der nachgelagerten Studiengebühren, das dort bereits wieder in der Kritik steht, soll hier eingeführt werden. Die Christdemokraten scheinen aber noch etwas anderes aus dem Land am anderen Ende der Welt importiert zu haben, nämlich den Exportschlager, den Bumerang. Dieses Thema, meine Damen und Herren von der CDU, spiegelt Ihre eigene Unsicherheit wider. Herrn Kerstan können wir nur empfehlen: Schenken Sie doch Ihrem Koalitionspartner bitte einen Kompass.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Beuß.

Wolfgang Beuß CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Heyenn, mit Ihrer Bemerkung zur sechsjährigen Grundschule machen Sie deutlich, dass Sie sich nicht einmal die Zeit genommen haben, den Koalitionsvertrag zu lesen. Von Grundschule steht da gar nichts drin. Da steht etwas von Primarschule drin.

(Ingo Egloff SPD: Haben Sie auch noch etwas Inhaltliches zu sagen?)

– Herr Egloff, wenn Sie meinen, wer schreit, habe recht, dann sind Sie auf einem Irrweg. Als Sprachheilpädagoge kann ich Ihnen nur raten: Schonen Sie Ihre Stimme, man merkt förmlich, wie die knarrt, weil Sie sich so echauffieren über Ihre eigenen Unfähigkeiten innerhalb Ihrer Partei.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Herr Egloff, seien Sie versichert, dass wir wissen, wo der Zug hinfährt. Das steht auch klar in der Koalitionsvereinbarung. Wenn Sie ein Wahlkampfver-

(Wolfgang Beuß)

sprechen der CDU anmahnen, dann kann ich Ihnen nur sagen, dass wir als Demokraten Wahlergebnisse zur Kenntnis nehmen müssen. Wir regieren nicht mehr alleine. Deshalb haben wir in der Koalition diesen aus unserer Sicht guten Kompromiss gefunden.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Herr Egloff, im Gegensatz zu Ihnen diskutieren wir sehr wohl. Was Sie tun, ist, dass Sie unter dem Tisch aufeinander eindreschen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Ach so, das macht die CDU nie!)

Herr Egloff, wenn Sie sagen, wir wollten das Elternwahlrecht abschaffen – ich habe das vor einiger Zeit schon einmal betont –: Am Ende der sechsten Klasse gibt es in Hamburg kein Elternwahlrecht.

(*Ingo Egloff SPD*: Das ist doch Bullshit!)

Das hat es auch in der Vergangenheit nicht gegeben.

Herr Neumann, Sie fordern die Einheitsschule. Wissen Sie, was das bedeutet? Da gibt es überhaupt kein Elternwahlrecht mehr.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Henry Ford hat einmal gesagt, ein Misserfolg sei die Chance, es beim nächsten Mal besser zu machen. Ich kann nur sagen, dass die Hamburger SPD einen Misserfolg nach dem anderen produziert, aber nichts daraus lernt. Das wird in der Schuldebatte ganz deutlich. Da ist der Herr Lein auf der einen Seite, Herr Rabe auf der anderen Seite. Da ist die Einheitsschule, da ist das Säulenmodell, das gelobt wird. Raus oder rein, rein oder raus. Was denn nun?

Der Oberleutnant der Reserve, Herr Neumann,

(*Michael Neumann SPD*: Nein, falsch!)

hat seine Truppe nicht im Griff. Sie verfahren immer noch nach dem Prinzip Befehl oder Gehorsam.

(*Michael Neumann SPD*: Wenn das mal klappen würde!)

Aber in Ihrem Laden macht jeder, was er will. Bestes Beispiel ist doch der Pseudomephisto der SPD, Herr Böwer. Dem geht es doch gar nicht mehr um die Sache, sondern nur noch darum, was ihm nützt und was ihren Laden durcheinanderbringt. Ähnlich Frau Schaal. Parteivorsitzender Egloff spricht sich für Moorburg aus, sie sagt ein ganz entschiedenes Nein. Was gilt denn nun? Raus oder rein oder rein oder raus? Wo ist denn Ihr Kurs?

(Beifall bei der CDU)

Dann geben Sie seit einigen Wochen den Klassiker der Orientierungslosigkeit, und zwar im Umgang mit den LINKEN. Mal zögerliche Annäherungsversuche,

(*Michael Neumann SPD*: Der enttäuschte Liebhaber aus Eimsbüttel!)

mal halbherzige Abgrenzungsversuche. Was gilt denn hier, wenn Sie, Herr Neumann, mal so und mal so sagen. Das genügt nicht. Sie müssen nicht nur die Marschzahl vorgeben, sondern auch einen Kompass in der Hand halten, damit Sie den Kurs halten. Ich kann Ihnen nur empfehlen: Passen Sie bloß auf Ihre Truppe demnächst im Harz auf, damit Ihnen keiner verlustig geht, weil Sie möglicherweise die Orientierung bei Ihrem Survival-Gang dort, den Sie planen, verlieren.

Einen haben Sie schon verloren. Das ist Ihr Hilfslotse Naumann gewesen. Der hat das sinkende Schiff verlassen und bestimmte Tiere bekommen nun auf diesem sinkenden Schiff wieder die Oberhand. Statt dem kläglichen Versuch, sich am Senat abzuarbeiten, möchte ich gerne noch einmal an Ihre eigene Vergangenheit erinnern, nämlich dem Stimmenklau von 2007. Das war historisch in der deutschen Parteienlandschaft und an Blamage nicht zu überbieten. Herr Dressel, der immer wieder den Chefankläger gibt, sollte doch einmal den Hilfssheriff spielen und die Sache in den Griff bekommen.

Mein Appell an Sie: Nehmen Sie endlich Orientierung auf, damit Sie wenigstens Ihrer Oppositionsrolle gerecht werden. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Rabe.

Ties Rabe SPD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bis vor Kurzem war sich dieses Haus in der Bildungspolitik vollkommen einig, auch wenn man jetzt diesen Eindruck nicht mehr hat. Die Einigkeit bestand zumindest in dem Punkt, dass das größte Problem diejenigen sind, die ohne Schulabschluss die Schule verlassen. Ein halbes Jahr ist in einer Enquete-Kommission mit allen Parteien darüber nachgedacht worden, was man dagegen tun kann. Die Lösung war, dass wir alle gesagt haben, es ist richtig, Hauptschule, Realschule und Gesamtschulen zu Stadtteilschulen zusammenzuführen. Wir haben das mit großer Gemeinsamkeit getragen, weil es eine Perspektive für das Hamburger Schulsystem ist.

Für uns war das eine klare Leitlinie, die in Wahlprogrammen und Parteitagsbeschlüssen ihren Niederschlag gefunden hat und diese Leitlinie lautete: Wir wollen diese Zusammenführung, aber die Stadtteilschule ist für uns nicht die zweite und schwächere von zwei Säulen, sondern sie ist lang-

(Ties Rabe)

fristig der richtige und breite Weg hin zu einer neuen Schulform, in der Schüler besser lernen können. Diesen Weg wollten wir zumindest ein Stück gemeinsam gehen. Und wer von diesem Weg abgewichen ist, das sind diejenigen, die heute davon reden, dass sie einen klaren Kurs hätten, die aber vor Kurzem genau diesen Weg noch für richtig gehalten haben.

(Jens Kerstan GAL: Nee, hatten wir nie!)

Zum Beispiel Herr Heinemann, ich kann auch andere zitieren, die immer wieder gesagt haben, dieser erste Schritt müsse es sein und von diesem ersten Schritt ist nichts übrig geblieben.

(Beifall bei der SPD)

Aber ich will auf einen anderen Punkt eingehen. Ich stehe jetzt hier, weil Sie in der Öffentlichkeit sagen, die SPD streitet sich ständig, die können das nicht und da geht es nicht geradeaus. Genauso gut könnte ich sagen, Sie streiten sich auch und deswegen geht das alles bei Ihnen nicht voran. Ich könnte den RCDS anführen, die Junge Union und so weiter und so weiter. Das hatte ich mir auch alles schön ausgedacht, aber ich sage Ihnen ganz ehrlich,

(Wolfgang Beuß CDU: Schlechte Abstimmung!)

das will ich nicht sagen, weil es mich an einer bestimmten Stelle anwidert und ich will auch sagen warum. Unten im Rathaus stehen schöne Schilder "Demokratie erleben" und dort sind Menschen, die sich das alles angucken. Auch lernen sie, zumindest im Politikunterricht und wenn sie die Schulbücher richtig gelesen haben, dass Politik davon lebt, dass man diskutiert, dass man Überzeugungen hat, dass man um Überzeugungen ringt und nicht nur bei einer Wahl ein Kreuz macht, sondern man zwischen den Wahlen sogar die Chance hat, seine Überzeugungen in den politischen Diskurs einzubringen, dass man etwas bewegen kann.

(Wolfgang Beuß CDU: Na, dann fangen Sie mal an!)

Das lernen alle und manche Schüler staunen und sagen, Überzeugungen und so viel Mühe haben und dann auch noch Parteigelder bezahlen. Das ist schon etwas, was in der jetzigen Gesellschaft ein bisschen merkwürdig erscheint. Aber das ist das Ideal, das wir propagieren, und die Parteien sollen für solche Diskussionen die Plattform bieten.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wehe, wenn das wirklich mal einer ernst nimmt, wenn er wirklich mal sagt, ich habe meine Überzeugungen, ich bin in einer Partei, ich kämpfe dafür, dann hört man erst einmal, jetzt geht's gerade nicht, jetzt passt es alles nicht, das ist alles ganz ungeschickt, diese Diskussion ist sowieso gar nicht gut. Und die wohlmeinenden Vertreter der Medien sagen uns, das ist alles eine Streiterei, das würde

in der Öffentlichkeit schlecht ankommen und der politische Gegner greift an der Stelle gnadenlos an.

Was also tun Parteien in so einer Lage, wenn immer wieder der Diskurs auf diese Art und Weise diffamiert wird? Hamburgs Parteien zeigen die Wege, die sich da öffnen und die CDU geht diesen Weg voran. Die CDU hat auf ihrem kleinen Parteitag diese innerparteiliche Diskussion komplett und nachhaltig ausgerottet,

(Beifall bei Jan Balcke SPD)

dass sogar das "Hamburger Abendblatt" entsetzt gefragt hat, ob das eigentlich noch eine funktionierende Partei sei, ob es da eigentlich noch Menschen gebe, die eine eigene Überzeugung hätten.

(Beifall bei der SPD)

In unserer Partei gibt es Menschen mit solchen Überzeugungen, die hat es schon immer gegeben

(Frank Schira CDU: Das ist ja auch nichts Schlimmes!)

und die haben manchmal viel Leid auf sich genommen und in der Partei – vielleicht nicht immer in der öffentlichen Darstellung – ein wunderbar windschnittiges Bild abgegeben. Wenn Sie – der Hinweis ist berechtigt, Herr Beuß – hier militärische Formen einfordern und sagen, der Oberleutnant muss in der Partei sagen, wo es längs geht, dann ist das Unsinn. In Wahrheit geht es doch gerade um die Diskussion.

(Beifall bei der SPD)

Das macht die SPD verletzlich, das bietet Angriffsfläche, wohl wahr, und das kann man alles als Chaos denunzieren. Aber in Wahrheit ist das die Demokratie, die wir und die auch Sie da unten in schönen Schildern im Vorraum des Rathauses immer so schön in Ihren Sonntagsreden anpreisen. Bevor Sie gleich daran weiter arbeiten, diesen Parteidiskurs als Streiterei und Chaos zu denunzieren, will ich einen letzten Hinweis geben. Was Sie der SPD vorwerfen,

(Glocke)

dass sie eine ordentliche Diskussion führt, ist das, was auch andere Kräfte uns hier im Parlament immer häufiger vorwerfen: Die streiten sich nur, die bekommen nichts auf die Reihe, da muss mal einer dazwischen und die Richtung vorgeben.

(Glocke)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Solchen Argumenten sollten wir hier nicht Vorschub leisten und selber denunzieren. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Herr Abgeordneter Rabe, ich bitte darum, die Geschäftsordnung einzu-

(Präsident Berndt Röder)

halten. Wenn die Glocke ertönt, dann möge der Redner bitte seine Rede unterbrechen.

Jetzt bekommt das Wort der Abgeordnete Gwosdz.

Michael Gwosdz GAL: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich danke Herrn Rabe für seine Rede. Ich bin in der politischen Erwachsenenbildung tätig

(Michael Neumann SPD: Das merkt man!)

und mehr solcher Appelle in den Seminaren und Lehrstunden sind wichtig.

Wichtig ist aber auch das, Herr Rabe, was Sie gerade gesagt haben. Wir leben in einer Demokratie, wir leben in der Diskussion, man muss Diskurs lernen, man muss auch einmal Widersprüche aushalten. Sie haben schon recht, das muss man in einer Partei machen. Dann müssen Sie diesen Anspruch aber auch für sich selbst beherzigen und uns dieses auch zugestehen. Wir haben miteinander verhandelt, wir haben diskutiert, CDU und GAL haben um einen Kompromiss in der Schulpolitik gerungen und wir haben einen gefunden. Auch das ist natürlich eine ganz wichtige Erkenntnis, die müssen Sie den Schülerinnen und Schülern auch alltäglich vermitteln, dass es in einer Demokratie dazugehört, Kompromisse einzugehen und diese Kompromisse dann auch einzuhalten und umzusetzen. Das ist dann auch die Verlässlichkeit der Politik.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Das haben wir in den vergangenen 44 Tagen, in denen wir gemeinsam regieren, bereits Schritt für Schritt gemacht.

(Michael Neumann SPD: Sie zählen schon die Stunden! – Frank Schira CDU: Tage!)

Ich möchte einfach nur darauf hinweisen, dass die berühmte 100-Tage-Bilanz noch lange hin ist.

Trotzdem haben wir, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, Folgendes umgesetzt. Wir haben mit Ihrer Zustimmung die isolierten Hauptschulklassen abgeschafft, wir haben die Grundschulen mit zusätzlichen Lehrerstellen ausgestattet, um in den dritten und vierten Klassen Teilungsstunden zu ermöglichen beziehungsweise die Klassen kleiner werden zu lassen. Wir haben für Ganztagschulen zusätzliches Personal bereitgestellt. Es werden vier neue Ganztagschulen eingerichtet. Das ist im Koalitionsvertrag vereinbart, das kann jeder nachlesen und die Bürgerinnen und Bürger haben auch einen Anspruch darauf, dass wir das verlässlich Schritt für Schritt umsetzen.

(Beifall bei der GAL)

Wir haben es geschafft, das konsequent umzusetzen in einer Situation, in der die Behörde für Schule und Bildung durchaus noch andere tagesaktuelle Probleme hatte und hätte sagen können,

wir haben jetzt Dringenderes zu tun, wir verschieben das nach hinten. Wir haben nebenbei glaubwürdige und rasche Konsequenzen aus dem Fall Morsal gezogen.

(Michael Neumann SPD: Das ist aber ganz dünnes Eis!)

Ein ganz anderer Fall noch. Auch bei dem Fall der Mathe-Vergleichsarbeiten hat die Senatorin eine alle Kritik verstummen lassende Lösung durchgesetzt.

(Michael Neumann SPD: Das war nicht so schlimm wie in Nordrhein-Westfalen! Das stimmt!)

Das alles ist eine wesentliche Bilanz in den vergangenen 44 Tagen, die sich sehen lassen kann.

Wenn ich mir jetzt angucke, was Sie in den vergangenen 44 Tagen gemacht haben, dann ist das nichts, was eine hilfreiche Orientierung im Diskurs, im Dialog, in der Diskussion um die Schulpolitik gibt. Wir haben gemeinsam die Hauptschulklassen abgeschafft, das ist schön, dafür danke ich auch. Das bleibt hoffentlich auch für die Startphase in diesem Haus längerfristiger in Erinnerung als zum Beispiel die heute schon legendären 77 wortgleichen Schriftlichen Kleinen Anfragen zum privaten Nachhilfeunterricht, deren Unmöglichkeit der Beantwortung von vornherein klar war. Mir ist bis heute nicht klar, Herr Böwer und Herr Rabe, was Sie mit diesen Anfragen bezweckt haben.

(Carola Veit SPD: Sie müssen die Fragen doch gar nicht beantworten! Was regen Sie sich auf?)

Als Umweltpolitiker, der ich nebenbei auch noch bin, frage ich mich lediglich, wie viel Kubikmeter Papier diese Aktion eigentlich verbraucht hat.

(Beifall bei der GAL, der CDU und der LINKEN)

Sie haben vorhin unter anderem das Stichwort Bezirksgrundschule gebracht. Auch da frage ich mich, wo Ihre Äußerungen hingehen. Zum einen forderte die Arbeitsgemeinschaft Bildung in der SPD uns als Regierung auf, die Bezirksgrundschule wieder einzuführen.

(Michael Neumann SPD: Das hatten wir schon!)

Wenn wir dann darauf hinweisen, dass künftig das Wohnortprinzip wieder verbindlicher als bisher wird, dann sagt der schulpolitische Sprecher, das ist die Abschaffung des Elternwahlrechts, das ist Elternwahlrecht light. Da weiß man auch nicht, was Sie wollen. Entweder soll das Wohnortprinzip gelten oder nicht, ja oder nein; all das gibt keine sinnvolle Orientierung. Es ist natürlich schon geschickt, wenn die einen so sagen und die anderen so, denn dann können Sie irgendwann in ferner Zukunft sagen, wunderbar, die Regierung hat unsere

(Michael Gwosdz)

Anregungen aufgegriffen und umgesetzt. Die andere Meinung lässt man einfach unter den Tisch fallen, das ist schön einfach, das macht sich bequem in der Opposition. Aber keine Sorge, wir werden uns auch in Zukunft noch daran erinnern, wie Sie sich in der Anfangszeit in Widersprüche verheddert haben.

Aber ich hoffe, wir werden in Zukunft konstruktive Vorschläge von Ihnen bekommen, bei denen wir nicht überlegen müssen, welcher Vorschlag von Ihrer Seite denn überhaupt gilt. Das werden wir gemeinsam in der Schulpolitik umsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* eHeHerr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, dass mit den letzten beiden Diskussionsbeiträgen eine bestimmte Sachlichkeit wiederhergestellt worden ist. Es kann doch im Ernst – das dürfte auch die CDU akzeptieren können – nicht bestritten werden, dass wir in der Schullandschaft dieser Stadt wirklich große Probleme haben und dass auf jeden Fall eine Veränderung erfolgen muss. Wir haben drastische Probleme mit Schulabbrechern, die Hauptschule sozusagen als Sackgasse. Auch die Verkürzung der Ausbildungszeit an den Gymnasien – das hat in den letzten Debatten auch eine Rolle gespielt – stellt sowohl für Schüler und Eltern als auch für Lehrer eine große Herausforderung dar.

Sie haben jetzt zugesagt – das stellen wir gar nicht in Abrede –, dieses durch die Primarschule zu ändern und Sie haben, jedenfalls laut Zeitungsberichten, die ersten Maßnahmen auf den Weg gebracht. Das ist von der SPD, soweit ich das sehe, und auch von uns begrüßt worden. Sie wollen zum Herbst mehr Lehrer einstellen, wollen die Klassenfrequenzen senken und das als Einstieg in das große Projekt der Primarschule verstanden wissen; das ist völlig in Ordnung. Ich habe heute in der Zeitung gelesen, dass jemand von der SPD gesagt hat, mehr davon. Das ist richtig, in dieser Weise muss das gehen, das ist völlig unstrittig.

Ich bleibe aber dabei, dass wir sehr skeptisch auf Ihre Regierungspolitik gucken werden und Sie haben in den nächsten Monaten die Aufgabe, diese Skepsis auszuräumen. Ich will Ihnen die Skepsis einmal zusammengefasst darstellen.

Wir haben sowohl organisatorisch als auch politisch eine sehr schwierige Situation im Schulbereich, sonst hätte Herr von Beust nicht vor Kurzem mit dieser Formel vom Schulfrieden daherkommen können. Es ist klar, dass das, was Sie jetzt mit der Primarschule anfangen, nicht von vornherein das

Passepartout ist, um den Schulfrieden herzustellen. Es gibt viele Leute, die enttäuscht sind, weil die Reform nicht weit genug geht. Es gibt aber – das kann gar nicht bestritten werden – auch in der CDU massive Probleme, ob diese Reform nicht schon viel zu weit geht. Das müssen Sie politisch in einem großen Diskurs mit den Beteiligten ausräumen; das haben Sie wenigstens hier angekündigt. Ich bin sehr gespannt, ob Sie das hinbekommen. Sie müssen auf jeden Fall die Kollegien mitnehmen. Sie dürfen nicht nur neue Stellen einrichten, sondern müssen Qualifikationsangebote machen, Sie müssen die motivieren, damit sie die Chancen, die ohne Zweifel in der Primarschule stecken, dann auch wirklich wahrnehmen und umsetzen.

(Michael Gwosdz GAL: Das kommt alles noch!)

– Ist okay, ich will Ihnen das nur sagen.

Mitten in einer sehr komplizierten Umbruchsituation ist das kein Selbstgänger und wir sind skeptisch, ob Sie das schaffen.

Der letzte Punkt ist – das ist gar keine Frage –, dass Sie eine Menge Geld in die Hand nehmen müssen. Da werden die hundert Stellen, die Sie jetzt haben, nicht ausreichen.

Also noch einmal: Sie regieren und machen das und wir weisen Sie auf die neuralgischen Punkte hin. Lassen Sie bitte diesen Unfug, statt zu regieren immer auf der SPD oder der LINKEN herumzuhauen.

(Beifall bei der LINKEN – Kai Voet van Vornizee CDU: Nö!)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich zum ersten Thema nicht.

Dann rufe ich das zweite, von der SPD-Fraktion angemeldete Thema auf:

Gute Pflege braucht richtige Weichenstellung: Anerkennung, Nachwuchsförderung und fairen Lohn!

Das Wort wird gewünscht. Der Abgeordnete Kienscherf hat es.

Dirk Kienscherf SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Probleme gibt es in der Tat in Hamburg genug, um die Sie sich kümmern sollten. In der letzten Woche haben Beschäftigte von pflegen & wohnen auf die sich deutlich verschlechternden Rahmenbedingungen für ihre Arbeit und für die Pflege hingewiesen. An diesem Montag hat das Ärzteblatt darüber berichtet, dass sich nach Meinung des deutschen Instituts für Pflegeforschung der anhaltende Arbeitsplatzabbau in der

(Dirk Kienscherf)

Pflege dramatisch auf die Pflegequalität auswirken wird. Und jüngst hat das von uns allen geschätzte und seriöse Marienkrankenhaus seinen ambulanten Pflegedienst aufgrund des Fachkräftemangels einstellen müssen. Das alles und weitere Meldungen zeigen ganz deutlich, dass Hamburg das Pflegechaos droht und Sie von der CDU, Herr Wersich und Frau Schnieber-Jastram, tragen dafür die Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Diese Entwicklung kommt nicht überraschend, Herr Schira, auch wenn Sie so überrascht tun. Sie kommt nicht überraschend, denn es gab genügend Hilferufe von den verschiedenen Verbänden. Aufgeschreckt wurden wir zuerst im letzten Jahr durch den Bericht des Medizinischen Dienstes, wo deutlich wurde, dass es Probleme in der Qualität der Pflege gibt. Im September letzten Jahres hat sich die Diakonie hilfesuchend an Sie gewandt und darauf hingewiesen, dass die Personalprobleme nun auch zu Problemen in der Pflege insgesamt führen. Auch das Deutsche Rote Kreuz – nicht Sie, Herr Krüger, keine Angst, sondern andere Personen, die sich trauen, durchaus einmal etwas Kritisches zu sagen – hat darauf hingewiesen, dass es so in der Pflege nicht mehr weitergeht.

Im Februar dieses Jahres hat dann noch einmal die Hamburgische Pflegegesellschaft deutlich gemacht, dass es immer weniger Fachkräfte gibt und dies dazu führen wird, dass die Qualität von Pflege nicht mehr gesichert werden kann. Und was haben Sie gemacht, was hat Frau Schnieber-Jastram gemacht, was hat Herr Wersich gemacht? Nichts haben Sie gemacht, Sie haben immer wieder gesagt, wir lassen uns die Pflege in Hamburg nicht schlechtreden. Damit es ganz deutlich wird: Dass die Pflege überhaupt noch so gut funktioniert wie sie funktioniert, ist das Verdienst der Beschäftigten und dafür wollen wir uns herzlich bedanken.

(Beifall bei der SPD und bei *Horst Becker* und *Dr. Eva Gümbel*, beide GAL)

Das Einzige, was Sie gemacht haben, ist, dass Sie in der Tat einen Ausschuss eingesetzt haben, der wiederum einen Arbeitskreis gegründet hat, der wiederum Unterarbeitskreise gegründet hat.

(*Michael Neumann SPD*: Hört, hört!)

Aber herausgekommen ist eine glatte Null, nichts. Bis heute warten alle Beteiligten vergeblich darauf, dass es ein Ergebnis gibt. Sie haben sogar den Landespflegeausschuss noch einmal vertagt, der findet jetzt erst Mitte des Sommers statt. Alle Beteiligten wissen, dass es letztendlich auf jeden Tag ankommt, um die Pflege in dieser Stadt zu retten und deswegen braucht Hamburg ganz klare Weichenstellungen. Hamburg braucht Nachwuchs und das bedeutet, dass Sie endlich im Bereich der Ausbildung umstrukturieren müssen, dass Sie es schaffen müssen, dass nicht auf der einen Seite

Menschen für ihre Ausbildung bezahlen müssen und auf der anderen Seite gerade ambulante Pflegedienste nach wie vor benachteiligt sind. Sie haben die gesetzlichen Vorgaben und Möglichkeiten entsprechend zu regeln, nutzen Sie endlich diese Handlungsspielräume.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens müssen wir beim Thema Pflege endlich die Qualität sichern. Ich habe vorhin den Bericht des Medizinischen Dienstes angesprochen. Sie haben eine Arbeitsgruppe eingesetzt, aber die Arbeitsgruppe hat noch keine Ergebnisse vorgelegt. Sie haben im Koalitionsvertrag vorgeschlagen oder vielleicht ist es auch seitens der GAL eingeräumt worden, die Heimaufsichten zu verstärken, aber auch hier gibt es immer noch keine deutlichen Signale. Stärken Sie jetzt die Heimaufsichten, schaffen Sie jetzt ein Heimrecht, das verbindliche Standards festlegt.

(Beifall bei der SPD)

Dann brauchen wir, ähnlich wie bei der Armutsberichterstattung, eine ehrliche Bestandsaufnahme zum Thema Pflege. Wir brauchen einen Landespflegeplan, den wir aktualisieren und der ehrlich ist und das ist nicht ganz einfach bei der CDU-Fraktion und anscheinend auch nicht bei der GAL-Fraktion, denn wie anders lässt sich erklären, dass die schwarz-grüne Koalition in Altona in ihrem Koalitionsvertrag festgelegt hat, ultimativ ihre Bezirksverwaltung aufzufordern, eine ehrliche Bestandsanalyse hinsichtlich der Pflegebedarfe vorzunehmen. Warum sollte man das machen, wenn man nicht auf der anderen Seite dem Senat misstraut, und diese Menschen haben recht, wenn sie dem Senat misstrauen.

(Beifall bei der SPD)

Viertens braucht gute Pflege auch gute Löhne; mein Kollege Rose wird noch darauf eingehen. Schaffen Sie es endlich, in diesem Bereich einen Mindestlohn einzuführen. Es kann doch nicht sein, dass Sie die Arbeit, die für die Beschäftigten so schwer ist und die unmittelbare Auswirkungen auf die Pflegequalität hat, nicht entsprechend honorieren und stattdessen dafür sorgen, dass es einen ruinösen Wettbewerb unter den Pflegeanbietern gibt, dass Profit im Vordergrund steht und nicht der Mensch. Das lehnen wir ab, wir wollen eine gute Qualität, eine gute Pflege für alle.

(Beifall bei der SPD)

Dann haben wir letztes Mal über das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz gesprochen.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, darf ich Sie hinsichtlich des Wortes "letztes" auf den letzten Satz hinweisen?

Dirk Kienscherf (fortfahrend): – Ja. – Hamburgs Pflege braucht Taten. Sie sind an der Regierung, versuchen Sie endlich einmal, Taten zu schaffen. Die Menschen in unserer Stadt und die Pflegebedürftigen warten darauf. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete von Frankenberg.

Egbert von Frankenberg CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach der Debattenanmeldung geht es Ihnen um Anerkennung, Nachwuchsförderung und fairen Lohn in der Pflege. Dafür sind wir alle, insofern sind Sie da nicht besonders innovativ. Sie schreiben, gute Pflege brauche die richtigen Weichenstellungen, aber gerade beim Thema Weichenstellungen hat im Grunde genommen die SPD in früheren Zeiten versagt. Sie haben gerade nicht die Weichen für die Zukunft gestellt.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben Entscheidungen verschleppt und auf die lange Bank geschoben und tun heute so, als wären Sie besonders innovativ. Die SPD hat sich in der Vergangenheit eher, um beim Beispiel zu bleiben, als Bummelzug erwiesen.

Allgemein ist festzustellen, dass wir in Hamburg eine sehr gut ausgebaute Infrastruktur haben und Hamburg sehr gut aufgestellt ist. Der Fachkräfteteil steigt seit Jahren stetig an, von 39 Prozent im Jahr 1995 über 51 Prozent im Jahr 2000 auf mittlerweile fast 60 Prozent.

Auch im Bereich der Ausbildung wird eine ganze Menge getan. In der Pflege steigen die Ausbildungszahlen an. Im Jahr 2006 hatten wir 167 Auszubildende, seit 1. August 2007 sind es 233, das ist eine Steigerung von 40 Prozent in diesem Bereich. Deswegen ist Ihre Aussage, es tue sich nichts oder es werde zu wenig ausgebildet, völlig falsch.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Da müssen Sie mal mit den Pflegern sprechen!)

Neu ist auch, dass es seit 2007 den Beruf der Gesundheitspflegeassistenten gibt. Wir sind auf die steigenden Zahlen der nächsten Jahre aufgrund dieser Maßnahmen vorbereitet.

Zum Thema Anerkennung der Pflege möchte ich Ihnen eines versichern: Die Anerkennung der Pflegeberufe ist insgesamt in der Bevölkerung sehr hoch und das unterstützen wir ausdrücklich. Die Behörde für Soziales und Gesundheit hat in der Vergangenheit sehr viel im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit gemacht, um dieses klarzustellen. Ich möchte zum Beispiel nur an die Imagekampagne im Jahr 2003/2004 erinnern, aber wir haben auch eine ganze Reihe von anderen Maßnahmen im Bereich der Pflege weiter hochgehalten.

Hamburg ist sehr gut aufgestellt, wir haben die Heimaufsicht wieder hochgefahren, Sie haben sie zu Ihrer Regierungszeit heruntergefahren. Es gibt wieder unangemeldete Kontrollen, sodass sich auch in dem Bereich einiges geändert hat.

Ich will zum Schluss noch auf den Mindestlohn oder den fairen Lohn eingehen, das ist im Grunde genommen ein bisschen Bundesthema. Das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz sieht vor, dass Pflegeeinrichtungen ortsübliche Arbeitsvergütungen zahlen; das ist dort ausdrücklich so vorgesehen. Ansonsten ist es unplaziert, immer wieder als Allheilmittel für alle Bereiche nach dem Mindestlohn zu rufen. Auch da haben wir im Rahmen einer gemeinsamen Koalition mit Ihnen eine Vereinbarung getroffen,

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Dann halten Sie sich auch mal daran!)

wie es mit dem Mindestlohn gehen soll. Daher war das in diesem Zusammenhang eher eine Worthülse und hilft wenig für die Weiterentwicklung.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Blömeke.

Christiane Blömeke GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kienscherf, da bin ich aber froh, das war mal wieder eine typische Kienscherf-Rede, endlich einmal wieder die Sache herausgekehrt, das Pflegechaos beschworen. Was Sie beschrieben haben, Herr Kienscherf, war früher einmal. Und wenn Sie jetzt sagen, diesem Senat könne man nicht trauen, so ist dieser Senat erst sechs Wochen im Amt.

(*Michael Neumann SPD:* Seit 44 Tagen ist alles besser!)

Diese Rede wäre passend gewesen für 100 Tage Senat, dann hätten Sie das bringen können.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Wir sind halt schneller!)

Wenn Sie einmal den Koalitionsvertrag lesen, dann finden Sie genau die Punkte, die Sie eben beanstandet haben, dass die ambulanten Dienste zum Beispiel nicht benachteiligt werden. Das ist völlig richtig und das haben wir neben vielen anderen Dingen auch aufgegriffen, auf die ich gleich noch kurz zu sprechen komme.

Natürlich gebe ich Ihnen recht, dass in der Pflege nicht alles so toll und zum Besten ist, wie es hier manchmal beschrieben wird. Wenn ich mich bei Ihnen allen so umsehe, dann kann ich mir vorstellen, dass Sie es morgens in 15 Minuten schaffen – Herr Neumann früher beim Bund erst recht –, aufzustehen, sich zu waschen und anzuziehen. Das ist vielleicht für uns alle kein Problem, aber

(Christiane Blömeke)

wenn wir einmal 30 Jahre weiter denken – bei dem einen sind es vielleicht 40, bei dem anderen 20 Jahre – und Sie dann 85 Jahre alt sind, dann möchte ich einmal sehen, ob Sie es schaffen, in 15 Minuten die sogenannte kleine Morgentoilette zu erledigen: Aufstehen, Waschen, Anziehen und die Zahnpflege. Allein daraus ergibt sich schon, dass Pflege ein Hochleistungsjob ist, in dem ständig unter Zeitdruck gearbeitet wird und der vor allen Dingen bei all denen, die pflegen, das Gefühl hinterlässt, keine Zeit gehabt zu haben für genau die Dinge, die auch wichtig sind, für Gespräche, Anteilnahme oder nur das Zuhören. Die Arbeitsbedingungen – da bin ich ganz bei der SPD-Fraktion, das ist überhaupt kein strittiges Thema – bestimmen entscheidend die Lebensqualität der Gepflegten.

Meine Damen und Herren! Die schwarz-grüne Koalition hat sich die Weiterentwicklung der Pflegeplanung und des Pflegeberufs in den Koalitionsvertrag geschrieben und es ist klar, dass hier ein großer Handlungsbedarf besteht. Eine Studie von Reinhold Schnabel prognostiziert einen Anstieg von heute 545 000 Vollzeitstellen in der Pflege auf sage und schreibe 1 Million im Jahr 2030.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Deswegen und aufgrund des demografischen Wandels sind hier zukunftsweisende Konzepte gefragt. Wir haben alle hohe Ansprüche an die Pflege. Sie muss bezahlbar sein und unseren qualitativen Ansprüchen genügen und es muss vor allen Dingen klar werden, dass Pflege eine eigenständige Profession ist und kein Assistenzberuf in der Medizin.

(Beifall bei Antje Möller GAL)

Wenn die SPD Weichenstellungen in der Pflege anmeldet, dann habe ich ein bisschen vermisst, wo bei Ihnen denn diese Weichenstellung ist und wo vor allen Dingen auch die Anerkennung ist, die Sie hier bringen wollten außer, dass Sie Kritik an diesem Senat geübt haben. Ein Markt mit Dumpinglöhnen und Dumpingpreisen im Pflegebereich, wie McPflege es anbieten wollte, kann nicht die richtige Zukunft sein. Wir brauchen eine faire Bezahlung, da bin ich völlig einverstanden, und wenn wir Pflegekräfte haben, die rund 1300 Euro netto bei einer 30-Stunden-Woche bekommen und damit 9 Euro die Stunde verdienen, wie es der Fall einer examinierten Pflegekraft zeigte, dann ist das unterbezahlt.

Auf Bundesebene fordern wir als Grüne daher verbindliche allgemeine Mindestlöhne in der Pflegebranche.

(Beifall bei Dr. Eva Gümbel GAL und Elisabeth Baum DIE LINKE)

Gute Pflegekräfte brauchen auch eine gute Ausbildung und auch das haben wir als Grundlage im Koalitionsvertrag.

Aber das ist noch nicht alles. Wir müssen noch viel mehr in Angriff nehmen. Genauso ist es aus grüner Sicht sehr wichtig, darüber nachzudenken, diese All-inclusive-Pflege abzubauen, das heißt eine professionelle Pflegerin von Aufgaben wie Kochen, Einkaufsdiensten oder Wäsche waschen zu entlasten. Es wäre durchaus sinnvoll, Teile der Pflegeaufgaben in weitere Berufsgruppen zu delegieren.

Auch eines ist wichtig: Wenn wir die Pflege attraktiv machen wollen, dann müssen wir darüber nachdenken, wie wir Spezialisierungen anbieten können, damit wir auch Karrierechancen im Pflegeberuf schaffen und den Pflegeberuf so weiterentwickeln.

Alles in allem, denke ich, brauchen wir einen Schulterschluss zwischen – den habe ich bei der SPD absolut vermisst – den Gepflegten, den Pflegenden, den Einrichtungen, den Verbänden, den Kassen und nicht zuletzt der Politik. Genau dieser Aufgabe wird sich der schwarz-grüne Senat widmen, um die richtige Weichenstellung in der Pflege vorzunehmen, die von der Landesebene aus erfolgen kann. Denn es ist richtig: Vieles gehört auch zur Bundesebene. Auf jeden Fall sollte es uns allen wichtig sein, die Betroffenen und ihre Angehörigen ins Zentrum zu stellen. Auf jeden Fall wäre es allemal sinnvoll, mit konkreten Vorschlägen an diesem Pflegebereich weiterzuarbeiten. Wenn Sie sich noch etwas gedulden, davon bin ich überzeugt, treffen wir uns in dieser Runde wieder und Sie werden sagen: Na prima, das sind doch einmal die richtigen Handlungen, die dieser Senat im Bereich Pflege vorgenommen hat. Dann diskutiere ich gerne noch einmal mit Ihnen.

(Beifall bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE: Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Wenn es bei Ihnen einmal so weit ist, von wem möchten Sie sich lieber füttern und mit allem Drum und Dran versorgen lassen? Von einer professionellen, einfühlsamen und freundlichen Pflegefachkraft oder von einer in der Pflege unerfahrenen und womöglich überlasteten, überforderten und chronisch übermüdeten Ehefrau, Tochter oder Schwiegertochter? Als Frauen stellen wir uns diese Frage im Übrigen nicht so sehr, denn Männer werden circa zehnmal so oft von ihren Angehörigen gepflegt wie wir. Aus meiner Sicht ist Pflege zudem auch keine Privatsache, sondern gehört in professionelle Hände, auch zu Hause. Hierfür hat die Politik die Weichen zu stellen. Das sind wir unseren älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern schuldig. Das, was an neuen Re-

(Kersten Artus)

gelungen in der Pflege auf uns zukommt, trifft also überwiegend Frauen, die in Pflegeeinrichtungen leben oder von ambulanten Pflegediensten betreut werden. Wir Frauen sind es, die den Kosteneinsparungen bei der Pflege und den sich immer mehr verdichtenden Arbeitsbedingungen des Personals ausgesetzt sind, von denen auch über 80 Prozent weiblich sind. Doch damit wird sich Elisabeth Baum noch befassen.

Künftig stehen familiäre Netzwerke immer seltener zur Verfügung, der Trend zur professionellen Pflege ist unübersehbar. Der Grund liegt unter anderem in den veränderten Erwerbsbiografien von Frauen. Wie sollen diese neuen Anforderungen an die Gesellschaft bewältigt werden und wie professionell wird diese Pflege vor dem Hintergrund nicht ausreichender Leistungsbeiträge sein? Sicherlich nicht mit den jetzigen Regelungen der Pflegereform und der Privatisierung von pflegen & wohnen. Solange der Pflegebegriff unzureichend definiert ist, wird es trotz tausender engagierter Frauen und Männer, die in dieser Branche arbeiten, auch keine ausreichende Professionalität in der Pflege geben. Der jetzt eng an körperlicher Pflege und Versorgung orientierte Pflegebegriff schließt Leistungen wie Hilfe zur Kommunikation, zur Herstellung und Aufrechterhaltung sozialer Kontakte sowie den allgemeinen Beaufsichtigungs- und Betreuungsbedarf aus. Der Generalfehler der Pflegereform war die fehlende Neudefinition des Pflegebegriffs. Notwendig wäre also einerseits eine umgehende Neudefinition und ein unverzüglicher Ausgleich des Realwertverlusts der Pflegeleistungen, die Anhebung der Sachleistungsbeiträge um 25 Prozent und eine jährliche Dynamisierung der Leistungen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir plädieren statt der Regelung ab 1. Juli für eine sechswöchige Pflegezeit für Erwerbstätige mit Lohnersatzleistungen zur Organisation der Pflege von Angehörigen oder ihnen nahestehenden Menschen und nicht für die bis zu zehn Tage Freistellung unter Verzicht des Gehalts und einem halberhitzigen und völlig unzureichenden Kündigungsschutz. Dies können sich nur Besserverdienende leisten, die in Betrieben arbeiten, in denen der Arbeitgeber viel Verständnis hat. Wir würden deswegen auch eine Bundesinitiative unter Beteiligung aller in der Bürgerschaft vertretenen Parteien begrüßen. Zeigen Sie damit, dass es Ihnen ernst ist, wenn Sie von guter Pflege sprechen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Monika Schaal SPD*)

Die unklare Situation der Beschäftigten bei pflegen & wohnen deutet auf einen untragbaren Zustand der Pflegebedingungen dort hin. Ob der Versorgungsauftrag weiterhin gewährleistet ist, wenn der Arbeitgeber der vom Senat verkauften Einrichtung weiterhin Kamikaze mit den Arbeitsbedingungen betreibt, wie man bei den aktuellen Tarifver-

handlungen sieht, möchte ich bezweifeln. Hier hat sich der Senat einer Antwort enthalten. Schlechte Bedingungen in den Pflegeheimen werden aber viele Menschen weiterhin in dem Glauben lassen, dass es schöner und besser ist, zu Hause von unerfahrenen und womöglich überlasteten, überforderten und chronisch übermüdeten Ehefrauen, Töchtern und Schwiegertöchtern gepflegt zu werden. Da viele Frauen sich zunehmend nicht mehr der Pflege ihrer Ehemänner, Väter und Schwiegerväter widmen können, könnte in Zukunft auch die illegale Beschäftigung von Migrantinnen gefördert werden, wie Erfahrungen aus Italien zeigen. Spätestens hier zerbricht nicht nur ein Mythos, sondern wird auch ins Absurde verkehrt. Also ist es Zeit mit diesem Mythos aufzuräumen und ausreichend qualifizierte Pflegefachkräfte vor Ort zu haben, die ein würdiges Altern ermöglichen, und der Leidenschaft, mit der sie ihren Beruf ausüben, auch gerecht zu werden. Wir bleiben als LINKE dabei, dass die Privatisierung von pflegen & wohnen ein schlimmer politischer Fehler war, der korrigiert werden muss.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Wersich.

Senator Dietrich Wersich: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kienscherf, der Wahlkampf ist vorbei. Jetzt sind wir gewählt, damit wir Sacharbeit machen, vier Jahre Sacharbeit. Vier Jahre Sacharbeit muss auf Fakten basieren. Deswegen möchte ich nur noch ein paar Stichworte zu den Fakten der Vergangenheit geben, damit wir möglichst dort ansetzen können, wenn wir über neue Ideen für die Zukunft nachdenken – Fakten aus der Bilanz von Frau Schnieber-Jastram als Sozialsenatorin.

Wir haben Wohngemeinschaften für Demenzerkrankte gefördert, wir haben ein Förderprogramm für den Hospizgedanken in Altenheimen und Pflegeheimen aufgelegt, wir haben eine Koordinierungsstelle Hospizarbeit eingerichtet, wir haben mehr Tagespflegeplätze geschaffen, wir haben eine Qualifizierungsoffensive in der Altenpflege gestartet, wir haben das betreute Wohnen gefördert, wir haben den Anstieg der Fachkraftquote – Herr von Frankenberg hat das erwähnt – auf einen Wert, der mit 59 Prozent so hoch ist wie nie, erreicht und wir haben in der Heimaufsicht mehr Kontrollen, mehr unangemeldete Kontrollen und mehr Stellen eingerichtet und jetzt ganz neu auch erstmalig Pflegefachkräfte in die Heimaufsicht genommen. Das ist zunächst einmal die Bilanz. Zu sagen, es sei in der Pflege nichts passiert, ist schlichtweg ignorant.

(Senator Dietrich Wersich)

(Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker GAL*)

Was das Thema Mangel an Pflegekräften und das Thema Ausbildung angeht, sind wir tatsächlich gefordert. Einerseits haben wir beim Arbeitsamt nach wie vor mehr arbeitslose Pflegekräfte als offene Stellen gemeldet, zum anderen haben wir seit dem veränderten Bundesgesetz zum Altenpflegegesetz zum 1. August 2006 in Hamburg tatsächlich in Wahrheit einen Anstieg der Ausbildungszahlen, nämlich von 167 Jugendlichen im Jahr 2006 auf jetzt 233. Das sind 40 Prozent mehr Pflegekräfte, die sich ausbilden lassen. Schließlich haben wir im Jahr 2007 – eben nach dieser Änderung des Bundesgesetzes – eine neue zweijährige Ausbildung zur Gesundheits- und Pflegeassistentin eingeführt, weil wir wissen, dass wir den Pflegeberuf diversifizieren müssen. Wir müssen ihn verändern, wir brauchen den Pflegeberuf, angefangen bei der akademisch ausgebildeten Fachkraft bis hin zu den Assistenzkräften. Genau das machen wir in Hamburg und da haben wir Modellprojekte, die in der ganzen Republik angeschaut werden.

(Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker GAL*)

Wir haben übrigens mit dieser letzten Maßnahme der Pflegeassistentin auch im Bereich SGB II, also bei der Frage der Qualifizierung von Menschen, über 300 finanzierte Maßnahmen, die sich genau in dieser Weiterbildung befinden.

Sie haben das Thema Anerkennung in der Pflege angesprochen. Herr von Frankenberg hat das auch schon gesagt, die Anerkennung ist da. Aber ich glaube, die Anerkennung ist nicht nur bei schönem Wetter erforderlich. Ich erinnere mich an die Diskussion um den Bericht des MDK, wie hier in der Öffentlichkeit – teils von politischer Seite, aber auch von anderer Seite – in einer maßlosen Art und Weise über die Leistung von Pflegekräften in Pflegeheimen gesprochen wurde. Deshalb sage ich hier auch ganz deutlich: Die Frage der gesellschaftlichen Anerkennung zeigt sich auch an der Frage, wie differenziert diskutiert wird, wenn wir Ergebnisse eines solchen MDK vor uns liegen haben.

Schließlich hat Frau Blömeke angesprochen, dass wir uns auch manches vorgenommen haben. Wir haben uns vorgenommen, an der Diversifizierung der Pflegekräfte weiterzuarbeiten. Wir brauchen differenzierte Berufe und Sie haben auch auf die im Moment bundesweit geführte Debatte darüber hingewiesen, dass ärztliche Leistungen möglicherweise nicht nur delegiert werden, sondern auch übernommen werden. Auch hier gibt es eine Diskussion in der ganzen Republik – Stichwort Schwester Agnes im Osten, wo es wenig niedergelassene Ärzte gibt. Auch hier müssen wir, glaube ich, an der Weiterentwicklung des Pflegeberufs arbeiten. Wir für Hamburg haben uns vorgenommen,

eine Berufsordnung in den Blick zu nehmen, um damit auch das Thema Pflege, Pflegequalität und Anspruch an Pflege besser zu definieren. Ich habe den Eindruck, dass wir uns an und für sich, wenn wir einmal das Wahlkampfgetöse ein bisschen zur Seite lassen, beim Thema Pflege einig sind. Aber wir sollten uns auch einig sein, dass die eigentliche Herausforderung – das hat Frau Artus auch angesprochen –, der demografische Wandel, noch vor uns liegt. Hier bleibt für uns alle – für Politik und Gesellschaft – noch eine Menge zu tun. Da geht es dann wirklich nicht um Lautsprecherei, sondern um intelligente Konzepte. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Rose.

Wolfgang Rose SPD:* Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Wersich, der Wahlkampf war vorbei und der neue Sozial- und Gesundheitssenator und bisherige Staatsrat Wersich hat in einem Zeitungsinterview den bemerkenswerten Satz gesagt:

"... dass die Privatisierung dem LBK gutgetan hat."

Diese Feststellung, Herr Wersich, war nicht nur falsch und eine grandiose politische Fehleinschätzung,

(*Barbara Ahrons CDU:* Das sagen Sie!)

sie ist auch eine ungeheure Provokation für alle Patienten und Beschäftigten, die darunter bisher zu leiden hatten, insbesondere für die 2 000 Rückkehrer des LBK und von pflegen & wohnen. Das Gleiche gilt für die Bewohner und die Beschäftigten in den Pflegeheimen von pflegen & wohnen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Jetzt zum Thema Anerkennung, Herr Wersich: Heute vor einer Woche haben die verbliebenen Beschäftigten bei pflegen & wohnen gestreikt. Der Anlass war bemerkenswert, es hatte bei den Tarifverhandlungen für die 1 300 Beschäftigten ein Ergebnis gegeben, das den Abschluss des öffentlichen Dienstes weitgehend übernahm und durch einen Beschäftigungspakt ergänzte. Da pfeifen die privaten Shareholder Vitanas und Franke die Geschäftsführung zurück und zwingen sie zu einer drastischen Verschlechterung des Tarifangebots, das schon angenommen war. Ein typisches Beispiel für eine gnadenlose Profitorientierung der kommerziellen Anbieter im Sozialbereich: Lohndumping für die Beschäftigten, Qualitätsdumping für die Pflegebedürftigen und Renditesteigerung für die Kapitaleigner. Das ist es, Herr Senator Wersich und Herr Bürgermeister von Beust, der eben noch da war, warum die Privatisierung der Krankenhäuser und der Pflegeheime denen nicht gut

(Wolfgang Rose)

tut und warum in dieser Stadt und in dieser Gesellschaft nicht nur die Gesundheit, sondern auch das Altern nicht zu einer Ware degradiert werden darf.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Was wir hier und heute in den Hamburger Pflegeheimen erleben, ist nur ein weiteres eklatantes Beispiel für die katastrophalen Folgen der rücksichtslosen Privatisierungspolitik des Hamburger CDU-Senats aus der letzten Periode. Wie schon beim LBK wiederholt sich auch bei den Pflegeheimen das gleiche Trauerspiel in der gleichen Reihenfolge. Für die Beschäftigten und die kranken oder pflegebedürftigen Menschen ist dies allerdings bitterer Ernst. Sie sind die Leidtragenden. Zuerst wird hoch und heilig versprochen, durch die Privatisierung werde alles besser, vor allen Dingen die Pflegequalität, keinem Mitarbeiter gehe es nach der Privatisierung schlechter, eher umgekehrt, die Privaten blieben im Arbeitgeberverband, die Tarife des öffentlichen Dienstes gelten weiter und die Beschäftigungssicherung ebenfalls. Doch die Tinte unter dem Kaufvertrag ist noch nicht trocken, da folgt das böse Erwachen. Zuerst wird aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten, dann werden die Löhne abgesenkt und schließlich werden Beschäftigungssicherung und Kündigungsschutz liquidiert. Dieser rücksichtslose und zynische Wortbruch der privaten Kapitaleigner ist der wirkliche Grund, warum die Beschäftigten in der Pflege ihre Enttäuschung und ihren Protest auf die Straße tragen. Darum unterstützen wir diese Kolleginnen und Kollegen und tragen ihren berechtigten Protest auch hier in dieses Parlament.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ja, wir leben auch hier in Hamburg in einer alternenden Gesellschaft. Das wissen wir alle. Und die Altenpflege, ambulant wie stationär, gewinnt dabei wachsende Bedeutung. Es ist also Aufgabe und Verantwortung der Politik, sich darum zu kümmern und den betroffenen Menschen eine Perspektive für ein menschliches Altern zu geben. Aber der Senat macht das Gegenteil. Je größer das Problem wird, desto mehr zieht er sich aus der Verantwortung, erklärt, dass das jetzt der Markt mit seinen privaten Anbietern und Geschäftemachern lösen soll und hält sich da heraus.

Wenn es Leistungsträgerinnen und Leistungsträger in einer humanen und solidarischen Stadt gibt, dann sind das vor allem die Beschäftigten in der Kranken- und Altenpflege. Das ist ein verdammt schwerer Job. Es ist auch ein hoch verantwortlicher und ein hoch qualifizierter. Deswegen muss er auch leistungsgerecht, das heißt gut entlohnt werden. Privatisierung dagegen ist ein marktwirtschaftlicher Sozialdarwinismus. Auf dem Markt setzt sich der Stärkere durch. Der Stärkere ist nicht der mit der höheren Qualität, sondern der, der seine Beschäftigten am meisten auspresst und damit gegenüber den Konkurrenten Kosten spart. Die In-

strumente heißen Tarifflicht, Lohndumping, Arbeitsplatzvernichtung und auch Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Ist das eine SPD- oder Gewerkschaftsrede?)

Für uns gilt dagegen weiterhin: Auch Gesundheit, Bildung, Wohnen, Energieversorgung und andere Bereiche der Daseinsvorsorge

(Glocke)

sowie das Altern und die Pflege dürfen keine Ware sein.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Sorgen Sie dafür, dass auf den Wortbruch reagiert wird ...

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Rose, Sie haben auf die Glocke zu hören und Sie haben seit einiger Zeit das rote Licht.

Wolfgang Rose (fortfahrend): Ah ja, es blinkt.

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Es blinkt, genau.

Wolfgang Rose (fortfahrend): Okay, danke für den Hinweis.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Krüger.

Harald Krüger CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Einstieg von Frau Artus, in dem sie auf die schlechte Situation in Pflegeheimen hinwies, ist genau der Punkt, den pflegerische Mitarbeiter eben nicht haben wollen. Denn in der Tat gibt es auch in diesem Bereich schwarze Schafe. Aber das Gros der Mitarbeiter in den Pflegediensten, im ambulanten und im stationären Bereich, leistet hervorragende Arbeit. Wer pauschal von einer schlechten Situation in Pflegeheimen spricht, tut genau das Gegenteil davon Anerkennung auszusprechen. Das stigmatisiert einen Berufszweig, den wir gerade heute unterstützen wollen. In der Tat ist es so – deshalb verstehe ich auch die Aufregung von Herrn Kienscherf, ihn erwartet das gleiche Schicksal wie mich –, dass mittlerweile weit über 100 000 Hamburger auf Pflege angewiesen sind, 42 000 Menschen im Sinne der Pflegeversicherung, über 60 000 darüber hinaus mit haushaltsnahen Leistungen. Wenn Sie sich die Alterspyramide anschauen, dass rund 85 Prozent der Menschen, die Pflege brauchen, im Seniorenalter sind und das Durchschnittsalter in Hamburger

(Harald Krüger)

Pflegeheimen mittlerweile 86 Jahre beträgt, ist es eine Entwicklung, die jeden von uns früher oder später vermutlich erreichen wird.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Später!)

– Ja, den einen später, aber alle irgendwann sicher.

Hamburg reagiert richtig auf diese Entwicklung, Herr Wersich hat es gesagt. Mein Kollege Egbert von Frankenberg hat darauf hingewiesen, dass in den letzten Jahren Erhebliches unternommen worden ist. Die Programme, 16 000 Plätze in Alten- und Pflegeheimen und zu den bereits vorhandenen 10 000 Wohnungen im betreuten Wohnen bis 2009 1 000 weitere entstehen zu lassen, sind Beispiele dafür. Die Aufwendungen zur Hilfe für Pflege betragen mittlerweile 153,5 Millionen Euro. Das ist übrigens mehr, Herr Kienscherf, als jemals zu SPD-Zeiten gezahlt worden ist, soviel dazu.

(Beifall bei der CDU)

Insofern haben Sie natürlich recht, dass es einen Bedarf an Pflegekräften geben wird. Der steigt in demselben Maße, in dem weitere Pflegeplätze erforderlich sind. Wir haben auch dem Rechnung getragen. Der Personalschlüssel ist in den letzten Jahren – da sind Sie leider unverdächtig, daran mitgewirkt zu haben – in zwei Stufen um insgesamt 7 Prozent angehoben worden. Das heißt, das Verhältnis Mitarbeiter zu Pflegenden ist verbessert worden. Wir haben – auch das ist schon gesagt worden – derzeit etwa 300 freie Stellen für pflegerische Berufe, aber 900 Arbeitssuchende in dem Bereich. Der Fachkräftemangel, der von ihnen apostrophiert wird, stimmt rechnerisch so jedenfalls nicht. Er wird für spezielle Bereiche partiell vorhanden sein, aber das Arbeitsamt in Hamburg widerspricht dem ganz deutlich.

Trotzdem haben wir eine ganze Menge getan, um dem wachsenden Bedarf gerecht zu werden. Auf der einen Seite ist die Qualifizierung von Altenpflege durch das Altenpflegegesetz angehoben worden. Sie wissen, es gibt in diesem Bereich nur noch Realschüler. Das Interesse an diesem Bereich hat deutlich zugenommen. 2006 gab es 167 Absolventen, 2007 haben bereits 233 junge Menschen diesen Berufsweg eingeschlagen. Für Hauptschüler, die von diesem Ausbildungsgang ausgeschlossen sind, gibt es den neuen, sehr innovativen Bereich der Gesundheits- und Pflegeassistenten. 300 Auszubildende – 300 zusätzliche Auszubildende – gibt es alleine in diesem Bereich. Die Nachwuchsförderung ist ganz offensichtlich erfolgreich, die Zugangsmöglichkeiten auch für Hauptschüler sind eröffnet, dieses Berufsbild ist in der Tat attraktiv und die Kampagne des Senats aus 2004 für den Beruf der Altenpflege hat bundesweit Anerkennung gefunden.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Wenn Herr von Frankenberg darauf hingewiesen hat, dass 2006 – das war, wenn ich mich recht entsinne, zu einer Zeit, als es keinen Senat mit SPD-Beteiligung mehr gegeben hat – der Fachkräfteanteil in Hamburg flächendeckend eingeführt worden ist, verrate ich Ihnen auch, dass in Ihrem letzten Regierungsjahr 2000 noch 42 Prozent, also fast die Hälfte, der Hamburger Heime den Fachkräfteanteil nicht erfüllt hat. Soviel zu dem, was dieser Senat bislang geleistet hat.

Dieses ist auch ein Verdienst der Pflegekräfte. Das große Lob wird auch von qualifizierter Stelle betont. Professor Püschel vom UKE hat Mitte der Neunzigerjahre noch festgestellt, dass etwa 4 Prozent der Patienten, die in Pflegeeinrichtungen verstorben sind, einen Dekubitus aufweisen, wundgelegen sind – ein echter Pflegemangel. Mittlerweile ist diese Rate auf unter 1 Prozent gesunken – ein Zeichen dafür, dass Pflege qualifizierter betrieben wird, dass Pflegedienste und Pflegeheime ihrer Verantwortung gerecht werden und dass die Heimaufsicht und der MDK tatsächlich auch ihrer Verantwortung nachkommen.

Noch einmal Herr Rose – ich glaube, da widersprechen wir uns auch nicht –, Pflegekräfte leisten in Hamburg, egal bei welchem Träger übrigens, eine sehr motivierte, engagierte und qualifizierte Tätigkeit.

(Wolfgang Rose SPD: Bezahlung?)

Der Berufsstand hat, wie alle anderen übrigens auch, schwarze Schafe. Das darf aber nicht dazu führen, wie Frau Artus einen ganzen Stand oder eine ganze Einrichtungsart schlechtzureden. Das ist genau das Gegenteil von Anerkennung. Wir werden das nicht mitmachen.

(Glocke)

Wir werden im Sinne der Kampagne von 2004 fortfahren.

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Ihre Redezeit ist beendet.

Harald Krüger (fortfahrend): Meine Redezeit geht zu Ende. Ein letzter Satz, Herr Rose. Wir haben gerade über Niedriglöhne und Mindestlöhne gesprochen. Wenn Herr Lauterbach und Frau Schmidt, die beide nicht verdächtig sind, der CDU anzugehören,

(Glocke)

sich weiterhin für haushaltsnahe Dienstleistungen durch unausgebildete Kräfte aussprechen, dann bekommen wir mehr Probleme.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Krüger, das ist ein Satz Thomas Mannscher Qualität – entschieden zu lang.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Das Wort bekommt für vier Minuten Frau Blömeke.

Christiane Blömeke GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Rose, wenn Sie gerne mehr über Privatisierung und über Arbeitsmarkt sprechen wollen, dann melden Sie das doch an und verstecken das nicht hinter dem Deckmantel der Pflege.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Damit haben wir überhaupt kein Problem. Ich denke, es ist auch kein Geheimnis: Auch wir sind natürlich nicht davon begeistert, wenn aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten wird und man sich nicht mehr nach tarifgebundenen Löhnen richtet. Nur, wenn hier das Thema Pflege angemeldet wird, dann darf es nicht nur an der Bezahlung der Pflegenden – was natürlich ein wichtiger Punkt ist – aufgehängt werden. Später werden wir dann noch eine Niedriglohndebatte führen. Da können Sie sich noch einmal einschalten. Ansonsten, denke ich, heißt das Thema Pflege. Darüber sollten wir auch sprechen, dazu ist auch sehr viel gesagt worden. Ich glaube, eins dürfen wir nicht machen: Wir können natürlich ganz viel loben, was passiert ist, das wurde schon ausreichend getan, die Opposition kann es auch kritisieren, aber versuchen wir es doch einmal zusammenzuführen. Denn es ist wirklich viel Positives geschehen. Aber wir haben auch noch etwas zu verbessern. Daran müssen wir gemeinsam ansetzen und weiter arbeiten. Dazu hat Senator Wersich schon einiges gesagt, wir haben einiges gesagt, die SPD hat nichts dazu gesagt, die hat mehr gemeckert, was alles schlecht läuft. Was wir brauchen, ist wirklich ein genaues Hinsehen. Denn ich kann noch einmal wiederholen – das, finde ich, ist das Interessante an dem Thema Pflege: Wir werden alle irgendwann in diesen Zustand kommen. Es muss unser eigenes originäres Interesse sein, diesen Bereich mitzugestalten.

Da kann es auch nicht in unserem Interesse sein, wenn wir zum Beispiel diese kurzen Pflegezeiten nehmen, die ich eben genannt habe, 15 Minuten für die kleine Morgentoilette oder 3 Minuten zum Windelwechseln: Das ist etwas, wie ich mir die Betreuung der älteren Menschen nicht vorstelle, aber das setzt eine Zusammenarbeit auch mit der Bundesregierung voraus. Pflege heißt kreativ werden, und zwar kreativ werden und den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Wir brauchen in den Pflegeeinrichtungen einen Personalmix. Dann kann es gelingen. Und wir müssen uns möglicherweise auch auf die Situation einstellen, dass die Freiwilligendien-

ste im Bereich der Zivildienstleistenden zurückgehen und wir dann auch in diesem Bereich völlig neu denken müssen, zum Beispiel die sozialen Jahre vermehrt auch in die Pflegeeinrichtungen hineinzuholen, um diesen Personalmix dort hinzubekommen. Denn alle sind bei der Pflege von älteren Menschen wichtig.

Bei den Professionellen, da möchte ich auch – Frau Artus hat, glaube ich, gesprochen – widersprechen: Natürlich sind die Professionellen wichtig. Aber ich möchte noch einmal darauf zurückkommen: Aufgaben wie Einkaufsdienste, Wäsche waschen oder Vorlesen sind genauso wichtig in der Pflege, die will ich überhaupt nicht degradieren, müssen aber nicht von Professionellen gemacht werden. Das heißt, wir müssen neue Wege denken, um die Menschen wirklich umfassend zu pflegen und es nicht nur auf rein mechanische Tätigkeiten zu konzentrieren. Wir brauchen alle im Alter – und unsere älteren Mitmenschen schon jetzt – Zuspruch, vor allen Dingen Ansprache und Zeit. Zeit ist das Wichtigste. Ich glaube, darüber müssen wir alle nachdenken. Das führt auch zu einer Qualifizierung dieses Pflegeberufs, wenn wir endlich anerkennen, dass auch die Zeit, die dort investiert wird, etwas ganz Wichtiges ist. In der Hinsicht lassen Sie uns die Debatte weiter führen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Nach Paragraph 22 Absatz 3, nämlich nach der Rede des Senators, hat natürlich jede Fraktion noch einmal die Möglichkeit einer Erwidern. Deshalb bekommt jetzt Frau Baum das Wort.

Elisabeth Baum DIE LINKE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Das ist ein sehr komplexes Thema und nach allem Gesagten fällt es auch gar nicht leicht, jetzt noch einmal wieder den Einstieg zu finden. Aber ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass das Leben in vertrauter Umgebung für die meisten Menschen eine elementare Voraussetzung für einen selbstbestimmten Alltag ist. Gesundheitliche Einschränkungen und Behinderungen erschweren das selbstständige Leben in den eigenen Wänden. Gute Pflege ist nicht nur die Hilfe beim Anziehen und bei der Körperpflege, sondern auch hohes Verantwortungsbewusstsein bei der Medikamentengabe und bei sonstiger medizinischer Versorgung. Dazu kommt auch noch die hohe Anforderung an die soziale Kompetenz der Pflegenden. Wir haben Respekt und Hochachtung vor den Menschen, die nicht nur Angehörige, sondern auch fremde Menschen mit Aufopferung pflegen. Die Missstände in den Pflegeberufen sind anzuprangern. Es geht immer nur um Kosten und um die Pflegepauschalen und nicht um die Menschen – nicht um die Menschen, die gepflegt werden, und nicht um die Menschen, die gepflegt werden.

(Elisabeth Baum)

Das Pflegepersonal ist überlastet und unterbezahlt. Darüber scheint Einigkeit zu herrschen. Es ist ein Frauenberuf, der schon von der Ausbildung her geringere Standards hat. Die Ausbildung findet zurzeit nur vollschulisch statt, obwohl die duale Ausbildung europaweit Anerkennung gefunden hat, aber hier für die öffentliche Hand wohl zu teuer ist. Hier findet auch nur eine Teilqualifizierung statt, die natürlich nicht vergleichbar ist mit der Qualifikation einer examinierten Krankenschwester. Diese wäre bei den steigenden Anforderungen in den Pflegeberufen aber notwendig. Qualitativ sind diese Heil- und Pflegeberufe höher zu bewerten und besser zu bezahlen.

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Hier sollte überlegt werden, ob diese Ausbildung auch in die duale Form mit kontrollierbaren Standards gebracht werden kann. Ich begrüße das Vorhaben der angekündigten Berufsordnung, aber der richtige Weg wäre eine Rekommunalisierung im Gesundheitsbereich.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Mensch hat das Recht, kompetente Pflege zu erhalten, wenn er sie braucht. Der Mensch ist kein Kostenfaktor.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Martin Schäfer SPD*)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Damit ist die Redezeit der Aktuellen Stunde aufgebraucht.

Wir kommen zu den Tagesordnungspunkten 2 bis 11, nämlich den Wahlen zu verschiedenen Gremien.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl von 15 Deputierten der Justizbehörde
– Drs 19/480 –]

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl von 15 Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung
– Drs 19/481 –]

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl von 15 Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Forschung
– Drs 19/482 –]

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl von 15 Deputierten der Behörde für Kultur, Sport und Medien
– Drs 19/483 –]

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl von 15 Deputierten der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

– Drs 19/484 –]

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl von 15 Deputierten der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

– Drs 19/485 –]

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl von 15 Deputierten der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

– Drs 19/486 –]

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl von 15 Deputierten der Behörde für Inneres

– Drs 19/487 –]

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl von 15 Deputierten der Finanzbehörde

– Drs 19/488 –]

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl eines Mitglieds des Datenschutzgremiums nach § 14 der Datenschutzordnung der Hamburgischen Bürgerschaft

– Drs 19/493 –]

Die Fraktionen haben vereinbart, dass die Wahlen in einem Wahlgang durchgeführt werden können. Die Stimmzettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten bei den Namen jeweils Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen auf jeden Stimmzettel und bei jedem Namen nur ein Kreuz machen, aber bitte wirklich nur eins. Eintragungen oder Bemerkungen würden zur Ungültigkeit führen, auch unausgefüllte Zettel gelten als ungültig. Bitte nehmen Sie nun Ihre Wahlentscheidungen vor. Mit dem Einsammeln werden wir etwas warten.

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Ich sehe, es ist schon gut vorgearbeitet worden. Von daher bitte ich schon einmal den Schriftführer, nun mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen. Sie haben gesehen, Herr Hakverdi ist heute alleine. Deshalb werden Mitarbeiter der Bürgerschaftskanzlei ihn beim Einsammeln der Stimmzettel unterstützen.

Dann frage ich noch einmal zur besseren Übersichtlichkeit: Gibt es irgendwo Stimmzettel, die noch nicht eingesammelt worden sind? – Das ist der Fall. Diese werden gleich noch eingesammelt.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden)

Dann frage ich noch einmal: Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Nein, noch nicht. Dann bitte ich, sie so hochzuhalten, dass sie gut gesehen werden.

Ich sehe, dass jetzt auch die letzten Stimmzettel eingesammelt worden sind. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Die Wahlergebnisse werden nun ermittelt und vereinbarungsgemäß zu Protokoll nachgereicht.*

Wir kommen zum Punkt 38 der Tagesordnung, dem Antrag der SPD-Fraktion: Für ein vernetztes und effektives Handeln der Behörden zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt in der Familie.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Für ein vernetztes und effektives Handeln der
Behörden zum Schutz von Kindern und Ju-
gendlichen vor Gewalt in der Familie
– Drs 19/494 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/566 ein gemeinsamer Antrag der GAL-Fraktion und der CDU-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktionen der GAL und der CDU:
Interkulturelle Familienkonflikte entschärfen
– Schutz und Prävention ausbauen
– Drs 19/566 –]**

Diesen Antrag möchte die GAL-Fraktion an den Familien-, Kinder und Jugendausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Veit, bitte.

Vielleicht ein fast obligatorischer Hinweis: Es wäre ganz nett für die Rednerin, wenn es im Plenum etwas leiser würde.

Carola Veit SPD:* Vielen Dank, Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem wir in der vergangenen Legislatur gemeinsam und mehrfach darüber diskutiert haben, dass allen Beteuerungen des bisher allein regierenden CDU-Senats zum Trotz Kinder und Jugendliche in Hamburg nicht hinreichend gegen Gewalt und Vernachlässigung geschützt werden, beschäftigen wir uns hier und heute nach dem schrecklichen Mord an Morsal O. und der schrecklichen Vorgeschichte dieses Mordes zum zweiten Mal im Plenum mit der Tatsache, dass dieser Kinder- und Jugendschutz in Hamburg offenbar immer noch nicht ausreichend ist.

Bereits mit dem jetzigen Aufklärungsstand zum Fall Morsal ist klar, dass die Informationen der be-

teiligten Stellen eben nicht verlässlich und regelmäßig zu einer realistischen Gefährdungseinschätzung zusammengeführt werden und die vorhandenen Möglichkeiten zum Schutz von Morsal O. auch in rechtlicher Hinsicht nicht konsequent genutzt wurden. In der öffentlichen Sitzung des Jugendausschusses vor einer Woche haben die Behördenvertreter dieses auch zugegeben. Deswegen ist es auch vorsätzlich falsch – das möchte ich gleich zu Beginn sagen –, wenn hier und an anderer Stelle Vertreter des Senats und der ihn tragenden Parteien so tun, als wäre alles richtig gelaufen. Nein, meine Damen und Herren, hier ist eindeutig nicht alles richtig gelaufen.

(Beifall bei der SPD und bei *Kersten Artus*
DIE LINKE)

Wenn in diesem Fall alles richtig gelaufen wäre in der Schule, in der Jugendhilfe und in der Justiz, dann hätte die sechzehnjährige Morsal O. Hilfe bekommen und wir müssten heute nicht zum zweiten Mal über ihren Tod und den Mord unter den Augen der beteiligten Behörden reden.

Ich will Ihnen gerne ein paar Beispiele nennen. Zu zwei Anklagen aus dem Winter und dem Frühjahr 2007, bei denen Morsal O. das Opfer war, und die dann von der Justiz im Juni 2008 zur Verhandlung terminiert wurden, also mehr als ein Jahr später, sagte der Vertreter der Justizbehörde im Ausschuss wörtlich:

"Das war natürlich zu spät. Das ist durchaus ein Schwachpunkt. Das muss man aus Sicht der Justiz einräumen."

Der Vertreter der Schulbehörde sagte an anderer Stelle zur Begründung dafür, dass die Schule nicht geholfen hat:

"Die Schule hat sich auf die Erstzuständigkeit des Jugendamts verlassen."

Frau Spethmann, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU, kommentierte die gleichen Vorgänge vor drei Wochen im Parlament mit der Bemerkung, sie könne feststellen, dass in außergewöhnlicher Weise Schule, Polizei, Jugendhilfe und Justiz zusammengewirkt hätten. Außergewöhnlich schlecht hat Frau Spethmann da wohl gemeint.

(Beifall bei der SPD)

Ein anderes Beispiel. Frau Senatorin Goetsch, die erst seit kurzem Schulsensorin ist, hat unmittelbar nach Morsals Tod – zwei Wochen danach – in der Landespressekonferenz, bei der der Senat seine Schlussfolgerungen zum Thema Morsal schon gezogen und verkündet hat, gesagt, die Papierlage

*Siehe Anlage 2, Seite 308 ff.

(Carola Veit)

sei sehr gut, es gebe hervorragende Richtlinien und einwandfreie Checklisten.

Der Vertreter ihrer Behörde sagte dann letzte Woche im Jugendausschuss, man werde jetzt eine Dienstanweisung für die Abmeldung von Schülern ins Ausland erarbeiten. Des Weiteren sagte er: Wir werden eine Dienstanweisung zur Absicherung der Interventionskette in solch einem Fall erarbeiten. Dann sagte er noch: Wir werden Checklisten aus unseren Materialien herausgeben, aufgearbeitet mit dem, was jetzt bei uns im Hause entsteht.

Frau Goetsch, Sie bezeichnen die Richtlinien und Checklisten als hervorragend und der Vertreter Ihrer Behörde kündigte an, sie würden jetzt erarbeitet. Ich denke, hier gibt es einen klaren Widerspruch. Vielleicht mögen Sie uns den erklären.

(Beifall bei der SPD)

Sogar noch einen Schritt weiter geht Herr Kerstan. Der sagte in einem Interview mit der "Bild"-Zeitung zur schwarz-grünen Koalition am 7. Juni – ich zitiere –:

"Die erste Bewährungsprobe, den tragischen Mord an Morsal, haben wir bestanden. Da haben wir schnell Konsequenzen gezogen."

Der Mord als Bewährungsprobe. Der Vertreter der Sozialbehörde hingegen räumt drei Tage später im Ausschuss ein – ich zitiere aus dem Wortprotokoll der Ausschusssitzung –:

"Wir haben inzwischen die Akte und sind noch dabei, sie auszuwerten."

Drei Tage später, nachdem nach der Vorstellung von Herrn Kerstan die Konsequenzen schon gezogen waren,

(Klaus-Peter Hesse CDU: So ist es!)

bevor überhaupt irgendjemand in die Akte geschaut hat. Tatsächlich hat die Auswertung gerade erst begonnen. Ich glaube, auch das ist ein klarer Widerspruch. Herr Kerstan, wie geht denn das zusammen?

(Beifall bei der SPD)

Alle wussten in diesem Fall Bescheid, die Schule, die Jugendhilfe, die Polizei und die Justiz, aber geholfen hat dem Mädchen am Ende niemand. Noch heute Vormittag saß eine Mutter in meinem Abgeordnetenbüro in Rothenburgsort – das ist der Stadtteil, in dem Morsal gelebt hat – und erzählte mir unter anderem, dass Morsal schon immer Angst gehabt hätte, nach der Schule nach Hause zu gehen und alle hätten das gewusst. Erzählt werden in Rothenburgsort übrigens noch ganz andere Geschichten über das Leiden des jungen Mädchens.

Was aber feststeht, ist, dass Morsal zwei Tage vor ihrem Tod verletzt und misshandelt mit einem aus-

geschlagenen Zahn im Rechtsmedizinischen Institut des UKE war. Dorthin kam sie mit Hilfe der Polizei, während sie in Obhut des Kinder- und Jugendnotdienstes war. Dort, bei der Rechtsmedizin ist ihr Leid dokumentiert worden. Danach ist sie vom Kinder- und Jugendnotdienst wieder zu ihrer prügeln- den Familie geschickt worden, wurde erneut misshandelt, hat dann noch einmal einen Tag vor ihrem Tod die Polizei gerufen und war keine 24 Stunden später tot.

Die letzten Handlungen oder vielleicht besser Nichthandlungen der Jugendhilfe fallen angeblich unter den Sozialdatenschutz. Der zuständige Senator Wersich mochte uns im Ausschuss bisher nicht sagen, ob und welche Versuche unternommen worden sind, das Mädchen im Auge zu behalten, zu betreuen und zu beschützen. Nach wie vor heißt es lapidar, dass Morsal die Obhut des Kinder- und Jugendnotdienstes verlassen wollte und man sie da nicht hätte aufhalten können. Ob und wie das überhaupt versucht worden ist, darüber schweigt Herrn Wersichs Behörde.

Wenn wir die letzten Tage des Mädchens betrachten, dann ist es ganz offensichtlich und auch nicht erst im Nachhinein, dass es nicht allein um Jugendhilfe geht, sondern tatsächlich um Gefahrenabwehr und hier liegt ein ganz klares Versagen der zuständigen Behörden vor.

(Beifall bei der SPD)

Aber offenbar misstrauen Sie von der CDU- und Sie von der GAL-Fraktion auch Ihrem eigenen Senat, denn sonst müssten Sie nicht Dinge, die Sie schon in Ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben haben, noch einmal eigens in einem Antrag formulieren, den Sie uns heute vorlegen.

(Jens Kerstan GAL: Mein Gott, ist das billig!)

Wenn Sie glauben würden, Herr Kerstan, dass der Senat tut, was Sie vereinbart haben, dann müssten Sie das nicht noch extra beantragen, kaum, dass die Tinte unter dem Koalitionsvertrag trocken ist.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Wer solch einen schlechten Antrag wie die SPD schreibt, der sollte den Mund halten! Das ist noch nicht einmal heiße Luft!)

Herr Voet van Vormizeele, entweder Sie trauen Ihrem eigenen Senat nicht, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der CDU und von der GAL, und deshalb beantragen Sie vorsichtshalber noch einmal, was Sie ohnehin umsetzen wollten oder es musste schlicht und einfach ein Papier für die heutige Sitzung her.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von Jens Kerstan GAL)

– Herr Kerstan, für Sie ist der Fall längst abgeschlossen. Für Sie war der Mord an Morsal eine

(Carola Veit)

Bewährungsprobe für die schwarz-grüne Koalition. Das muss man sich wirklich einmal wörtlich auf der Zunge zergehen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Da haben wir wirklich Zweifel, dass es Ihnen auch nur ansatzweise um die Aufarbeitung geht.

Wir haben bereits in der vergangenen Legislatur die Erfahrung machen müssen, dass es erhebliche Diskrepanzen gibt zwischen dem, was die zuständigen Senatorinnen und Senatoren und die Sprecher der Senatsparteien in der Öffentlichkeit sagen und dem, was dann tatsächlich unter ihrer Verantwortung getan wird. Deswegen haben wir beantragt, dass der Senat berichten soll, was er wirklich getan hat und was er zu tun gedenkt. Ich glaube, angesichts dieser Vorgeschichte ist dieser Antrag mehr als berechtigt.

(Beifall bei der SPD)

Die Hamburgerinnen und Hamburger haben einen Anspruch darauf zu erfahren, was der Senat zum Schutz der Jugendlichen und Kinder konkret tut und zu tun gedenkt. Wir haben in diesem Fall bisher erstens eine Landespressekonferenz mit Senator Wersich und Senatorin Goetsch erlebt, die erste Schlussfolgerungen dargestellt haben, während im Hintergrund verantwortliche Behörden Antworten auf unsere Schriftlichen Kleinen Anfragen gefiltert haben.

Wir haben zweitens erlebt, dass hier heute ein Antrag eingereicht wird, eilig gezimmert, der aufschreibt, was im Koalitionsvertrag steht und ansonsten der Sache überhaupt nicht gerecht wird. Beides, meine Damen und Herren, brauchen wir nicht. Wir brauchen alle Auskünfte über das, was passiert ist. Wir brauchen kein Versteckspiel hinter Sozialdatenschutz und wir brauchen eine saubere Aufarbeitung. Bisher sieht es danach leider nicht aus. Deshalb wollen wir einen Bericht, der gründlich und für jedermann nachprüfbar auflistet, was der Senat tut und was er nicht tut.

Das ist doch nicht zu viel verlangt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr von Frankenberg.

Egbert von Frankenberg CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst eine grundsätzliche Sache vorweg. Die arglose und wehrlose jüngere Schwester wurde in einen Hinterhalt gelockt und auf schreckliche Weise getötet. Die Tat erfolgte aus niederen Beweggründen, heimtückisch und grausam. Solch eine Tat steht nach meinem Dafürhalten im völligen Gegensatz zu allem, was ich unter dem Begriff Ehre verstehe. Sie ist völlig unehrenhaft und insofern möchte ich vorweg sagen, dass ich in dem Zusammenhang den

Begriff des sogenannten Ehrenmordes unangemessen finde, weil diese Wortbegriffe in meinen Augen überhaupt nicht zusammenpassen.

(Beifall bei der CDU)

Es verträgt sich nach meinem Dafürhalten auch nicht mit unseren Ehrbegriffen, Frauen zu schlagen oder überhaupt andere Menschen zu schlagen. Ich lehne deshalb auch außerhalb des staatlichen Gewaltmonopols und außerhalb von Notwehrsituationen Gewalt als Mittel grundsätzlich ab. Das möchte ich noch einmal ausdrücklich betonen.

(Beifall bei der CDU)

Ansonsten muss ich zu Ihren Äußerungen, Frau Veit, doch noch einmal sagen, dass ich das Gefühl habe, dass das Wortprotokoll, das jetzt vorliegt, sie ein bisschen zur Wortklauberei und Wortverdreherei verführt hat.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Selektion!)

Das finde ich nicht gut, wie Sie das machen, aber das müssen Sie selber wissen, ob das Ihrer Rolle als Vorsitzende gerecht wird.

Ansonsten kann ich feststellen, dass der Senat sofort reagiert hat. Wir finden es richtig, wenn Fälle auftreten, dass es zum Überprüfen des Verwaltungshandelns und des staatlichen Handelns führt. Ziel ist die Optimierung von Maßnahmen. Wir müssen auch feststellen, dass da mit Sicherheit ein Umdenken erforderlich ist, was solche Fälle angeht. Da gibt es keinen Dissens. Es hat auch schon konkrete Maßnahmen gegeben, beispielsweise, dass die telefonische Abmeldung an der Schule nicht mehr möglich ist. Nun muss man natürlich sagen, dass man das hier festgestellt hat, aber das hätte der armen Jugendlichen mit Sicherheit nicht geholfen. Aber man hat dort schon einmal einen Schwachpunkt festgestellt und behoben.

Ansonsten habe ich die Ausschusssitzung des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses irgendwie ganz anders als Sie erlebt. Es wurde ausführlich berichtet und die Dinge wurden sehr detailliert durchgegangen. Das war vielleicht einigen aus Ihrer Fraktion ein wenig langweilig geworden, jedenfalls hatte man das Gefühl.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das traf ja wohl eher auf Ihre Fraktion zu!)

– Das würde ich so nicht sehen. Auf jeden Fall wurde dort ausführlich berichtet und das ist ganz wichtig.

Für uns steht fest, dass es auch bei ausgeprägten Hilfesystemen keinen hundertprozentigen Schutz geben kann. Fehler im Handeln sind zwar nicht erkennbar gewesen. Das Ergebnis als solches ist natürlich trotzdem tragisch und dem muss man sich stellen. Die Frage ist, wo man letztendlich anfängt? Fängt man in der Kita an, fängt man in der Schule an? Müssen die Hilfesysteme weiterentwickelt wer-

(Egbert von Frankenberg)

den? Das sind alles Fragen, wo man nicht aus der Lamäng heraus sagen kann, der Senat hat Schuld oder da hat einer nicht richtig gehandelt, sondern wir müssen uns grundsätzlich einmal darüber Gedanken machen, wie man mit diesem Problem überhaupt umgeht, weil es auch ganz viel mit Denken zu tun hat. Ich will mich da selber nicht ausnehmen. Ich habe im Vorwege zu dieser Debatte viel darüber gelesen. Es gibt dort einfach Dinge, über die man sich vielleicht gar nicht so viele Gedanken gemacht hat. Wenn ich mir das Ganze anlese, tut einem richtig das Herz weh, wenn man die Schicksale und die Zerrissenheit von solchen Familien erlebt. Insofern ist das sicherlich auch eine Sache, die einem da durch den Kopf gehen sollte.

Das Verhalten der SPD finde ich ein wenig zwiespältig oder merkwürdig. Das für den Fall zuständige Bezirksamt ist das Bezirksamt Mitte. Da ist Herr Schreiber von der SPD der Bezirksamtsleiter. Sie tun aber so, als hätten Sie mit dem Verwaltungshandeln als solches überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU und der GAL – *Michael Neumann SPD*: Können wir in die Akte schauen?)

Das finde ich sehr merkwürdig, aber ich habe dem "Hamburger Abendblatt" und anderen Zeitungen entnommen, dass Herr Schreiber andere Pläne hat. Ich will auch keinen Vorwurf daraus machen. Es ist nur so, dass Sie immer so tun, als hätten Sie an allem keine Verantwortung, sondern meinen, Angriff sei das Beste. Für Sie steht die sachliche Aufarbeitung von Vorgängen gar nicht im Vordergrund, sondern Ihnen geht es um Schuldzuweisungen und ich habe das Gefühl, dass Sie die Helfer eher als Täter sehen.

(Beifall bei der CDU und der GAL – *Michael Neumann SPD*: Das ist eine Frechheit!)

Auch was immer der Ruf nach mehr Personal angeht. Beim zuständigen Bezirksamt Mitte – wir haben das im letzten Jahr schon mehrfach angesprochen –, gibt es die Fremdnutzung von ASD-Stellen. Das passt alles nicht zu dem, was Sie erzählen.

Ich komme nun zu Ihrem Antrag. Sie werfen uns vor und haben es öffentlich kundgetan, Sie wären enttäuscht von unserem Antrag und es wäre nicht so, wie Sie sich das vorgestellt haben.

(*Michael Neumann SPD*: Von der CDU kann man nicht mehr erwarten!)

Wahrscheinlich hoffen Sie, dass keiner Ihren Antrag liest, denn Ihr Antrag ist wirklich nur ein Platzhalter, um hier eine Debatte anzumelden, mehr nicht.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Sie fordern einen Bericht. Das ist wirklich kein Schwergewicht, was Sie dort haben. Ihre Forde-

rung trägt ein Spatz auf der Schwanzfeder weg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Dann müssen Sie ihn doch gar nicht erst überweisen!)

Frau Veit, wenn wir einen Antrag einbringen, hat das nichts mit Misstrauen zu tun, sondern Sie werden es sicherlich in der nächsten Zeit noch erleben, dass die Koalition ein Zusammenspiel der sie tragenden Fraktionen und des Senats ist. Das ist eine Koalition und nichts anderes.

Dann haben Sie gesagt, in dem Fall hätte man gegen den Willen einsperren müssen. Das ist das, was ich in der Ausschusssitzung vernommen und auch Ihren öffentlichen Kommentierungen entnommen habe. Ich halte das in der Konsequenz für falsch, weil das in meinen Augen völlig unbefriedigend wäre, wenn man dem Opfer einer Tat letztendlich eine Art unbefristete Schutzhaft angedeihen lässt.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Jetzt wollen Sie schon wieder diese Schutzhaft!)

Das kann in meinen Augen auch nicht der Ausweg aus der ganzen Sache sein.

(Beifall bei der CDU)

Auch sonst ist das Verhalten der SPD nicht nur im Bezirk Mitte oder in der Fraktion merkwürdig, sondern auch das Verhalten im Ausschuss. Herr Ciftlik weiß schon am Morgen, dass bei "SPIEGEL ONLINE" unter der Überschrift: "Diese Jugendlichen lachen sich schlapp über die Polizei" ein Artikel erscheint. Dass der Senat mauert, taktiert und verheimlicht, weiß er schon am Morgen vor der Ausschusssitzung. Nur hat er wohl nicht mit den detaillierten Auskünften gerechnet. Er war dann lange Zeit verschwunden und kam am Ende wieder und fiel durch ein paar Zwischenrufe auf. So stelle ich mir Ausschussarbeit nicht vor.

(Beifall bei der CDU)

Vielleicht hat ihm vorher keiner gesagt, dass Ausschusssitzung auch mal vier Stunden dauern können.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Ich habe schon länger gesessen mit Ihrem alten Koalitionspartner!)

Ich muss auch noch einmal ausdrücklich sagen, dass ich Sozialdatenschutz für eine sehr wichtige Sache halte. Wir müssen über Fälle sprechen und wir wollen Strukturen erkennen. Das ist ganz klar, aber für mich hat auch ein verstorbener Mensch oder das Opfer einer Straftat das Recht auf Schutz seiner persönlichen Daten. Der Senat darf in meinen Augen ausdrücklich nicht rechtswidrig handeln, indem er Daten veröffentlicht, die nicht zu veröffentlichen sind, also ausdrücklich noch ein-

(Egbert von Frankenberg)

mal: Sozialdatenschutz ist in meinen Augen ganz wichtig.

(Beifall bei der CDU)

Bei der Ausschusssitzung in der letzten Woche hatte ich das Gefühl, dass Sie, Frau Veit, als Vorsitzende die Rolle noch nicht wirklich gefunden haben.

(*Michael Neumann SPD: Gefühle können täuschen!*)

Sie haben mit Herrn Böwer über die Medien um die Rolle des Chefanklägers des Senats gewetteifert. Als Vorsitzende wäre da vielleicht ein bisschen Neutralität angebracht. Insofern, versuchen Sie mal, Ihre Rolle da noch zu finden. Das wäre sehr schön.

(Beifall bei der CDU)

Der Einzige, der sich wirklich treu bleibt, ist Herr Böwer: Hauptsache im Angriff, immer dabei, aber so stelle ich mir keine ernsthafte Zusammenarbeit vor, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Blömeke.

Christiane Blömeke GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Veit, mir ist das erste Mal ein bisschen schlecht geworden bei Ihrer Darstellung dieses Falles, weil ich finde, dass Sie diesen Fall wirklich auf einmalige Art und Weise politisch ausschachten und das ist diesem Fall nicht würdig.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Es ist eine infame und gewagte Behauptung zu sagen, Morsal würde noch leben,

(*Michael Neumann SPD: Wenn der Typ im Bau gesessen hätte, würde sie noch leben!*)

wenn all das getan worden wäre, was Sie in Ihrem Kopf anscheinend schon alles wissen, wobei die Analysen noch laufen.

Sie sagen, der Schutz der Kinder habe immer noch Lücken und machen das an diesem Fall fest. Meine Damen und Herren, ich glaube, auf solch ein grausames Verbrechen kann weder der Senat noch der Kinder- und Jugendnotdienst – egal, was Sie jetzt auch sagen – vorbereitet sein, weil es wirklich ein Verbrechen auf eine besonders grausame Art war. Und genau deswegen müssen wir natürlich einiges aufklären.

(*Bülent Ciftlik SPD: Zweieinhalb Jahre zusammengeschlagen!*)

– Herr Ciftlik, Sie haben doch schon im Ausschuss immer durch Zwischenrufe gegläntzt. Melden Sie sich doch hier wenigstens zur Sache.

Bevor ich zu meinem Eigentlichen komme, möchte ich auf ein paar Dinge eingehen, die Sie gesagt haben. Zunächst einmal haben Sie die Dienstanweisung kritisiert. Ich weiß gar nicht, was Sie eigentlich wollen. Da handelt der Senat, macht eine verbindliche Dienstanweisung und Sie sagen, wieso Checklisten waren doch auch schon vorher da. Das sollte Ihnen eigentlich geläufig sein, dass Dienstanweisungen sehr viel verbindlicher sind als Checklisten. Das ist genau der Grund, warum der Senat hier gehandelt hat.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Die zweite Sache, die nicht richtig ist, ist, dass Sie behaupten, Morsal sei nach der Untersuchung im UKE wieder zu ihrer gewalttätigen Familie nach Hause geschickt worden. So ist es nicht, sie wurde in den Kinder- und Jugendnotdienst zurückgeschickt. Woher Sie diese Behauptung haben, weiß ich nicht.

Besonders peinlich war Ihr Hinweis auf den Koalitionsvertrag, wo Sie gesagt haben, da nehmen wir irgendwelche Punkte aus dem Vertrag und packen die hier in den Antrag. Ja, so läuft parlamentarische Arbeit, Frau Veit. Man sucht sich noch einmal bestimmte Anträge heraus, die man jetzt sofort umsetzen und forcieren muss. Darum haben wir hier als Fraktion gehandelt, nachdem der Senat auch schon vorgelegt hat.

Im Übrigen müssen wir bei diesem Verbrechen auf zwei Ebenen eingehen. Wir brauchen zum einen eine umfassende Analyse dieser Hilfemaßnahmen, die in solchen Fällen greifen, und wir müssen natürlich auch die Konsequenzen ziehen. Ich kann mich Herrn von Frankenberg nur anschließen, dass es die umfassende Analyse gab. Zuzeiten als ich auf der Oppositionsbank saß, wäre ich begeistert gewesen, wenn der Senat so Auskunft gegeben hätte. Es ist schon so, dass ich den Senat sehr viel wortkarger erlebt habe als unseren jetzigen Senat. Alle beteiligten Behörden waren anwesend und haben ausführlich über diesen Sachstand informiert. Es ist richtig, dass Ihnen zwischendurch langweilig wurde, weil Sie Ihre Fragen nicht loswerden konnten, aber all das, was wir da gehört haben, war genau die Information, die wichtig war: Von der Schulbehörde über die Justizbehörde bis zur Kinder- und Jugendbehörde. Da wurde nichts ausgelassen.

Wenn Sie jetzt gerecht wären, würden Sie wahrscheinlich auch sagen, ja, das war eine umfassende Analyse und interessanterweise haben Sie Ihr Fazit schon gezogen, obwohl wir die Sitzung noch einmal vertagt und gesagt haben, wir sind noch nicht fertig, es muss noch weitergehen. Für Sie ist der Fall anscheinend schon gegessen. Sie wissen schon, wo die Schuldigen sitzen und wo die Schuldfähigkeit ist.

(Christiane Blömeke)

(Carola Veit SPD: Sie haben überhaupt nicht zugehört!)

Was ich daran besonders bedenklich finde, ist, dass Sie auch Schuldzuweisungen an Mitarbeiter des Kinder- und Jugendnotdienstes und an Jugendamtmitarbeiter machen. Ich denke, dass uns mit diesen Schuldzuweisungen überhaupt nicht geholfen ist. Ich glaube, dass Sie auf dieser Ebene stehengeblieben sind, nämlich auf der Ebene, wir haben hier eine Analyse, für uns ist der Fall schon klar, hier sitzen die Schuldigen und dann hört es auf bei Ihnen, weiter geht es nicht, Frau Veit.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Das wird auch ganz deutlich, wenn man Ihren Antrag liest. Ich fand es ein bisschen lustig, dass Sie gesagt haben, unseren Antrag benutzen wir als Platzhalter. Ich denke, Ihr Antrag ist so offen formuliert. Wenn man die Überschrift liest, hat man noch das Gefühl, da kommt etwas: Für ein vernetztes und effektives Handeln der Behörden zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt in der Familie. Da erwartet man dann ein umfassendes Maßnahmenpaket. Aber nein, da kommt nichts. Da wird der Senat aufgefordert, einen Bericht zu machen. Das ist zu wenig, Frau Veit.

(Carola Veit SPD: Wir sind ja noch nicht fertig mit der Analyse!)

Ich bin immer dafür gewesen, auch Oppositionsanträge in den Ausschuss zu überweisen, aber Ihr Antrag ist so grottenschlecht und oberflächlich, dass man ihn nur ablehnen kann.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Jetzt wundern Sie sich, dass wir einen Antrag bringen und Sie sagen in aller Öffentlichkeit, dass dieser Antrag dem Fall nicht angemessen ist. Ja, meine Damen und Herren, es ist richtig, durch unseren Antrag mit den präventiven Maßnahmen wird Morsal nicht wieder lebendig. Das ist traurig, aber wahr. Aber Politik hat doch auch die Aufgabe, nach vorne zu gucken. Wir müssen auf der einen Seite die Analyse dieses Falles betreiben, aber dann dürfen wir doch nicht stehenbleiben und sagen, wir verharren jetzt in dieser Schelte und in der Kritik, sondern wir müssen gemeinsam nach vorne gucken und überlegen, welche Konsequenzen und Maßnahmen wir aus diesem Fall ziehen müssen. Darüber hatten wir schon das letzte Mal in der Bürgerschaft debattiert. Der Senat hat sofort, ich glaube, es waren nicht einmal 14 Tage, ein umfassendes Maßnahmenpaket vorgelegt, eine Interventionskette, die viele gute Ansatzpunkte hat, von der ich auch hoffe, dass sie möglichst selten angewendet werden muss, aber wenn, dann wird sie Fälle dieser Art zumindest minimieren. Es ist mir an dieser Stelle auch ganz wichtig zu sagen, dass es eine hundertprozentige Sicherheit nicht geben wird.

Die GAL- und die CDU-Fraktion haben jetzt noch ein Stück weiter geradeaus geblickt und gesagt, das sind schon wesentliche Maßnahmen, die der Senat hier angebracht hat. Wir ergänzen diese Maßnahmen aber noch um weitere Punkte, damit wir wirklich ein umfassendes Maßnahmenpaket haben. Dazu gehört – ich greife jetzt nur einen Punkt heraus – der Punkt der Jungenarbeit. Der ist nach der letzten Bürgerschaftsdebatte etwas sehr kurz – ich glaube, es war im "Hamburger Abendblatt" – dargestellt worden, sodass es Menschen gab, die sagten, Sie machen hier den Täter zum Opfer. Das ist es keinesfalls. Aber wenn wir Probleme dieser Art angehen wollen, dann müssen wir zum Beispiel auch den Punkt, den wir zugegebenermaßen im Koalitionsvertrag haben, der aber ganz wichtig ist und jetzt forciert angegangen werden muss, der Jungenarbeit angehen und da besonders auf interkulturelle Aspekte Wert legen, damit wir genau da ansetzen, was Herr von Frankenberg gesagt, nämlich schon bei den ganz Kleinen. Herr von Frankenberg, was Sie am Anfang gesagt haben, kann ich nur unterstützen: Der Bruder ist zwar noch nicht verurteilt, aber er ist derjenige, der natürlich seiner gerechten Strafe zugehen wird.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

Ich will ihn hier keineswegs in eine Opferrolle drücken, aber wir müssen doch alles dafür tun, damit solche Taten verhindert werden und dazu gehört die Prävention.

(Michael Neumann SPD: Ja, der ist aber schon einmal verurteilt worden!)

Auf diesem Zug fahren wir jetzt, weil wir uns überlegen müssen, was wir als Parlament, als Politiker tun können und da haben wir ein Stück weiter gedacht als Sie. Sie, die einfach stehengeblieben sind mit einer banalen Forderung, sich hier alles vorstellen zu lassen, was im Jugendausschuss längst stattfindet. Wir haben gerade in der letzten Ausschusssitzung eine umfassende Erklärung zu vielen Punkten erhalten. Das wird natürlich noch fortgesetzt.

Interessant finde ich auch die LINKEN, die in ihrer Pressemitteilung zum Beispiel ein Fazit aus der Ausschusssitzung gezogen haben, sodass man denken musste, sie wären gar nicht anwesend gewesen. Sie haben behauptet, dieser Mord an Morsal geschah auch deswegen, weil die Behörden nicht miteinander vernetzt waren und weil es nicht genügend Mitarbeiter im Jugendamt gab. Ich frage ich mich, ob Sie überhaupt irgendeine Zahl kennen oder ob Sie zugehört haben. Ich bin wirklich nicht diejenige, die sagt, die Jugendämter seien ausreichend ausgestattet,

(Michael Neumann SPD: Doch, jetzt schon! Seit 44 Tagen schon!)

(Christiane Blömeke)

aber es wurde vom Senat deutlich dargestellt, dass die Vernetzung in diesem Fall sehr gut klappte und dass es nicht an der Anzahl der Mitarbeiter im Jugendamt lag

(Michael Neumann SPD: Woran lag es dann?)

und auch nicht daran, dass man sich nicht um das Mädchen gekümmert habe. Jugendhilfe ist doch etwas komplexer als Ihr einfaches Denken, dass Sie sagen, hier haben wir ein Mädchen, das braucht Schutz, das greifen wir uns mal und lassen es nicht wieder raus. Sie alle, die irgendwie mit Juristerei zu tun haben, wissen, dass in der Jugendhilfe Sechzehnjährige ihre Hilfeplanung mitbestimmen. Das Mädchen war in Obhut, es war nicht in geschlossener Obhut – so etwas sieht unser Kinder- und Jugendhilfegesetz auch nicht vor – und aus dem Grunde ist hier umfassend und richtig gehandelt worden.

Aber, wenn es Lücken gab, müssen wir die natürlich dennoch aufdecken, um aus diesen Lücken zu lernen. Ob es alles ausreichend war, was da gemacht wurde, da befinden wir uns noch mitten in der Aufklärung und Sie ziehen Ihren Schluss vorweg.

(Michael Neumann SPD: Wieso, war doch alles super!)

Ich möchte noch einmal sagen, dass ich es gut finde, dass wir in der nächsten Jugendausschusssitzung auch über unseren Antrag und über die zukunftsweisenden Maßnahmen sprechen werden. Vielleicht blicken Sie auch darüber hinaus und bleiben nicht auf dieser doch etwas vereinfachten Ebene stehen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE: Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! Christiane, wenn Du das nächste Mal aus der Pressemitteilung zitierst, sollte man vielleicht noch einmal die ganze Pressemitteilung vorlegen. Wir stellen sie gern allen Abgeordneten zur Verfügung.

Der Antrag der SPD ist nicht falsch. Wir beurteilen die Auskunftsfreudigkeit des Senats und die Sorgfaltspflicht bei der Rechenschaft der Behörden als absolut unzureichend. Wir können nur bei genauer Analyse zu den richtigen Schlussfolgerungen kommen, wo es Versäumnisse gab beziehungsweise auch die politischen Konsequenzen in personeller Hinsicht ziehen, wenn die Ursachen von furchtbaren Ereignissen, wie der Mord an der sechzehnjährigen Morsal, gefunden werden. Deswegen ist es auch gut, dass es noch eine Ausschusssit-

zung gibt, weil wir noch weitere Auskünfte brauchen.

Insofern sollte aber auch der Senat ein Interesse daran haben, diesen Bericht, wie von der SPD gefordert, abzugeben. Der Antrag ist nicht falsch. Ich finde übrigens auch den Antrag von der CDU und der GAL nicht falsch, aber die Inhalte sind bereits angekündigt worden. Das ist aber auch noch zu wenig. Vielleicht kann man gerade vor dem Hintergrund dieses Vorfalles bereits einige Schlüsse ziehen. Zum Teil sind sie grundsätzlicher Natur, zum Teil konkret.

Einerseits denke ich, dass es in vielen Familien immer noch zum normalen Umgang als erzieherisches Mittel gehört, aufgrund von Überforderungen oder aus anderen Gründen, Gewalt gegen Kinder anzuwenden. Solange es noch zum guten Ton gehört zu sagen, der hätte mal eine ordentliche Ohrfeige verdient, werden Kinder und Jugendliche einem erhöhten Gewaltisiko in Familien, egal, mit welchem Hintergrund, ausgesetzt sein.

Wir haben es immer noch mit einer Generation von Eltern zu tun, die in ihrer Kindheit geschlagen wurde. Es wird aber mit diesen Eltern nicht gearbeitet, obwohl Ihnen jeder Sozialpädagoge und jede Sozialpädagogin sagen kann, dass geschlagene Kinder später in der Regel zu schlagenden Eltern werden. Wo bitte ist das gezielte Anti-Gewalt- und Anti-Aggressions-Training für Eltern, möglicherweise speziell für Männer, aber auch als Angebote in Kitas und Schule. Soziale Kompetenz lässt sich lernen und wir müssen uns endgültig als Gesellschaft verabschieden von dem Bild, dass Erziehung reine Privatsache ist, denn genau das überfordert viele Eltern, egal, mit welchem Hintergrund.

Wer Kinder als sein ausschließliches Eigentum ansieht, maßt sich im Zweifel auch das Recht an, sie zu züchtigen. Wer außerdem etwas gegen die Gewalt in Familien aktiv tun will und damit auch gegen die Verrohung der Gesellschaft, sollte sich an aktiver Armutsbekämpfung beteiligen. Diese Beteiligung finde ich unzureichend, wenn Parteien, die hier in der Bürgerschaft vertreten sind, auf Bundesebene in der großen Koalition zum Beispiel einer Elterngeld-Regelung zustimmen, die vor allem den Besserverdienenden nutzt, die der Erhöhung eines Kindergeldes zustimmen, die den Besserverdienenden nutzt und das Geld nicht dorthin bringen, wo es am dringendsten benötigt wird, in die Hartz-IV-Haushalte.

(Beifall bei der LINKEN)

Was ist das für eine aktive Armuts- und Gewaltbekämpfung, Bildungschancen für alle zu predigen und gleichzeitig Kindern von Hartz-IV-Bezieherinnen und -Beziehern 1,79 Euro im Monat für Schulmaterialien zuzugestehen.

(Jens Kerstan GAL: Sind wir noch beim Thema?)

(Kersten Artus)

– Ja, wir sind genau bei dem Thema. Es sind die Hoffnungslosen, die Menschen ohne Perspektiven, ohne Schulabschlüsse und ohne Ausbildungsplatz, die kein anderes Mittel als Gewalt sehen, um auf sich aufmerksam zu machen.

(Christiane Blömeke GAL: Das ist doch gar nicht das Thema!)

– Das ist genau das Thema, denn hier kommen wir auch zu den Motiven, wie Gewalt entsteht.

(Christiane Blömeke GAL: Nicht jede arme Familie ist gewalttätig!)

Bundesweit wurde – und jetzt kommen wir noch einmal zur Personalfrage – das Personal für die Beratung und Betreuung von ambulanten Hilfen für Erziehung zwischen 2002 und 2006 um 13 Prozent gekürzt. Das hat das Deutsche Jugendinstitut ermittelt. In Hamburg waren die Kürzungen nicht ganz so hoch, aber sie gehören gar nicht gekürzt, sie gehören aufgestockt.

Die Ursachen von Gewalt gegen Mädchen und weibliche Jugendliche, auch in Familien mit Migrationshintergrund, sind einerseits bekannt, andererseits benötigen wir hier weitere Informationen, vor allem aber ist aktives Handeln gefordert. Ich erneuere in diesem Zusammenhang meine Forderung nach mehr Personal in den Beratungsstellen und in den Jugendämtern, die eine wirklichkeitsnahe Betreuung gewährleisten und in einem jungen Menschen nicht nur eine Akte sehen, die nach Dienstschluss in der Schublade verschwindet.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Herr Senator Wersich.

Senator Dietrich Wersich: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, wir alle waren schockiert, als wir die Nachricht bekommen haben, dass der 23-jährige Bruder seine 16-jährige Schwester getötet hat. Es wurde schnell klar, dass das offenbar vor dem Hintergrund eines gewalttätigen Familienkonfliktes über den Lebensstil dieses Mädchens passierte. Es wurde auch schnell bekannt, dass wir es mit einer traditionell patriarchal geprägten Familie mit Migrationshintergrund zu tun haben. Das Unwort des Ehrenmordes – Herr von Frankenberg hat das gesagt – kursierte.

Herr Yildiz, ich habe diese Pressemitteilung, die Sie herausgegeben haben, gelesen. Ich möchte das einmal zitieren:

"Mehmet Yildiz, jugend- und migrationspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, sagte, dass die Gewalttat zu sehr auf den Migrantenhintergrund des Falles bezogen würde."

Ich glaube, Herr Yildiz, dass diese Äußerung von Ihnen gut gemeint ist. Es ist auch richtig, dass es andere Formen familiärer Gewalt gibt und dass es relativ wenig Tötungsdelikte in Deutschland mit diesem Motiv gibt. Aber es ist auch richtig, dass das dahinterstehende Problem in diesen Migrationsfamilien, dass Mädchen und Frauen mit Gewalt an der Verwirklichung ihrer eigenen Lebensstile zurückgehalten werden, in Hamburg möglicherweise Hunderte oder Tausende von Frauen betrifft. Dieses muss man offen aussprechen. Wir können heute keine Phantomdebatte über Hartz IV führen. Wir müssen hier den Finger in die Wunde legen, denn wenn wir diese Zusammenhänge nicht aussprechen, dann können wir sie auch nicht ändern.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Deswegen glaube ich, dass die öffentliche Auseinandersetzung um diesen Fall, um die Täter, um die Motive, um die familiären Hintergründe so wichtig ist, weil sie deutlich macht, welche Normen unsere Gesellschaft setzt und weil sie schlichtweg deutlich macht, dass wir derartige Verhaltensweisen in unserem Lande nicht akzeptieren.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Lassen Sie mich nun ein bisschen zur Aufarbeitung kommen. Jeder weiß – das gilt auch für die Opposition –, dass wir als Behörden, so ausgeprägt ein Hilfesystem auch ist – mit Intervention, mit unseren interkulturellen Beratungsstellen, mit Wohnprojekten und so weiter –, eine hundertprozentige Sicherheit in einem freiheitlichen Rechtsstaat nicht erzwingen können. Eine hundertprozentige Erfolgsgarantie der Helfenden kann niemand versprechen.

Dennoch glaube ich, dass wir jeden Fall, der vorkommt, ernst nehmen und versuchen müssen, aus ihm zu lernen. Gerade ein Fall, in dem sich die Ohnmacht der Hilfe zeigt, muss gründlich analysiert werden. Es müssen Schlussfolgerungen gezogen werden und ich weiß, dass manche das benutzen, um in einer ritualisierten öffentlichen Diskussion schnell zu sagen, dass es eine Schuldfrage ist und sie die Schuld dann auf die Helfer lenken. Aber wenn Derartiges passiert, haben wir als Senat die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass unsere Experten eine kritische Analyse des Hilfeverlaufs vornehmen, daraus Schlussfolgerungen ziehen und dass wir diese dann auch konsequent und zügig umsetzen.

Genau diese Verantwortung haben die Senatoren wahrgenommen. Ich habe bei meinen Jugendhilfeexperten in Auftrag gegeben, dass umgehend das Handeln des für den Fall verantwortlichen und zuständigen Jugendamtes, das Bezirksamt-Mitte analysiert wird und dass auch der KJND mit einbezogen wird. Das haben alle Behörden gemacht, jeder zunächst für sich. Dann haben wir uns alle zusammengesetzt und gemeinsam diesen Verlauf

(Senator Dietrich Wersich)

analysiert und Schlussfolgerungen gezogen, elf Tage nach dem Ereignis in der Landespressekonferenz am 27. Mai.

Vor diesem Hintergrund, Frau Veit, ist es einfach infam, wenn Sie sagen, der Senat und die Behörden hätten gesagt, es sei alles in Ordnung. Wir haben Schlussfolgerungen gezogen, weil wir eine Analyse gemacht haben.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Lassen Sie mich zu einem Punkt noch etwas sagen. Warum habe ich vorhin sehr bewusst gesagt, dass die Experten analysieren sollen? Da müssen wir als Politiker uns manchmal ein bisschen an die eigene Nase fassen und das sage ich auch als Senator: Unser Expertenwissen ist begrenzt. Ich will ganz deutlich sagen: Wenn wir wirklich Hilfeprozesse analysieren wollen, wenn wir aufklären wollen und wenn daraus für die Helfenden Konsequenzen gezogen werden sollen, dann brauchen diese Helfenden Fairness statt Vorurteile und dann brauchen sie eine kompetente Analyse. Wohin das führt, wenn Politiker sich in der Analyse selbst überschätzen, möchte ich an einem Beispiel von Herrn Ciftlik deutlich machen. Am 10. Juni hat er gegenüber SPIEGEL ONLINE zur Rechtfertigung der von der SPD geforderten geschlossenen Inobhutnahme ausgeführt – ich zitiere –:

"Der Tenor in der Arbeit mit ihr hätte sein müssen: 'Wir verstehen, dass du zurück willst, Morsal. Aber dein Bruder hat dich vor 24 Stunden massiv bedroht und geschlagen, deshalb lassen wir dich nicht zurück'."

(Andy Grote SPD: Ja!)

Die Fakten, sowohl aus den Antworten der Kleinen Anfragen als auch im Ausschuss waren, dass der spätere Täter, der Bruder, seit über einem Monat überhaupt nicht in Erscheinung getreten ist. Er war gar nicht an den Ereignissen vorher beteiligt. Diese Form von Analyse gegenüber den Helfern hat nicht nur etwas Besserwisserisches, sondern es ist eine Profilierung zulasten der Sache und das dient den Helfern nicht.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Deshalb appelliere ich an Sie alle, ein wenig Distanz, Selbstkritik in der Frage der eigenen Fachkunde aufzubringen und dann wirklich ein Stück weit auf die Experten der Jugendhilfe zu hören.

In dem Zusammenhang – ich will das ganz offen ansprechen – kritisieren und diffamieren Sie den Sozialdatenschutz

(Carola Veit SPD: Nein!)

und sagen, die Behörden würden sich dahinter verstecken. Der Sozialdatenschutz ist nicht nur vom Bundesgesetzgeber ein fixierter Anspruch des Bürgers darauf, dass seine besonderen Daten, die der Staat aus den Hilfeverläufen erhält, geschützt

werden, sondern ich bin auch fest der Überzeugung, dass auch ich persönlich kein moralisches Recht habe, die Details von Morsals Denken, ihren Einstellungen, ihren Handlungen

(Dr. Andreas Dressel SPD: Darum geht es gar nicht! Die Tatsachen diskutieren Sie weg!)

oder gar – wie Sie gefordert haben – die Details aus psychologischen oder psychiatrischen Gutachten offenzulegen, um die daraus abgeleiteten Entschlüsse eines Hilfeverlaufs darzulegen. Das kann ich nicht, das darf ich nicht und das werde ich auch nicht tun, auch wenn Sie dazu weitere Jugendhilfeausschusssitzungen ansetzen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

An dieser Stelle auch noch einmal, um Missverständnissen vorzubeugen: Wenn ich sage, dass wir diese Details des Hilfeverlaufs, worauf sie sich begründen, auf welchen Einschätzungen, auf welchen Gedanken, auf welchen Äußerungen, nicht offenbaren, heißt nicht, dass unsere Experten nicht genau diese untersucht haben, denn das ist das Wesen dieser Analyse. Und das Ergebnis dieser Untersuchung haben wir Ihnen in dieser hier schon dargestellten vierstündigen Sitzung des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses ausführlich dargestellt.

Ich will das nicht alles wiederholen. Wir haben Ihnen die Struktur dargestellt, ein ausgeprägtes Hilfesystem, Inobhutnahme, ambulante, stationäre Angebote. Wir haben in Hamburg etwas, was es überhaupt nur in sehr wenigen anderen deutschen Städten gibt, nämlich eine anonyme stationäre Unterbringungsmöglichkeit für diese Mädchen. Wir haben im letzten Jahr zwei hervorragende interkulturelle Gewaltberatungsstellen eingerichtet, die die Jugendämter, die Familien oder auch einzelne Personen beraten. Dennoch haben auch wir an dieser Stelle Konsequenzen gezogen. Wir werden kurzfristig diese niedrigschwellige kulturspezifische Gewaltberatung ausbauen. Wir sind im Gespräch mit den Trägern, die Möglichkeiten zur anonymen Unterbringung bedarfsgerecht weiterzuentwickeln.

Zweiter Punkt war – auch das ist angesprochen worden –, ob es ein Informationsdefizit gegeben hat. Nein, das fallführende und zuständige Bezirksamt Hamburg-Mitte hatte alle wichtigen Informationen. Ich möchte auch an dieser Stelle noch einmal sagen, dass die Verantwortung für den Hilfeverlauf ganz klar geregelt ist. Sie liegt beim zuständigen ASD. Wenn Sie den Senat treffen wollen, indem Sie sagen, die Helfer haben Mist gebaut, dann verstehe ich nicht, warum Sie die Verantwortungsebene des Bezirkes und des Bezirksamtsleiters ausklammern, außer Sie haben andere Ziele mit Herrn Schreiber.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Michael Neumann SPD: Bringen Sie Herrn Schreiber

(Senator Dietrich Wersich)

doch das nächste Mal mit, wenn Sie für den Ausschuss mal einen Termin frei haben! Sie legen doch fest, wer für den Senat spricht!)

Eindeutiger Schwachpunkt des gesamten Hilfeverlaufs war die Gefährdungseinschätzung. Das haben die Experten dargestellt. Sie haben aber auch dargestellt, dass das eine ganz besondere Ambivalenzproblematik ist. Wir haben es eben nicht mit ruinierten Familienverhältnissen zu tun, sondern gerade diese Mädchen sind häufig bis zur Pubertät in einem ausgesprochen liebevollen Elternhaus groß geworden. Wir haben es hier damit zu tun, dass sich diese Mädchen nicht von ihren Familien distanzieren. Herr Dr. Hammer hat von einer 25-jährigen Türkin berichtet, die heute selber hilft, dass sie für sich selber, für ihre Vergangenheit festgestellt hat, dass sie das Ernstnehmen dieser Ambivalenz durch die deutschen Hilfesysteme, Beratungsstellen und Jugendämter nicht gespürt hat, weil kein Verständnis dafür war, dass sie diese Familie trotzdem noch liebt und dass sie nicht sofort von der Familie losgelöst werden wollte. Deshalb hat diese Frau, die heute selber in der Gewaltberatung tätig ist, keine Hilfe des Staates mehr in Anspruch genommen.

Diese Ambivalenz zu erkennen und trotzdem bestmögliche Hilfe zu leisten, hat zu der Hauptschlussfolgerung geführt, die wir für alle Bereiche und alle Behörden brauchen, nämlich Gefährdungseinschätzung in solchen Konstellationen zukünftig nach einem sogenannten Worst-case-Szenario zu machen, das heißt, dass man ein höheres Gefährdungsrisiko für Leib und Leben zugrunde legt, wenn man den Hilfeverlauf plant. Dieses alles und auch dieses Defizit des Hilfeverlaufs haben wir ausführlich im Familien-, Kinder- und Jugendausschuss dargelegt.

Ich muss in dem Zusammenhang allerdings auch einen Vorgang ansprechen – das ist vielleicht eine Arabeske, wirft aber auch ein Schlaglicht auf den politischen Umgang. Herr Dr. Hammer als Leiter der Hamburger Kinder- und Jugendhilfe hat zu dieser Gefährdungsanalyse Folgendes ausgeführt:

"Was wir hier feststellen müssen, es gab eine Gefährdungseinschätzung, die sich an Erfahrungswerten der Mehrheit vergleichbarer Fälle orientiert hat und nicht an einem Worst-case-Szenario, dass mal in dem einen oder anderen Fall aus der Gefährdung, verdroschen zu werden, eine Lebensgefahr erwachsen kann. In diesem Zusammenhang ist Handlungsbedarf gegeben, das heißt, wir werden zukünftig mit den Fachkräften der Jugendämter und auch mit den kooperierenden Freien Trägern solche Szenarien entwickeln [...] und entsprechende Fortbildungen anbieten."

Das ist eine klare Aussage. Worst case bedeutet, aus der Gefahr, verdroschen zu werden, auch Lebensgefahr abzuleiten.

Nun hat sich allerdings eine Tageszeitung verhöhrt und das falsch zitiert, was ja mal passieren kann, nämlich: "Verdroschen zu werden, bedeutet keine Lebensgefahr".

Der Abgeordnete Böwer, den ich heute vermisste

(*Michael Neumann SPD: Erkrankt! – Viviane Spethmann CDU: Redeverbot!*)

– erkrankt, okay, wir fragen jetzt nicht, wodurch er sich die Erkrankung zugezogen hat, er war ja eingetragen als Redner und ich vermisste ihn da wirklich, das muss ich ehrlich sagen.

(*Uwe Grund SPD: Der ist krank! – Gegenruf von Frank Schira CDU: Ihr habt ihn krank gemacht!*)

– Ja, das habe ich zur Kenntnis genommen. Gute Besserung. Ich nehme an, dass ich trotzdem über ihn reden darf und was er da gemacht hat.

Der Abgeordnete Böwer liest den Pressespiegel mit diesem vermeintlichen Zitat, ruft alle Redaktionen an, stürzt sich auf dieses vermeintliche Zitat, obwohl er selber in der Sitzung dabei war und greift den leitenden Beamten, der übrigens über Parteigrenzen hinweg wirklich ein bundesweit anerkannter Experte der Jugendhilfe ist, massiv an und macht ihm den Vorwurf bis hin zur Amtspflichtverletzung.

Und die Ausschussvorsitzende, Frau Veit, setzt in einer Pressemitteilung vom 12. Juni auch noch einen drauf und kritisiert, dass ich als Sozialsenator danebengesessen hätte und Herrn Hammer nicht widersprochen habe.

(*Frank Schira CDU: Peinlich! – Carola Veit SPD: Das stimmt nicht!*)

Meine Damen und Herren! Am selben Tag, an dem diese inszenierte Aufregung der SPD durch den Blätterwald rauschte, hat die andere Zeitung das Zitat richtig gestellt.

Meine Damen und Herren! Dieser Umgang mit einem falschen Zitat, obwohl Sie selber da waren, ist ein Lehrstück politischer Kultur. Bitte bringen Sie es anständig zu Ende und entschuldigen Sie sich hier bei Herrn Dr. Hammer für dieses ungehörige Vorgehen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Dass der Hilfeverlauf insgesamt sehr wechselhaft, sehr schwierig und überhaupt nicht perfekt war, ist völlig unstrittig und war auch bereits die Ursache der Schlussfolgerungen, die die beteiligten Behörden aus der Analyse Ende Mai abgeleitet haben. Darüber hinaus haben wir jetzt das, was wir im Hinblick auf den Kinderschutz-Gipfel mit den Ministerpräsidenten und der Kanzlerin am 12. Juni be-

(Senator Dietrich Wersich)

wegt haben, auch für diesen Fall eingesetzt. Wir haben vereinbart, dass das Nationale Zentrum Frühe Hilfen als bundesweite Plattform dienen soll und dabei auch Einzelfälle analysieren soll, damit Menschen in der ganzen Republik aus diesen Fällen lernen können. Deswegen haben wir jetzt gemeinsam mit dem Bezirksamt Mitte nach dem Beschluss vom 12. Juni gesagt, dass wir diesen Fall auch den Experten des Nationalen Zentrums des deutschen Jugendinstituts vorlegen werden, damit genau diese weitere Expertenanalyse stattfindet. Das ist Aufklärung und ein vernünftiger Umgang mit derart schrecklichen Dingen.

Ich möchte zum Schluss noch einmal zum eigentlichen Dissens unserer Einschätzung kommen, denn soweit sind wir ja einig zwischen Senat, GAL, CDU und SPD. Aber es gibt einen Punkt, da sind wir weit auseinander. Sie halten die geschlossene Unterbringung des Mädchens, wenn es nicht tut, was die Jugendhilfe will, auch gegen deren Willen für das richtige Mittel. Auch hier, Frau Veit, darf ich wieder aus Ihrer Pressemitteilung vom 12. Juni zitieren:

(Carola Veit SPD: Soweit sind wir doch noch gar nicht!)

"Veit unterstrich die Position der SPD-Bürgerschaftsfraktion, dass bei Morsal [...] eine freiheitsentziehende Maßnahme im Rahmen der Inobhutnahme hätte erfolgen können und müssen. Der von der CDU und GAL wiederholt betonte 'Freiheitsdrang' des Mädchens und ihre 'Ambivalenz' zur Familie hätten eine Grenze."

Merken Sie eigentlich, dass Sie unbeabsichtigt und ungewollt ganz nahe bei der Vorstellung der Eltern über die Erziehung ihrer Kinder sind? Merken Sie eigentlich, dass Sie ein anderes Verständnis von Jugendhilfe haben, wenn für Sie das Mädchen nicht ein Subjekt der Hilfeplanung ist, sondern ein Objekt, über das wir verfügen? Sie versteigen sich hier zu einer Haltung

(Carola Veit SPD: Hier geht es nicht um Jugendhilfeplanung, sondern um Gefährdetenschutz!)

– ja, genau –, dass dieses Mädchen zu ihrem eigenen Schutz auch gegen ihren Willen eingesperrt hätte werden müssen.

Wir waren uns einig, dass wir eine geschlossene pädagogische Unterbringung von jugendlichen Mehrfachtätern, die aus den Milieus abzulösen sind, unterstützen, aber ein Mädchen, das um seine Freiheit und seine Selbstbestimmung gegenüber der Familie kämpft, vom Staat einsperren zu lassen: Ohne uns.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ich finde, hier wird offenbar, dass Sie recht zweifelt die politische Nische suchen, die Ihnen

Grüne und CDU noch lassen. Ich gebe zu, das ist nicht leicht, eine solche Nische zu finden. Aber ich möchte Ihnen noch etwas mit auf den Weg geben im Sinne von Weiterdenken: Haben Sie sich eigentlich klar gemacht, wenn wir das ein einziges Mal tun, wenn wir ein einziges Mal ein solches Mädchen quasi gegen ihren Willen geschlossen unterbringen, dass sich dann zukünftig in dieser Stadt kein einziges von Gewalt bedrohtes Mädchen mehr an die staatlichen Hilfsinstitutionen wenden wird?

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Diese Maßnahme ist ein totaler Irrweg. Das ist eine jugendpolitische Geisterfahrt.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Barbara Ahrons CDU: Richtig!)

Meine Damen und Herren! Der ASD und die Jugendämter sind in der schwierigen Situation

(Michael Neumann SPD: Also konnte man nichts machen? Dann ist das eben so, dann stirbt das Mädchen eben oder was?)

zwischen der Verantwortung der Eltern und dem Wächteramt, zwischen der Selbstbestimmung und Mitentscheidung der Jugendlichen und staatlicher Bevormundung. Sie haben vielleicht mitbekommen, dass der Kinderschutzbund schon kritisiert, dass der Staat mittlerweile zu viel tut, zu viel in Obhut nimmt. Ich glaube, eine eher am Wahlkampf orientierte öffentliche Diskussion mit Vorurteilen und Unkenntnis ist nicht ungefährlich für unser Hilfesystem. 300 Mitarbeiter im ASD, im Kinder- und Jugendnotdienst haben für ihre schwierige Arbeit Respekt und Anerkennung, aber auch einen fairen Umgang in der Aufklärung verdient. Eine derartige Tat am Ende nicht verhindern zu können ist das eine, den Helfern aber dann die Schuld an dem Verbrechen zu geben, kann ich nicht akzeptieren.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Lassen Sie mich zum Schluss feststellen: Morsal ist Opfer des massiven familiären Konflikts in ihrem stark patriarchal geprägten Elternhaus geworden. Der Täter ist geständig. Motiv und die familiären Hintergründe müssen im weiteren Strafverfahren aufgeklärt werden. Ich glaube, wir alle müssen hinschauen und mitwirken und mit unserem vielschichtigen Hilfesystem und Know-how für Mädchen und Frauen die Gewaltspirale in derartigen traditionell patriarchal geprägten und teilweise auch religiös geprägten Familien stoppen. Auch die Migrantenorganisationen – das will ich an dieser Stelle auch noch einmal sagen – haben hier eine immense Verantwortung, sich daran aktiv zu beteiligen. Daran sollten wir gemeinsam und sachorientiert arbeiten.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Dr. Dressel.

(*Frank Schira CDU:* Jetzt wird es sachlich!)

Dr. Andreas Dressel SPD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt in der Tat einiges, was man dazu sagen kann. Fangen wir einmal mit dieser Entgleisung an, die vorhin gesagt worden ist, dass wir Helfern zu Tätern machen würden. Das ist nicht der Punkt. Es geht darum, dass wir aufarbeiten müssen, wo auch politische Verantwortlichkeiten, wo strukturelle Mängel sind, die sich in diesem konkreten Fall gezeigt haben und die aufgearbeitet werden müssen. Deswegen geht es nicht darum, die Helfer zu diffamieren, sondern es geht konkret darum, politische Verantwortlichkeiten aufzudecken, sie zu hinterfragen und genau davor laufen Sie davon, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Zu dem Punkt, wir würden das Bezirksamt Mitte oder den Bezirksamtsleiter Schreiber aussparen. Wir haben die Fragen, wo das Bezirksamt Mitte, nämlich das Jugendamt den Antrag beim Familiengericht hätten stellen können und müssen, überhaupt nicht ausgespart, sondern wir waren diejenigen, die das angesprochen haben.

(*Wolfgang Beuß CDU:* Haben Sie eben überhaupt zugehört?)

Wenn es dort Versäumnisse gegeben haben sollte, dann werden wir die auch offen ansprechen. Allein das, dass wir da keinen Unterschied machen oder irgendetwas zurückhalten, zeigt, dass es uns nicht um eine parteipolitische Aufarbeitung geht, sondern um eine rückhaltlose Aufarbeitung dieses Falles, und zwar ganzheitlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – *Viviane Spethmann CDU:* Das glaubt euch doch keiner!)

Gehen wir einmal zum Thema Sozialdatenschutz. Ich finde es immer so interessant, wenn die CDU den Datenschutz entdeckt. Die GAL hat ihn schon länger für sich entdeckt, das ist okay, aber dass Sie jetzt auf einmal sagen, der Datenschutz sei an der Stelle die heilige Kuh, ist schon sehr interessant. Aber wenn man sich einmal genau anguckt, wie das im Einzelnen bei Anfragen und so weiter gelaufen ist – darauf komme ich gleich –, dann stellt man fest, dass Sie den Sozialdatenschutz immer dann ins Feld führen, wenn es Ihnen politisch in den Kram passt und das ist schäbig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Kommen wir einmal zu der Kleinen Anfrage, wo wir vor der letzten Bürgerschaftssitzung die Möglichkeit hatten, dieses auch öffentlich zur Kenntnis zu

nehmen, weil wichtige Medien in dieser Stadt darüber berichtet haben, und zwar nicht über das Ergebnis, nach dem im Senat noch einmal daran herumgedoktert wurde, sondern davor, das heißt, der Entwurf, den die federführende Justizbehörde erarbeitet hatte und wo man nachher sehr genau feststellt, dass da doch etwas ein wenig gestrichen wurde. Da kommen wir dann zu der Frage, wo man sehr genau sehen kann, Herr von Frankenberg und Frau Blömeke, wie das mit Ihrem Aufklärungswillen so bestellt ist.

Kommen wir konkret zu den Einzelheiten und nehmen einen Punkt aus der Antwort des Senats, in der steht:

"Außerdem soll A. die M. am 23. März 2008 geschlagen und an den Haaren gezogen haben."

Das war das, was öffentlich zur Kenntnis gegeben wurde. Im Entwurf der Justizbehörde steht dann aber etwas mit "Haare ausgerissen" – das nur einmal als Gesichtspunkt, wie Sachverhalte entstellt, verkürzt und verdreht werden. Ist das Ihre Aufklärung in diesem Fall, den Sachverhalt so zu verfälschen? Wo ist da der Sozialdatenschutz, wenn es um wirkliche Tatsachen geht, die hier gefragt werden?

(*Barbara Ahrons CDU:* Ich wäre an Ihrer Stelle gar nicht mehr hier vorne! Das ist ja peinlich!)

Man kann natürlich sagen, das mit den Haaren sei nicht der alles entscheidende Punkt, aber ich komme zu weiteren Punkten, zum Beispiel zur Zeugenvernehmung, die an die Eltern als Erziehungsberechtigte – in diesem Fall an die Mutter, die die mutmaßliche Täterin war – gegangen ist. Das ist schwierig und muss vielleicht für die Zukunft einmal aufgearbeitet werden. Das hätten wir in diesem Fall gar nicht erfahren, wenn die nachher beschlossene Senatsantwort das Einzige gewesen wäre, was das Parlament erhalten hätte, denn dass eine Ladung zur Zeugenvernehmung an die Beschuldigten gerichtet war, wird verschwiegen. Wir haben also an dieser Stelle auch einen Mangel an Aufklärung dem Parlament gegenüber. Sie verkürzen Sachverhalte und machen damit die öffentliche Aufarbeitung sehr viel schwieriger.

(Beifall bei der SPD)

Das, finde ich, ist der schwerwiegendste Punkt, da wir hier auch über das Thema Zwangsverheiratung in diesem Gesamtkontext sprechen, und da heißt es dann in der endgültigen Senatsantwort, zum Afghanistan-Aufenthalt von Morsal liegen keine gesicherten Erkenntnisse vor. Das hat der Senat uns offiziell mitgeteilt und die ursprüngliche Version, die auch in der Presse berichtet worden ist, lautet:

(Dr. Andreas Dressel)

"Zudem sollte sie verheiratet werden, zu einer Eheschließung ist es jedoch nicht gekommen."

Das war offensichtlich die ursprüngliche Kenntnis der Polizei, so steht es jedenfalls im ursprünglichen Entwurf.

Dass Sie so eine Kerninformation für das Gesamtverständnis dieses Sachverhalts, wo man auch schauen muss, welche Maßnahmen, Konsequenzen und Analysen man daraus zieht, dem Parlament vorenthalten mit dem Argument des Sozialdatenschutzes, ist wirklich ein Hammer. So kann dieser Fall nicht ordentlich aufgearbeitet werden.

(Beifall bei der SPD)

Es lassen sich viele Beispiele finden. Wenn Frau Blömeke die Aufklärungsarbeit als ganz besonders vorbildlich gefeiert hat, dann schauen Sie sich einmal den Vorher-nachher-Vergleich dieser Senatsantwort an, vor und nach der Senatsbefassung. Dann sieht man, dass von dieser tollen Aufklärungsarbeit, die Sie hier so gelobt haben, wirklich nicht viel übrig bleibt.

Ein weiterer Punkt ist der Sorgerechtsentzug und die Inobhutnahme gegen den Willen. Heute fiel wieder dieses schreckliche Wort von der Schutzhaft. Dass Sie, obwohl wir letztes Mal schon darüber gesprochen und gesagt haben, dieses Wort habe in diesem Zusammenhang wirklich nichts zu suchen,

(*Viviane Spethmann CDU*: Kommen Sie mal zum Punkt!)

nichts daraus gelernt haben, sondern wieder diesen unerträglichen Begriff in die Debatte werfen – Sie haben auch in den ganzen Wochen, in denen wir darüber diskutiert haben, nichts gelernt – finde ich sehr enttäuschend.

(Beifall bei der SPD – *Viviane Spethmann CDU*: Wie wollen Sie's denn lösen?)

Es geht darum, welche Möglichkeiten gegeben sind, und der Senator hat an dieser Stelle eben den konkreten Vorwurf an uns gerichtet, das Mädchen in diesem Fall von ihrem Freiheitsdrang abhalten zu wollen. Ich sage Ihnen ganz konkret: Sie haben bestimmte Verpflichtungen aus dem Kinder- und Jugendhilfegesetz – ich habe es bei der letzten Sitzung schon angesprochen – und da steht in Paragraph 42:

"Das Jugendamt ist berechtigt und verpflichtet, ein Kind oder einen Jugendlichen in seine Obhut zu nehmen,..."

– das steht in Absatz 1 und später, dass auch freiheitsentziehende Maßnahmen bei dieser Inobhutnahme zulässig sind –,

"... wenn und soweit sie erforderlich sind, um eine Gefahr für Leib oder Leben des Kindes ... abzuwenden."

Das ist die Rechtslage, an die der Senat als Fachaufsichtsbehörde gebunden ist, an die das Jugendamt gebunden ist und, und, und. Natürlich sollte man den Paragraphen immer zu Ende lesen, das ist völlig richtig. Man muss dann an der Stelle eine Entscheidung des Familiengerichts einholen; überhaupt keine Frage. Die Frage ist, warum Sie diesen wirklich eindeutigen Festlegungen im Gesetz ausweichen zu sagen, in so einem Fall muss die Ultima Ratio zum Einsatz kommen. Die Gefährdungslage war offenkundig, was die letzten 48 Stunden angeht. Spätestens seitdem die Ergebnisse der rechtsmedizinischen Untersuchungsstelle vorliegen und die ganze Fallsituation klar ist, sagen wir, es geht darum – Sie haben unsere Forderungen vorhin als Geisterfahrt bezeichnet –, in einer solchen unmittelbaren Gefährdungssituation für Leib und Leben Leib und Leben zu retten. Das ist unser Standpunkt und wir beharren an diesem Punkt auch darauf.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben gestern in der Presseerklärung von ehrlicher, substantieller Aufarbeitung gesprochen. Frau Veit hat so viele Punkte genannt – Herr Ciftlik wird das auch noch einmal ergänzen –, bei denen Sie sich einer ehrlichen und substantiellen Aufarbeitung dieses konkreten Falls richtig verweigert haben. Sie machen damit den ersten entscheidenden Schritt nicht.

Wir können über langfristige, strukturelle Maßnahmen gerne diskutieren, da werden wir vielleicht in ganz vielen Punkten einer Meinung sein, aber an erster Stelle muss stehen, diesen Fall mit all seinen Facetten, mit seinen Verantwortlichkeiten wirklich rückhaltlos aufzuklären. Und da haben Sie so viele Nebelkerzen geworfen, sich an so vielen Stellen verweigert, dass man wirklich sagen muss, da sind Sie Ihrer Verantwortung als neue Regierungsfraktion nicht gerecht geworden, Sie sind dem Fall nicht gerecht geworden.

Kehren Sie deshalb zu einer ordentlichen Aufklärungsarbeit zurück, Sie haben in der nächsten Sitzung des Jugendausschusses noch einmal Gelegenheit dazu. Das sollten Sie tun, um solche Fälle für die Zukunft zu vermeiden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Güclü.

Nebahat Güclü GAL: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Heute ist eine ganze Menge zu dem Thema gesagt worden und ich werde jetzt nicht alles wiederholen, was meine Vorrednerinnen

(Nebahat Güclü)

und Vorredner und vor allem Senator Wersich sehr eindrucksvoll geschildert hat.

(Michael Neumann SPD: Und rührend eindrucksvoll!)

Aber ich möchte noch einmal auf den Antrag der SPD zurückkommen, der unter anderem die Grundlage für die heutige Debatte war.

Frau Veit, ich muss mich wundern, Sie haben vorhin gesagt, Ihr Antrag wäre weitergehender. Eine Zusammenfassung der Maßnahmen, die der Senat schon mehrfach vorgestellt hat, über die schon seit Wochen in der Stadt diskutiert wird, kann doch nicht die Antwort der SPD auf dieses ganze Getöse seit Wochen in den Ausschüssen und in den Medien sein. Hier betreiben Sie selbsterfüllende Prophezeiung, die allerdings nicht eintrifft.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wenn wir uns Ihren Antrag anschauen, dann ist er eigentlich ganz typisch für die SPD: pauschal, schwammig, nette Lyrik, eine Absichtserklärung, aber keine konkreten Maßnahmen.

(Michael Neumann SPD: Können Sie ja richtig froh sein, dass wir keine Koalition eingegangen sind, weil wir schwammig sind!)

Wo sind Ihre einzelnen Maßnahmen, wenn Sie meinen, Lücken und Fehler gesehen zu haben? Sie hätten mit Ihrem Antrag die Möglichkeit gehabt, genau da den Finger in die Wunde zu legen und zu sagen, die und die Maßnahme leiten wir als SPD daraus ab, das muss umgesetzt werden, um das abzustellen. Solange das nicht passiert, Frau Veit, bleibt wirklich nur Rhetorik.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Und dass die SPD hier immer noch planlos, orientierungslos und ziellos ist, zeigt auch die Tatsache, wie sehr Sie sich in verschiedene Richtungen vergaloppieren. Herr Ciftlik spricht in den Medien; ganz zu Anfang hat er eine neue Abschiebedebatte ins Spiel gebracht, dann war es eine Einbürgerung auf Zeit, dann haben wir die rechtspolitische Diskussion gehabt.

(Ingo Egloff SPD: Können Sie mal sehen, wie viele Facetten das Thema hat!)

Es ging darum, ob man die junge Frau nicht in irgendeiner Form hätte geschlossen unterbringen sollen. Wer mit diesen jungen Frauen gearbeitet hat – auch das hat Senator Wersich sehr deutlich gemacht und das habe ich mehrere Jahrzehnte, Frau Veit –, der weiß, dass das die schlimmste Strafe ist, die man ihnen zukommen lassen kann. Das ist keine Hilfe, das ist eine zusätzliche Bestrafung.

Ich bin traurig, dass die SPD scheinbar auch in der Frauenpolitik einen neuen Kurs fährt, denn einerseits haben die ASF-Frauen vernünftige Positions-

papiere dazu entwickelt, die ich Ihnen nur wärmstens ans Herz legen kann. Lesen Sie sich einmal das Papier der ASF-Frauen dazu durch, die kommen zu einem ganz anderen Schluss, Frau Dobusch, als manche Rednerin und mancher Redner der SPD, denn da geht es um sachliche Aufklärung und eine konstruktive Diskussion, um Maßnahmen zu entwickeln, um den Frauen und den Betroffenen beziehungsweise Bedrohten noch besser helfen zu können. Ich finde es sehr schade – wir haben mit der SPD gerade in den letzten zehn Jahren in der Frauenarbeit viel gemeinsam bewegt –, dass sich die SPD jetzt von diesem Konsens bei der Bekämpfung von häuslicher Gewalt auf diese Art und Weise verabschiedet. Aber es überrascht mich nicht, denn Sie sind in dieser Debatte nicht wirklich an einer Verbesserung interessiert, sondern drehen sich im Kreis und instrumentalisieren die ganze Debatte.

Machen Sie sich einmal die Mühe – das habe ich auch bei Ihnen herausgehört, Frau Veit – und lesen sich den Antrag noch einmal in Ruhe durch. Es sind viel mehr Punkte als das, was im Koalitionsvertrag festgelegt ist. Auch diese Punkte sind natürlich wichtig, die müssen umgesetzt werden, aber für einen Punkt möchte ich noch einmal bei Ihnen werben. Natürlich sind das Probleme in interkulturellen Zusammenhängen, aber was kann denn da die richtige Lösung sein. Ich werbe bei Ihnen darum, dass gerade die SPD gemeinsam mit uns bei den Migrantengemeinschaften darum wirbt, Kooperationspartner zu gewinnen. Wir müssen doch gerade diese Gemeinschaften stärken, damit sie gemeinsam mit uns in der Präventionsarbeit agieren; dafür werbe ich bei Ihnen. Aber von vornherein zu sagen, hier werde Aufklärung verweigert, die Ausschusssitzungen zu ignorieren, die Ausführungen zu ignorieren, ist ein Stil, wo sich die SPD wirklich mal etwas Neues, Kreatives einfallen lassen sollte. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Frau Veit, bitte.

(Barbara Ahrons CDU: Kommt jetzt die Entschuldigung?)

Carola Veit SPD:* Ich bin angesprochen worden und gehe gerne noch einmal auf die Geschichte mit dem angeblichen Zitat von Dr. Hammer ein. Ich war auch überrascht, als ich das am nächsten Tag in der "tageszeitung" so las. Mir war sofort klar, dass das so nicht gefallen sein konnte. Hinterher hat sich herausgestellt, dass man das im Umkehrschluss ein bisschen herauslesen kann, aber auch das wird dem nicht gerecht. Und weil das so war, habe ich sofort am Morgen bei der Bürgerschaftskanzlei angerufen und gebeten, aus den Bändern, die noch gar nicht abgeschrieben waren, diese Stelle herauszusuchen, um das richtigstellen

(Carola Veit)

zu können und es ist dann in der "tageszeitung" am nächsten Tag auch richtiggestellt worden. Ich habe das richtige Zitat – Sie haben sich wahrscheinlich auch darum bemüht – heraussuchen lassen. Wir haben das nicht instrumentalisiert und Herr Dr. Hammer, wie Sie zutreffend sagen, genießt überparteilichen Respekt auch an der Stelle und er hat das so nicht gesagt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Es gibt also keinen Grund, sich für irgendetwas zu entschuldigen. Ich bin meiner Rolle als Ausschussvorsitzende durchaus gerecht geworden und dass Sie das hier so herausstellen, mutet eher etwas merkwürdig an; über solche Fragen reden wir hier sonst eher nicht.

Hier ist immer wieder gesagt worden, wir würden zu wenig konkrete Forderungen aufstellen und zu wenig analysiert haben. Wir sind noch bei der Analyse, wir haben die Ausschusssitzung nach vier Stunden abgebrochen, weil wir nicht einmal die Hälfte unserer Fragen stellen konnten.

(Zurufe von der CDU – *Frank Schira CDU*: Ach so, auf einmal!)

Wir wollen, dass der Senat dabei mitmacht, dazu ist unser Antrag da, und am Ende werden wir sicher Vorschläge machen, aber alles zu seiner Zeit. Sie wollen aufklären und sprechen uns das gleichzeitig ab. Ich will noch einmal darauf hinweisen, dass es in der vierstündigen Ausschusssitzung vor einer Woche viele Fragen von Abgeordneten der SPD gab, einige von der GAL, einige von den LINKEN. Von der CDU-Fraktion gab es einen einzigen inhaltlichen Beitrag von Herrn Hesse und noch zwei weitere Beiträge, die die Geschäftsordnung betrafen. Sonstige CDU-Größen inklusive der übrigen heutigen Rednerinnen und Redner haben an dem Thema im Ausschuss kein Interesse gezeigt.

(*Ingo Eglhoff SPD*: Das ist doch nichts Neues!)

Frau Blömeke, noch einmal: Die Schuldfrage wird auch irgendwann am Ende stehen,

(*Christiane Blömeke GAL*: Aber die haben Sie jetzt schon gestellt! – *Frank Schira CDU*: Ja!)

aber es ist doch eine zutreffende Beschreibung zu sagen, das Mädchen stand unter der Obhut des Staates. Damit verbunden ist dann auch eine Schuldfrage, aber wir werden unserer Arbeit nicht gerecht, wenn wir uns die nicht gemeinsam stellen.

Ich will noch einmal, Frau Güclü, auf den gemeinsamen Antrag eingehen. Frau Blömeke hat vorhin gesagt, es sei normales Politikhandeln, dass die Regierungsfraktion den Senat noch einmal auffordere, das umzusetzen, was im Koalitionsvertrag aufgeschrieben steht. Das mag so sein, aber dann erwarten wir ein bisschen mehr, als nur die Formu-

lierung aus dem Koalitionsvertrag herauszukopieren. Sind Ihnen da nicht einmal vier Spiegelstriche mehr eingefallen? Ich finde das ein bisschen wenig.

(Beifall bei der SPD)

Sie führen hier an, dass es weitere Punkte gäbe, Frau Güclü.

(*Nebahat Güclü GAL*: Ja, lesen Sie!)

Aber ohne Substanz, Frau Güclü. Da steht, Sie wollen eine anonyme Notaufnahme für junge Frauen gründen. Der Senat solle einmal prüfen, heißt es bei Ihnen, ob eine anonyme Notaufnahme sinnvoll ist. Eigentlich könnten Sie wissen, dass es solche Plätze schon lange gibt. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal Dr. Hammer korrekt aus dem Ausschuss zitieren:

"Ebenso sind wir mit dem Träger von Basis Woge im Gespräch, ob wir den Teil an Plätzen noch erhöhen, der zurzeit im Bereich der anonymen Unterbringung für Mädchen Schutz und Sicherheit bietet."

Das hätten Sie wissen können, Frau Güclü.

(Beifall bei der SPD)

Dann hat Frau Blömeke noch gesagt, wenn es Lücken gäbe, müssten die aufgearbeitet werden. Lücken, Frau Blömeke, gibt es in Ihrer Kenntnis vom Jugendhilferecht, der Eindruck verstärkt sich immer mehr. In Paragraph 42, über den wir hier reden, der die Inobhutnahme und Herausnahme aus der Familie regelt, geht es in Wirklichkeit nicht um Jugendhilfe, sondern um Gefahrenabwehr. Diese Norm dient der Gefahrenabwehr und ich bin in diesem Zusammenhang Herrn Senator Wersich für den Hinweis auf die Experten wirklich dankbar – das haben Sie mehrfach betont – und Frau Güclü hat es vorhin auch noch einmal gesagt. Wenn wir vereinbaren, noch einmal zu einer Expertenanhörung zu diesen Fragen zu kommen, dann hilft uns das vielleicht weiter; dafür bin ich jetzt schon dankbar.

Ich will mit einem weiteren Zitat schließen.

(*Frank Schira CDU*: Aber bitte richtig!)

– Gern, Herr Schira.

Im aktuellen, gerade zwei Wochen alten Jahresbericht der bezirklichen Jugendämter zum Kinderschutz ziehen die Dezernenten der Jugendämter unter anderem folgende Schlussfolgerung:

"Viele Einzelmaßnahmen ergeben noch kein schlüssiges Gesamtkonzept. Ziel sollte sein, ein gemeinsames Leitbild für Hamburg zu entwickeln."

Es spricht für sich, wenn die Jugendämter das so feststellen. Letztlich wurden die tatsächlichen und rechtlichen Möglichkeiten in diesem Fall nicht ge-

(Carola Veit)

nutzt. Sie haben jetzt genau zwei Möglichkeiten: Sie können unserem Antrag zustimmen, dann hat der Senat Zeit bis September, seine offensichtlichen Defizite aufzuarbeiten und einen anständigen Bericht abzugeben, Sie können den Antrag natürlich auch ablehnen, dann werden wir umso genauer weiter untersuchen, warum das Mädchen sterben musste, obwohl es sich immer und immer wieder hilfeschend an die verschiedenen Dienststellen gewandt hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt jetzt Herr Ciftlik.

Bülent Ciftlik SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr von Frankenberg, wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, Sie hätten sich keine Gedanken gemacht und seien selbst ein wenig erstaunt gewesen, in welcher bedrohlichen Situation Morsal O. gewesen ist, dann muss ich mich wirklich fragen, was Sie in all den Jahren gemacht haben. Ich habe mir sagen lassen, dass Sie Sprecher Ihrer Partei im Sonderausschuss Jessica waren. Ich frage mich, was Sie eigentlich noch hätten erleben müssen, um zu der Einschätzung zu kommen, hier wurde falsch eingeschätzt.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Wovon reden Sie jetzt eigentlich?)

Frau Blömeke, wenn Ihnen schlecht wird, weil wir unseren Beitrag im Parlament leisten wollen aufzuklären, dann müssen Sie entweder den Raum verlassen oder selbst dazu beitragen, die im Raum stehenden Fragen zu beantworten.

(Beifall bei der SPD)

Das ist so, auch wenn Ihnen das nicht gefällt und auch, wenn Sie eine Koalition eingegangen sind; trotzdem müssen die Fragen geklärt werden.

Herr Wersich, Sie haben recht, wenn Sie von Ambivalenz reden. Das ist aber kein Phänomen, das nur Mädchen mit Migrationshintergrund vorbehalten ist, die irgendwann woanders geboren wurden, mit ihrer Familie hierhergekommen sind und die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben. Viele Ehefrauen, die von den Männern geschlagen werden, kehren nicht selten immer wieder zu ihren Männern zurück, weil es diese Ambivalenz gibt. Ich sage das, weil es kein neues Phänomen ist, keine Erklärung dafür,

(Wolfgang Beuß CDU: Was wollen Sie eigentlich sagen?)

dass Sie sich hier weigern, die Fragen zu beantworten, und uns umgekehrt den Vorwurf machen, wir würden diese Fragen politisch ausschachten wollen; das ist eine Ungeheuerlichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß, dass Ihnen diese Frage nicht gefällt, aber es bleibt dabei. Was muss eigentlich einem Mädchen mit 16 Jahren noch widerfahren, Herr Wersich? Sie hat nicht nur einen Monat vor ihrem Tod, sondern mindestens zweieinhalb Jahre ein Martyrium erlebt. Ich weiß, dass Ihnen das auch nicht gefällt.

(Jens Kerstan GAL: Ja, wollen Sie sie zweieinhalb Jahre einsperren?)

Sie hat zweieinhalb Jahre ein Martyrium erlebt und es geht nicht um diesen einen Monat, in dem vielleicht, vielleicht aber auch nicht der Bruder in Erscheinung getreten ist. Es ist doch skandalös zu sagen, er sei einen Monat vorher noch nicht in Erscheinung getreten gewesen, also hätte man nichts tun können. Sie hat zweieinhalb Jahre gelitten, mal mit, mal ohne Beteiligung der Familienmitglieder. Mal ist der Sohn mit dem Messer in der Tasche auf sie losgegangen, mal hat der Bruder sie festgehalten und zum Schluss ist ihr ein Schneidezahn abgebrochen worden. Zwei Tage vorher wurde sie medizinisch untersucht. Das sind doch Hinweise genug, um klar festzustellen, hier geht es nicht um diesen einen Monat vor ihrem Tod, sondern hier geht es um eine ganze Zeit lang und man sich aus unserer Sicht schon die Frage stellen muss, hätte die Behörde, hätte der Staat nicht den Mut aufbringen müssen, die Schwelle der Familie zu überschreiten

(Wolfgang Beuß CDU: Sie haben nichts verstanden!)

und zu sagen, das Sorgerecht teilen wir uns, aber das Aufenthaltsbestimmungsrecht haben wir.

(Beifall bei der SPD)

Sie versuchen – taktisch völlig unzureichend, das nur nebenbei –, hier eine Blackbox aufzubauen: Das sind zwar deutsche Staatsbürger, die kommen aber von woanders her, Integration, kulturell anderer Hintergrund, da weiß man nicht so genau. Ich sage Ihnen ganz offen: Wenn jemand das eigene Familienmitglied wiederholt mit dem Tod bedroht, dann interessiert mich zunächst nicht, woher sie kommt und welche Beweggründe vielleicht aus kultureller Sicht dahinterstecken mögen, sondern mich bewegt zunächst einmal die Frage, wie kann ich dieses Mädchen vor weiterer Gewalt, vor dem Tod schützen. Und wenn Sie sagen, von nun an wird ein Worst-case-Szenario zugrunde gelegt, dann frage ich mich doch, was muss eigentlich noch passieren, damit nicht nur von nun an, sondern in der Retrospektive die Einsicht einmal gezeigt wird. Hier hätte schon längst ein Worst-case-Szenario zugrunde gelegt werden müssen, und zwar nicht nur einen Monat vor ihrem Tod, sondern zweieinhalb Jahre vorher.

(Beifall bei der SPD)

(Bülent Ciftlik)

Wann muss die Behörde eigentlich einschreiten, wenn es offensichtlich einen Bruder gibt, der schon jahrelang außer Rand und Band gewesen ist, bei dem das Messer ganz locker in der Tasche saß? Mal hat er an einer roten Ampel jemandem das Bein aufgeschlitzt, mal ist er auch in Untersuchungshaft gewesen. Was muss eigentlich noch passieren, um festzustellen, dass wir diesen Bruder nicht kontrollieren können? Vor den Augen der Polizei wird das Mädchen ein ums andere Mal zusammengeschlagen. Der Bruder wird nicht in Gewahrsam genommen. Aber auch Ihre Erklärung im Nachhinein, warum Morsal nicht untergebracht wurde – vielleicht auch gegen ihren Willen –,

(Wolfgang Beuß CDU: Aha!)

weil das dann etwas mit Schutzhaft zu tun gehabt hätte, zeigt noch einmal ganz deutlich, dass Sie mit der Situation völlig überfordert sind und das Einzige, was Ihnen einfällt, ist, wir würden das politisch ausschlagen.

(Zuruf von Nebahat Güclü GAL)

– Frau Güclü, ich weiß nicht, was Sie gelesen haben, ich habe hier noch nie eine Debatte über Abschiebung oder Abschiebehaft entfacht, darum geht es nicht. Das zeigt aber noch einmal ganz deutlich, dass Sie nichts verstanden haben und auch gar nicht verstehen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Senator, Sie haben völlig richtig gesagt, wir müssen Migrantenorganisationen einbinden. Ich frage mich, wo denn in Ihrer Debatte die Forderung, die Sie im Wahlkampf nicht müde wurden von uns zu kopieren, nach dem Integrationsbeauftragten auftaucht, der auf Staatsebene beim Bürgermeister angedockt sein soll. Wo ist die Forderung nach jemandem, der vielleicht den Überblick bewahren kann? Frau Güclü, ich weiß nicht, warum Sie sich dagegen wehren. Sie haben diese Forderung neben mir auf Podiumsdiskussionen ein ums andere Mal aufgestellt und heute wollen Sie damit nichts mehr zu tun haben.

(Wolfgang Beuß CDU: Der Wahlkampf ist zu Ende! – Jens Kerstan GAL: Was hat das jetzt mit diesem Fall zu tun? – Zuruf von Nebahat Güclü GAL)

Expertenrat soll einbezogen werden. Diese Migrantenorganisationen, die Sie in keiner Erklärung, auch nicht in Interviews, mal beim Namen genannt haben, kennen Sie wahrscheinlich gar nicht so richtig. Die Einzige, die sie vielleicht kennen würde, wäre Frau Özkan, aber die möchte lieber Wirtschaftspolitik machen, das verstehe ich, das ist auch in Ordnung. Aber fragen Sie uns vielleicht einmal, mit wem Sie reden können. Wo ist eigentlich der Integrationsbeirat, den Sie konsultieren wollten, den es ja gibt?

(Zurufe von allen Fraktionen – Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Wort hat allein Herr Ciftlik und ich darf um ein bisschen mehr Zurückhaltung im Saal bitten.

Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Bülent Ciftlik (fortfahrend): Ich weiß, dass Ihnen das nicht gefällt, Sie kreisen immer um die eigentliche Frage herum: Wie konnte es sein, dass einem jungen Mädchen, das so viel Gewalt erleiden musste, trotzdem nicht geholfen wurde. Wir schlachten das nicht parteipolitisch aus,

(Zurufe von der CDU – Kai Voet van Vormizeele CDU: Das wird Ihnen noch peinlich sein!)

sondern stellen diese Fragen. Die sind Ihnen unangenehm, aber wir müssen trotzdem diese Fragen klären.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe keinen Grund, meine Aussage zurückzunehmen. Dieser Senat, diese Koalition taktiert, täuscht und trickst, aber wir werden dranbleiben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Blömeke.

Christiane Blömeke GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Ciftlik, Sie mögen als Pressesprecher der SPD mit Worten umgehen können, aber mit Fakten können Sie wirklich nicht umgehen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich fand es, ehrlich gesagt, ziemlich niveaulos, was Sie hier für eine Debatte aufgemacht haben von Einwanderungspolitik und Vorwürfen und, und, und.

(Ingo Egloff SPD: Wer hat denn die Debatte hier gebracht – das war doch Ihre Kollegin!)

Wenn wir uns noch einmal an diesem Fall orientieren, dann will ich abschließend sagen: Sie haben den Vorwurf erhoben, dass zweieinhalb Jahre zu wenig passiert sei, zweieinhalb Jahre hätte dieses Mädchen ein Martyrium erlitten. Herr Ciftlik, Sie waren doch im Ausschuss dabei – ach nein, ich vergaß, Sie waren immer draußen und haben irgendwelche Presseinterviews gegeben.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Herr Ciftlik, vielleicht hören Sie jetzt einmal zu, das haben Sie eben auch nicht getan. Wären Sie dabei gewesen, dann hätten Sie vernommen, dass das Mädchen natürlich in Inobhutnahme war. Ich weiß nicht, ob Sie wissen, was Inobhutnahme bedeutet. Das Mädchen war in der Betreuung der Behörden,

(Christiane Blömeke)

des Jugendamts, des ASD und, und, und. Das heißt, hier war überhaupt nicht der Fall gegeben, dass das Mädchen Gewalt in der Familie erlitten hat und sich keiner gekümmert hat. Da sind Sie einem Irrglauben erlegen. Das Einzige, über das wir uns hier immer wieder streiten – wir drehen uns im Kreis, da haben Sie völlig recht und deswegen muss die Debatte auch im Fachausschuss geführt werden –, ist die Frage, ob man dieses Mädchen zu seinem Schutz hätte einsperren dürfen. Jetzt frage ich Sie einmal, Herr Ciftlik: Hätten wir die denn zweieinhalb Jahre einsperren sollen, bis ihre Pubertät vorbei ist?

(Beifall bei der GAL und der CDU – Ingo Egloff SPD: Das ist doch Blödsinn!)

Ich finde Ihre Ansichten von Jugend und Pubertät geradezu erschreckend, das muss ich ganz ehrlich sagen.

(Beifall bei der GAL und CDU)

Sie haben gesagt, das Thema Ambivalenz gebe es überall bei Gewalt in der Familie. Das gibt es auch überall und daran werden wir auch politisch noch viel zu arbeiten haben und darum haben wir uns auch in der Vergangenheit schon gekümmert. Aber diesen Fall – da hat Senator Wersich recht – müssen wir vor dem Hintergrund von interkulturellen Aspekten sehen. Hier ging es um den Kampf eines Mädchens, anders zu leben als ihre Familie es wollte, und das müssen Sie doch auch sehen. Es ging um eine interkulturelle Problematik, die wir angehen müssen, und deswegen war das Mädchen in ganz besonderer Weise dieser Ambivalenz unterlegen.

Meine Kollegin Frau Güclü, die wirklich, das werden Sie vielleicht zugeben, auf diesem Gebiet eine ausgesprochene Expertin ist, hat diverse Fälle dieser Art kennengelernt und könnte sich jetzt hier hinstellen und sagen, diese Ambivalenz ist gerade bei diesen Mädchen vorhanden.

Genau an diesem Punkt müssen wir natürlich auch dafür Sorge tragen – und deshalb gibt es auch den Antrag der weiteren Qualifizierung –, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom Jugendamt auch im Umgang mit diesen Problemen noch weiter zu Experten geschult werden als sie es jetzt schon sind. Da müssen wir ansetzen. Hier hat keiner gesagt, dass alles lückenlos und prima gelaufen ist, denn sonst hätten wir nicht in einigen Punkten nachgebessert. Natürlich muss man immer noch einmal genau hinschauen und wenn man sieht, dass man an der Arbeit noch etwas verbessern kann, dann wird das erledigt.

Nun zu Frau Veit. Als Sie mit Ihrer Rede anfangen, habe ich zunächst gedacht, Sie seien ein wenig einsichtig geworden, weil Sie sagten, Sie seien noch nicht am Ende Ihrer Analyse angekommen. Gleichzeitig haben Sie Ihre Rede wieder einmal mit einem vorweggenommenen Fazit beendet, nämlich

dass der Senat die rechtlichen Möglichkeiten hier nicht genutzt habe. Ich stelle erneut fest, dass Sie anscheinend an einer Aufklärungsarbeit nicht interessiert sind, weil Sie die Fakten schon vorweggenommen haben. Sie wissen im Voraus, was hier abgelaufen und passiert ist, Frau Veit, denn sonst kann es nicht sein, dass Sie die Ergebnisse vorwegnehmen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich werbe darum, dass wir uns im Jugendausschuss weiter mit dem Thema beschäftigen und das tun wir auch. Der Vorwurf, hier wolle keiner politische Verantwortung tragen, wir liefen davor weg – das hat Andreas Dressel gesagt –, ist völlig absurd, denn sonst hätte der Senat nicht diese umfassende Aufklärungsarbeit in dem Ausschuss geleistet. Wir würden auch nicht ein weiteres Mal dort sitzen und noch einmal darüber sprechen, denn es ist in unser aller Interesse. Keinem von uns geht solch ein Fall nicht nahe. Wenn hier gesagt wird, wir hätten unseren Koalitionsvertrag abgeschrieben, dann zeigt das lediglich, dass Sie den nicht gelesen haben. Ich kann das zwar verstehen, es sind ja auch viele, viele Seiten

(Ingo Egloff SPD: Das ist ja auch langweilig!)

– ja, das ist für Sie langweilig und das ist eben Ihre Uninformiertheit –, aber dann dürfen Sie sich nicht hier hinstellen und behaupten, das sei alles abgeschrieben.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wenn man Kritik übt, dann muss man wissen, worüber man Kritik übt. Gerade der Punkt der interkulturellen Qualifikation und der interkulturellen Arbeit mit Jungen ist ein Punkt, der nicht im Koalitionsvertrag steht und den man jetzt noch einmal in den Blickwinkel genommen hat und der jetzt eingefordert wird, weil er als Konsequenz aus diesem Fall gezogen werden muss.

Ich würde mir wirklich wünschen, wenn Sie endlich einmal anfangen täten, einige Handlungsempfehlungen aufzuzeigen. Frau Veit, Sie sagen, das machen wir, wenn wir fertig sind mit dem Ausschuss, aber Ihre Kritik und Ihre Ergebnisse haben Sie schon vorweggenommen und dann fangen Sie an zu handeln? Traurig.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Da sich in der Debatte gezeigt hat, dass die Schlussfolgerung noch nicht gezogen und die Aufklärung nicht beendet ist, beantragen wir, dass der Antrag der SPD in den Familienausschuss überwiesen wird.

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt zunächst einer Überweisung der Drucksache 19/566 an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig geschehen.

Wer stimmt dem Überweisungsantrag der Drucksache 19/494 an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist abgelehnt.

Wer möchte den SPD-Antrag aus der Drucksache 19/494 in der Sache annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

(Wolfgang Beuß CDU: Beerdigung erster Klasse!)

Wir kommen zum Punkt 33 der Tagesordnung, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Steuergerechtigkeit im Vollzug der Steuergesetze herstellen – mehr Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfer und Steuerfahnderinnen und Steuerfahnder in Hamburg.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Steuergerechtigkeit im Vollzug der Steuergesetze herstellen – mehr Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfer und Steuerfahnderinnen und Steuerfahnder in Hamburg
– Drs 19/271 –]**

Hierzu liegen Ihnen als Drucksachen 19/564 und 19/565 zwei Anträge der SPD-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Betriebsprüfung stärken und Vakanzen abbauen
– Drs 19/564 –]**

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Betriebsprüfung stärken - Neue Betriebsprüfer ausbilden
– Drs 19/565 –]**

Alle drei Drucksachen möchte die GAL-Fraktion an den Haushaltsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Dr. Bischoff, bitte.

(Vizepräsidentin Nebahat Güclü übernimmt den Vorsitz.)

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich verstehe ja, dass es für den Großteil der Abgeordneten etwas langweilig ist nach diesem anderen Thema, das wir jetzt erörtert haben, aber es ist politisch doch auch ein sehr entscheidender Punkt.

Seit Jahren wird in der Bürgerschaft kritisiert, dass der Steuervollzug mittlerweile auch in Hamburg so lückenhaft ist, dass der Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Besteuerung nicht mehr gewährleistet ist. Gerade für die Hansestadt trifft die Bewertung des Vorsitzenden des Bundesrechnungshofs Engels zu. Ich zitiere:

"Die Steuerverwaltung hat zunehmend Schwierigkeiten, Steuern ordnungsgemäß festzusetzen und zu erheben. Ein vollständiger, gleichmäßiger und rechtzeitiger Steuervollzug ist aber essenziell für die Sicherung der öffentlichen Haushalte. Vordringlich ist sicherlich eine durchgreifende Vereinfachung des Steuerrechts. Um die Steuergerechtigkeit wieder herzustellen, bedarf es aber auch einer effizienten Steuerverwaltung."

Der Landesrechnungshof ergänzt diese Bewertung:

"Um die Einnahmepotenziale optimal zu realisieren und eine gerechte Belastung der Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, ist es notwendig, die Steuern vollständig, gleichmäßig und so früh wie möglich festzusetzen. Der ordnungsgemäße Vollzug des Steuerrechts stellt hohe Anforderungen an die Verwaltung, dem sie mit dem zur Verfügung stehenden Personal nicht immer gerecht werden kann."

Letzteres bezieht sich auf Hamburg. Fakt ist – und die Antworten auf unsere Anfragen, aber auch die von der SPD belegen dies –, dass die Personalausstattung im Steuervollzug in Hamburg absolut unzureichend ist. Die Deutsche Steuergewerkschaft und die Gewerkschaft ver.di spitzen den Vorgang zu. Das Ergebnis dieser systematischen Mängel beim Steuervollzug ist faktisch ein Zweiklassenrecht. Während Arbeitnehmern die Steuern pünktlich vom Lohn abgezogen werden, kommen steuerpflichtige Unternehmen oder Einkommensmillionäre häufig ungeschoren davon. Der Kollege Rose von ver.di bringt das auf die Formel – auch ihn möchte ich zitieren, weil das ganz griffig ist –:

"Weil Finanzsenator Freytag ..."

– der im Übrigen wieder einmal fehlt, wie immer bei den Themen –

(Ingo Egloff SPD: Der sucht die fehlenden Millionen!)

"... bei den Millionären beide Augen zu-drückt, fehlt viel Geld in der Gemeinschaftskasse. [...] Unten streichen [...] und oben weggucken – so geht es nicht."

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte Ihnen zustimmen, Herr Rose, Ihnen aber gleichzeitig sagen, dass es offensichtlich

(Dr. Joachim Bischoff)

doch geht. Trotz der seit Jahren immer wieder vortragenen Klage, dass auch im Steuervollzug die Grundsätze eines demokratischen Rechtsstaates massiv verletzt werden, gibt es keine Besserung. Das ist das Problem. Es geht also doch. Insofern fragen sich die Rechnungshöfe selbst nach dem Grund – und das gilt besonders für Hamburg – für diese systematische Untätigkeit.

Zwei Argumente kann man sich aus dem Umfeld, den Ergebnisberichten und den Erklärungen der Rechnungshöfe aneignen.

Erstes Argument: Die Länder sind gar nicht an einer Erhöhung der Zahl der Betriebsprüfer oder der Fahndungsprüfer interessiert, weil sie deren Gehalt aus ihrem Haushalt zahlen müssen. Die erheblichen Mehreinnahmen durch mehr Prüfer gehen über den Länderfinanzausgleich wieder verloren. Die Steuergerechtigkeit bleibt auf der Strecke.

Bei dem zweiten Argument wird es aus unserer Sicht noch schlimmer: Das Bundesministerium der Finanzen vermutet in dem Positionspapier über Effizienz und Effektivität in der Steuerverwaltung, dass die Länder in Versuchung geraten, die Intensität der Steuererhebung an zweifelhaften, standortpolitischen Interessen auszurichten. Im Klartext: Der mangelhafte Steuervollzug wird auf Länderebene – und das gilt gerade für Hamburg – als Standortvorteil begriffen.

Also, Herr Rose, das Weggucken von Finanzsenator Freytag hat Methode. Es ist nicht einfach eine Ignoranz, sondern es hat Methode. Die CDU, die in den letzten Jahren für den Steuervollzug in Hamburg verantwortlich ist, hat diese massive Kritik bislang ständig ignoriert. Deshalb haben wir jetzt den Antrag gestellt und freuen uns auch über die Zusatzanträge der SPD. Wir sind uns aber sicher, dass die Methode weitergehen wird. Dieser Senat und diese sich demokratisch immer aufspielenden Koalitionsfraktionen sind an einer Änderung dieser Praxis nicht interessiert. Der Senat wird, wie in der Vergangenheit, die Mahnung des Rechnungshofs und die Kritik der Opposition aussitzen, obwohl mit vergleichsweise geringen Veränderungen bei einigem politischen Willen deutliche Veränderungen in der Personalausstattung und deutliche Verbesserungen bei den Steuereinnahmen zu erreichen wären.

Am 20. Juni, also in zwei Tagen – ich möchte das den dünnen Reihen der Opposition dort mit auf den Weg geben –, wird im Bundestag dem Rechnungsprüfungsausschuss noch einmal vorgelegt: "Erkenntnisse und Empfehlungen der Rechnungshöfe zum Vorschlag einer Bundessteuerverwaltung". Man muss sich das einmal klar machen. Das heißt, auf Bundesebene gibt es bei allen Rechnungshöfen und dem Bundesrechnungshof das wirkliche Bemühen, zu einer Bundessteuerverwaltung zu kommen, weil die Praxis auf Länderebene nicht mehr akzeptabel ist und so sehen wir

es auch. Das heißt, wir können uns hier vor leeren Reihen auch damit abkämpfen, Sie werden an diesem Punkt nichts ändern und das ist schon eine Herausforderung für diese Stadt und dieses Gemeinwesen.

Der Rechnungsprüfungshof präsentiert dazu Schlussfolgerungen. Ich habe mir vier Punkte herausgegriffen – Hamburg wird da eine herausragende Rolle spielen –, die ich Ihnen vortragen möchte.

Erstens: 1994 forderten die Rechnungshöfe eine Aufstockung der Zahl der Fahndungsprüfer. Um die Unterbesetzung schrittweise aufzuheben, sollten jährlich 10 Prozent mehr Fahndungsprüfer eingestellt werden. Zwei Jahre später, 1996 – man muss sich wirklich an den Kopf greifen –, war genau das Gegenteil eingetreten. Die Zahl der Fahndungsprüfer war gegenüber 1994 um 23 Prozent zurückgegangen. Seitdem ist diese Rücknahme im Übrigen immer weitergegangen. Das heißt, die Rechnungshöfe fordern gegenwärtig in ihrem Papier, das sie übermorgen im Bundestag vorstellen, die Fahndungsprüfer auf 5000 Beamte aufzustocken. Hintergrund ist neben der Durchsetzung der Gleichheit vor dem Gesetz, es könnte ein größerer Teil der auf einen dreistelligen Milliardenbetrag geschätzten Steuerhinterziehung eingetrieben werden. Wir haben also zwei Punkte. Der eine Punkt ist, Sie ruinieren, Sie verletzen die Gleichheit vor dem Recht und Sie verzichten auf Einnahmen in Milliardenhöhe – das ist der Punkt, um den geht – und es ist Ihnen, wie man heute sehen kann, völlig egal. Es wird auch aus dieser Debatte keinerlei politische Schlussfolgerung geben.

(Jens Kerstan GAL: Dann brauchen wir nicht überweisen und können gleich abstimmen!)

– Ich weiß, Herr Kerstan, Ihnen ist die demokratische Struktur des Gemeinwesens wenig wert. Das erleben wir.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

– Ja, das ist der Punkt. Ich weiß, dass das hier eine Pflichtübung ist. Ich möchte Ihnen das noch einmal vorhalten, wie das um die Struktur in diesem Land und in dieser Stadt bestellt ist.

Zweiter Punkt. Kapitalübertragungen ins Ausland sind im Zeitalter des vereinten Europas und der Globalisierung unbestritten ein wichtiges Feld wirtschaftlicher Aktivität. Die Rechnungshöfe stellen fest, dass in einem Bundesland rund 2700 Fälle solcher Transaktionen in einem Jahr in der Steuerfahndung bearbeitet wurden. In einem anderen Bundesland wurden dagegen 70 000 Fälle geprüft. Das heißt, wir haben das, was für alle anderen Bereiche auch gilt, eine eklatante Ungleichbehandlung auf Länderebene. Das gilt auch für Sonderprüfungen bei der Umsatzsteuer. Die Prüfungsquote bei der Sonderprüfung Umsatzsteuer lag 2005 zwischen 1,3 bis 2,8 Prozent. Rein rechnerisch wä-

(Dr. Joachim Bischoff)

re danach – so die Rechnungshöfe – nur alle 50 Jahre eine Umsatzsteuersonderprüfung bei einem Unternehmen fällig. Auch hier handelt es sich keineswegs um die berühmten Peanuts. Die öffentlichen Kassen könnten, wenn man das ändern wollte, mit Mehreinnahmen im dreistelligen Millionenbereich oder fast einer 1 Milliarde rechnen.

Übrigens ist es besonders witzig, dass die Freie und Hansestadt Hamburg in dem Zeitraum zwischen 1996 und 2006 bei der Quote der Umsatzsteuersonderprüfung in fünf Jahren jeweils das Schlusslicht war. Das heißt, Hamburg liegt im Vergleich zu anderen – leider kommen wir nicht an alle Daten heran – im Bereich des Steuervollzugs immer an schlechtester Stelle.

Der Landesrechnungshof hat festgestellt, dass zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs sowie zum Sonderausgabenabzug von Spenden die Vorschriften nicht beachtet worden sind und die Finanzämter in Hamburg die von der damaligen Oberfinanzdirektion geforderte Umstellung des Rhythmus der Umsatzsteuervoranmeldung bei Unternehmensgründung in vielen Fällen nicht vorgenommen haben. Jedenfalls sagt der Landesrechnungshof, das würde für diese Stadt Umsatztsteuererlöse in einer Größenordnung von 17 Milliarden Euro bedeuten, was wir von der Fraktion nicht überprüfen können. Aber dass wir hier in einem erheblichen Umfang auf Steuereinnahmen verzichten, steht außer Frage.

Letzter Punkt: Außenprüfung bei Einkunftsmillionären. Diese schätzen die Rechnungshöfe zurzeit auf 11 000 Personen und Unternehmen. Ver.di, Herr Rose, beziffert die Zahl der Mitglieder dieser Wirtschaftselite für Hamburg auf 400. Ich kann zwar nicht sagen, woher er die Zahl hat, aber ich unterstelle einmal, dass sie richtig ist.

Die Prüfungsquoten in diesem Bereich schwanken in den Bundesländern zwischen 10 und 60 Prozent. Wenn man in Sachen Steuervollzug in einem großzügigen Bundesland wie Hamburg lebt, kann man davon ausgehen, nur alle 30 Jahre geprüft zu werden. Für die Hamburger öffentlichen Kassen bedeutet das mit Sicherheit den politisch gewollten Verzicht auf einen zweistelligen Millionenbetrag.

(Robert Heinemann CDU: Eine blinde Vermutung! Das wissen Sie auch!)

– Ich weiß, dass Sie auf die Rechnungshöfe nichts geben, genauso wenig wie auf die Kritik, die Sie sich seit 1994 in diesem Hause immer wieder haben anhören müssen.

Die Arbeitsweise der deutschen Finanzverwaltung ist seit Jahren Gegenstand der Kritik, auch wenn das nicht in unser Haus fällt. Mit der anhaltenden unzureichenden Steuerpraxis nimmt auch die Unzufriedenheit der damit beauftragten Beschäftigten zu. Die Arbeitsbelastung der Mitarbeiter hat wegen unzureichender Personalausstattung und der Kom-

pliziertheit von Gesetzen und Schwächen bei den Verwaltungsrichtlinien enorm zugenommen. Die Beschäftigten müssen permanent einen Ausgleich zwischen ihrem Auftrag suchen, die Steuergesetze gleichmäßig zu vollziehen und den begrenzten Ressourcen, die ihnen zur Verfügung gestellt sind. Die skandalösen Zustände im Steuervollzug führen zu enormen Mindereinnahmen und damit zu einer Begünstigung der Vermögenden und der Leute mit hohem Einkommen, die sich ohnehin nicht beklagen können, in diesem Land übermäßig zur Finanzierung der öffentlichen Ausgaben herangezogen zu werden.

Beim Defizit im Steuervollzug geht es nicht nur um die Frage, dass wir auf Einnahmen verzichten, die wir an anderer Stelle dringlich brauchen könnten, sondern auch darum, dass die Einhaltung des Grundsatzes der Gleichheit vor dem Gesetz nicht mehr gewährleistet ist.

Der Landesrechnungshof hat wiederholt festgestellt, dass die Finanzämter in Hamburg die der Besteuerung zugrunde gelegten Sachverhalte nicht oder nur unzureichend überprüft haben, sich immer wieder von den auf Bund/Länder-Ebene abgestimmten Bearbeitungsgrundsätzen entfernt haben und dass die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz nicht mehr durchgängige Praxis ist.

Und was teilen uns Senat und Finanzsenator auf die Frage mit – wir haben Sie Ihnen vorgelegt –, was der Senat in der laufenden Legislaturperiode zu tun gedenkt, um zu einer Verminderung dieser Defizite zu kommen. Die Antwort: Die zuständige Behörde gewährleiste einen rechtmäßigen Vollzug der Steuergesetze. Das muss man sich einmal vorstellen. Das heißt, die Landesrechnungshöfe sagen, der ist nicht mehr gegeben. Wir fragen nach, was will der Senat tun, um das abzustellen und bekommen die Antwort, es gebe kein Problem, es sei alles rechtmäßig.

Mit dem Vorschlag einer Einrichtung der Bundessteuerverwaltung habe sich der Senat nicht befasst. Das ist unglaublich. Man missachtet hier fundamentale Strukturen, sieht, dass da überall viel Unruhe im Gange ist – man könnte noch über die Sinnhaftigkeit der Bundessteuerverwaltung diskutieren – und sagt dann einfach, damit befassen wir uns nicht.

Drittens: Bei der Steuergesetzgebung werde sich Hamburg weiterhin dafür einsetzen, dass das Recht für die Bürger verständlich und für die Verwaltung der Unternehmen handhabbar gestaltet werde. Das ist wirklich kaum zu toppen. Wie man eine solch schludrige und die skandalösen Zustände ignorierende Antwort auf eine Anfrage in der Parlamentsfraktion abgeben kann, erschließt sich mir und meiner Fraktion überhaupt nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Neben der Ignoranz

(Dr. Joachim Bischoff)

(Dittmar Lemke CDU: Wir sind doch da!)

– ich sehe ja, wie sehr Sie an dem Thema hängen, die staatstragende CDU –

(Zurufe von der CDU)

gegenüber der von den Rechnungshöfen vorgetragenen Kritik an den massiven Defiziten einer Alltagspraxis kommt in diesen Antworten und in der Einstellung eine Geringschätzung des Budgetrechts der Bürgerschaft

(Beifall bei der LINKEN)

– das können Sie im Rechnungs- und Ergebnisbericht auch nachlesen – und eine Einstellung der Koalition zum Ausdruck, die jedenfalls bei uns den Eindruck aufkommen lässt, dass es bei Ihnen insgesamt an dem Respekt vor der Bürgerschaft und den Anliegen der Abgeordneten erheblich mangelt. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Kruse.

Rüdiger Kruse CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Bischoff, ich denke, die altbekannte Mär von der Ungerechtigkeit dieser Welt hätten Sie auch kürzer erzählen können. Sie wäre nicht stimmiger geworden.

(Beifall bei der CDU)

Erstens: Es ist nicht zu fassen, dass Sie wieder einmal dieses Spiel spielen, grundsätzlich jeden, der mehr als das Durchschnittsgehalt verdient, verdächtigen, ein Steuerhinterzieher zu sein.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Und das genau nicht!)

Zweitens: Es ist auch nicht zu fassen, dass Sie es so darstellen, als wenn die nicht regelmäßig vom Betriebsprüfer besucht werden würden, dass sie nicht mit der Steuerverwaltung in Berührung kämen. Warten Sie es doch einmal ab, wir gucken mal, was regelmäßig ist.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Alle 30 Jahre ist auch regelmäßig!)

Regelmäßig wäre gar nicht gut, es muss ja überraschend kommen, denn sonst wäre es nicht sinnvoll.

Erster Punkt: Wenn dieses Vermögen erzielt sein sollte, weil der Arbeitgeber ein sehr großzügiger ist und ein hohes Gehalt zahlt – 500 000 Euro und mehr im Jahr –, dann muss der Betriebsprüfer nicht unbedingt beim Empfänger vorbeischaun, weil das schon bei der Firma geprüft ist. Erster Haken.

Zweiter Punkt: Wenn es denn so ist, dass dieser Mann Teilhaber einer Kapitalgesellschaft, einer Personengesellschaft ist, dann ist auch dort der Besuch bei der Firma gewesen. Dann muss der Betriebsprüfer nicht unbedingt auch noch bei ihm zu Hause erscheinen, es sei denn, es gibt einen zusätzlichen Verdacht.

Dritter Punkt: Weil Sie wahrscheinlich davon ausgehen, dass all diese Menschen ihr Geld damit verdienen, dass sie ab und zu ihre Aktien durchblättern und ihr Vermögen auf diese Art und Weise verwalten,

(Dora Heyenn DIE LINKE: Haben wir das gesagt? Nein!)

dann ist das bei der regelhaften Anmeldung schon vom Verwaltungsdienst geprüft worden. Das einmal vorweg. Das heißt, es ist nicht so, dass man in Hamburg, wenn man mehr als 3,50 Euro verdient oder einnimmt, von der Steuer nicht belästigt oder besucht werden würde.

Zu dem Punkt: Mehr Prüfer, mehr Geld. Eine nette Logik. Das stimmt bei den Zahlen im Jahr 2006. Da konnte man sagen, 4,7 Millionen Euro zusammengeholt, das ist ganz nett. Dann kommen Sie auf die Idee, die Zahl der Prüfer zu verdoppeln und dann hätte man über 9 Millionen Euro. Das ist mutig. Dann müssen Sie mal auf das Jahr 2007 gucken. In 2007 haben wir 3,5 Millionen Euro zurückgezahlt wegen Steuerprüfung, weil – das können Sie sich vielleicht nicht vorstellen – der Staat zugunsten und zuungunsten der Steuerpflichtigen prüft, also ganz gerecht. Wenn er dann feststellt, dass zu viel gezahlt worden ist, dann muss er es auch zurückzahlen. So kann es also auch gehen. Das heißt, dieses eignet sich nicht für Ihre Vereinfachung. Deswegen werden wir das auch gerne an den Ausschuss überweisen, um das dann noch einmal intensiv mit Ihnen zu diskutieren.

Dann müssen Sie noch eines sehen: Der Landesrechnungshof ist immer herzlich willkommen. Wir nehmen ihn auch sehr ernst. Übrigens sind wir auch die erste Regierung, die regelmäßig für den Konsolidierungskurs gelobt wird. Ihre Logik, wie man die wunderbare Geldvermehrung machen könnte, ist die: Wenn Sie eine gut gehende Würstchenbude in der Mönckebergstraße haben und pro Stunde 1000 Würstchen verkaufen und davon gut leben können, dann kommen Sie auf die Idee und schmeißen 2000 Würstchen auf den Grill und glauben, Sie werden reich. Eventuell gehen Sie dabei auch Pleite. Das muss man sich schon ganz genau angucken.

(Beifall bei der CDU)

Dann hatten Sie noch einen schönen Logikfehler. Sie hatten gesagt, wir würden oben wegschauen und unten streichen. Dann haben Sie gesagt, wir hätten auch kein Interesse, oben hinzuschauen, weil der Länderfinanzausgleich uns das Geld wie-

(Rüdiger Kruse)

der wegnimmt. Da ist aber ein kleiner Logikfehler, denn wenn wir unten kürzen, also bei sozialen Dingen kürzen, wird das Geld, das wir in Hamburg nicht ausgeben, in Berlin verbraten. Das ist nun einmal so beim Länderfinanzausgleich. Da stimmt Ihr Bild nicht. Es stimmt insgesamt nicht. Wir erklären Ihnen das gerne noch einmal im Haushaltsausschuss und dann hoffe ich, dass Sie vielleicht zu der Überzeugung kommen, dass es insgesamt schon gerecht ist. Es wird nie die absolute Gerechtigkeit geben, aber wir sind sehr nahe dran.

(Beifall bei der CDU und bei Michael Gwosdz GAL) *Michael Gwosdz GAL*

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Tschentscher.

Dr. Peter Tschentscher SPD:* Vielen Dank, Frau Präsidentin. Herr Kruse, ob das das richtige Problembewusstsein ist, mit dem wir im Haushaltsausschuss ergebnisorientiert beraten, da bin ich mir noch nicht ganz sicher. Aber um eines vorweg noch einmal klarzustellen: Wir verstehen – und es geht heute um Betriebsprüfungen – die Hamburger Unternehmen als Partner für Ausbildungs- und Arbeitsplätze – ich sage ganz bewusst "als Partner" –, die die wirtschaftliche Grundlage einer menschlichen Metropole bilden. Die Stadt kümmert sich deshalb um wichtige Standortfaktoren: Gute Verkehrsanbindungen, Entwicklung von Gewerbeflächen und selbst Investitionssicherheit, jedenfalls wenn schwarze oder schwarz-grüne Senate nicht gerade Monsterkraftwerke erst genehmigen und die Genehmigung dann vor Gericht wieder zurückholen.

Aber bei aller Standortpolitik ist eines klar: Wir verlangen und müssen darauf bestehen, dass die Unternehmen ihre Steuern ehrlich und vollständig bezahlen. Das ist nicht nur eine Frage des Rechts, sondern – Herr Bischoff hat es hier betont – auch der Gerechtigkeit gegenüber den vielen Steuern zahlenden Arbeitern und Angestellten, deren Löhne und Gehälter in den vergangenen Jahren deutlich geringer gestiegen sind als die Unternehmens- und Vermögenseinkommen.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE)

Recht und Ordnung im Steuervollzug sind aber auch für die Unternehmen selbst wichtig. Die Betriebe stehen, wie Sie wissen, untereinander in Konkurrenz. Genauso wie wir mit Mindestlöhnen verhindern müssen, dass Unternehmen Wettbewerbsvorteile erzielen, indem sie Arbeit entehrende Dumpinglöhne zahlen, genauso müssen wir durch konsequente Betriebsprüfung verhindern, dass ehrliche Unternehmen durch Betriebe unter Konkurrenzdruck geraten, die bei den Steuern tricksen und falsche Angaben machen.

(Beifall bei der SPD)

Sehr geehrte CDU-Fraktion, wenn in den Jahren 2003 bis 2007, in denen Sie alleine verantwortlich waren, die steuerlichen Mehreinnahmen durch Betriebsprüfungen im Mittel 683 Millionen Euro betragen – das ist die Dimension, über die wir reden, Herr Kruse, nicht über eine Würstchenbude –, und wenn in diesen Jahren durchschnittlich jeder Betriebsprüfer jährlich über 1,4 Millionen Euro zusätzlich einnimmt und wenn über 85 Prozent der Mehreinnahmen – das sind 550 Millionen Euro jedes Jahr – bei den Großbetrieben gefunden werden, die zahlenmäßig weniger als 3 Prozent der steuerlich erfassten Betriebe ausmachen, dann besteht zumindest der Verdacht, dass unvollständige oder falsche Steuerangaben, jedenfalls bei Hamburgs Großbetrieben, weiter verbreitet sind als uns allen recht sein sollte.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Dann kann man auch nicht glauben, dass mit dem aktuellen Stand der Betriebsprüfung die nach Recht und Gesetz zu zahlenden Steuern bereits vollständig erhoben werden. Dann hat man vielmehr den Eindruck, dass vor allem die großen Unternehmen weitere Unterstützung benötigen, um besser zu verstehen, wie die Regelungen der Unternehmensbesteuerung tatsächlich gemeint sind und diesen Hilferuf sollten wir nicht überhören.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

2003 waren in Hamburg 526 Betriebsprüfer tätig. 2007 waren es noch 494. Jeder Prüfer war 2003 im Schnitt für 250 Unternehmen zuständig, 2007 muss sich jeder einzelne Betriebsprüfer im Schnitt um 307 hilfsbedürftige, unterstützungswürdige Unternehmen kümmern. Gleichzeitig sind über 100 Stellen in der Betriebsprüfung bei den Hamburger Finanzämtern vakant. Da wundert es einen überhaupt nicht, dass nach Erhebungen eines Marktforschungsinstituts und des Wirtschaftsmagazins "Impulse" die Hamburger Finanzämter, allen voran das Finanzamt für Großunternehmen, bundesweit den schlechtesten Betriebsprüfungsservice anbieten.

Die Großunternehmen werden zwar in einem bestimmten Turnus von zuletzt 4,3 Jahren geprüft, aber eben nicht vollständig, sondern in den Schwerpunkten Warenbewertung oder Rückstellungen, Provisionszahlungen oder Geschenke und Werbung. Dort, wo man prüft, findet man im Schnitt bei Großunternehmen 550 Millionen Euro pro Jahr, die nachgezahlt werden. Da, wo man nicht prüft, kann man auch nichts finden und dann wird auch nicht nachgezahlt. Ein Anreizsystem, liebe CDU, für Steuerehrlichkeit mit Präventivwirkung ist das nicht.

In den Antworten auf unsere Anfragen weist der Senat darauf hin, dass steuerliche Mehreinnahmen keine tatsächlichen Mehreinnahmen sind. Das ist wohl so zu verstehen, dass ein Teil der Mehrein-

(Dr. Peter Tschentscher)

nahmen, die in einem Jahr anfallen, zum Beispiel durch Gewinnverschiebungen, zu geringeren Steuern in anderen Jahren führen können, sodass damit für die Steuerkasse tatsächlich nur Zinsgewinne verbunden sind. In welchem Umfang es sich aber um tatsächliche Mehreinnahmen handelt, das wissen Sie gar nicht, liebe CDU. Das ist aber angesichts der dreistelligen Millionensummen, um die es geht, von erheblichem öffentlichen Interesse. Nicht einmal Schätzungen oder stichprobenartige Erhebungen haben Sie vorgenommen, um sich einen Überblick zu verschaffen. Deshalb müssen wir Ihnen den Vorwurf machen – Frau Goetsch, vielleicht können Sie diesen Vorwurf dem Herrn Finanzsenator mit den besten Grüßen übermitteln –, dass Sie sich gar nicht für den Umfang der tatsächlichen Mehreinnahmen interessieren und damit auch nicht der Mehreinnahmen, die Sie sich aufgrund mangelhafter Betriebsprüfungen entgehen lassen und die Sie stattdessen den abknöpfen – Arbeitern und Angestellten –, deren Steuern schon vom Arbeitgeber an das Finanzamt überwiesen werden und die deutlich geringere Einkommenszuwächse haben als die Unternehmen, über die wir heute reden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Was ist also zu tun? DIE LINKE fordert, die Zahl der Betriebsprüfer auf mindestens 900 aufzustocken. Das wäre, bezogen auf die Zahl der 2007 eingesetzten 494 Prüfer, fast eine Verdoppelung, genau genommen eine Erhöhung um 82 Prozent.

Wir schlagen vor, zunächst einmal die bereits vorhandenen über 100 vakanten Stellen in der Betriebsprüfung unverzüglich zu besetzen und dann zu beobachten, wie sich die Mehreinnahmen entwickeln, die wir als Indikator der Steuerehrlichkeit der Unternehmen ansehen.

Zweitens ist zu bedenken, dass kompetente Betriebsprüfer nicht vom Himmel fallen. Sie müssen zunächst drei Jahre ausgebildet werden, dann folgt eine Tätigkeit im Innendienst und ein halbes Jahr Einführung in die Betriebsprüfung, bevor die neuen Steuerinspektoren selbstständig tätig werden können.

Um das Personaldefizit in der Betriebsprüfung nachhaltig zu reduzieren, beantragen wir deshalb, ab sofort jedes Jahr zusätzlich 25 Finanzanwärter auszubilden. Das sind in vier Jahren 100 zusätzliche Finanzanwärter. Mindestens für diese Forderung müsste es nach dem Wahlergebnis vom 24. Februar eine Mehrheit in diesem Hause geben, denn die SPD und die GAL haben der Forderung schon im letzten Jahr zugestimmt und DIE LINKE ist, wie wir heute gehört haben, auch dafür. Damit, liebe CDU, gibt es nach der Wahl 2008 in Hamburg nicht nur eine Mehrheit gegen Studiengebühren, sondern auch eine Mehrheit für Recht und Ordnung im Steuervollzug, mit der die Abschaffung

aller Bildungsgebühren finanziert werden könnte.
– Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben ein Steuersystem, das sehr weit verzweigt und kompliziert ist. Wenn man der Literatur glauben kann, dann sind weltweit 70 Prozent aller jemals veröffentlichten Bücher über Steuerrecht Bücher, die das deutsche Steuerrecht betreffen. Daran erkennt man auch eine der großen Kardinalschwächen unseres Steuersystems. Das erlebt jeder von uns, wenn er seine Steuererklärung abgeben muss. Alleine kommt man nicht mehr durch. Ganze Berufszweige ernähren sich davon, dass sie den Bürgern, aber auch den Unternehmen durch den Dschungel der Paragraphen und ähnlicher Gestaltungsmöglichkeiten helfen. Wenn es um Steuergerechtigkeit geht, muss es natürlich – da sind wir uns aber auch relativ einig – erste Priorität sein, ein einfacheres und damit auch gerechteres Steuersystem herzustellen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Aber wir debattieren heute auf Anmeldung der LINKEN und der Zusatzanträge der SPD über die Betriebsprüfungen und Steuerfahnder. Das ist eine Sache, die die zweitbeste Möglichkeit ist. Wenn man schon solch ein kompliziertes Steuersystem hat, dann muss man auch genauer prüfen. Das ist auch durchaus ein richtiger Ansatz.

Weil uns Grüne als Rechtsstaatspartei auch Bürgerrechte wichtig sind, müssen bei allem Bestreben für Steuergerechtigkeit natürlich rechtsstaatliche Prinzipien nicht über Bord geworfen werden. Da habe ich mich über einen Satz in dem Antrag der LINKEN geärgert, weil es da nicht um Steuergerechtigkeit, sondern um eine sehr pauschale Verurteilung geht. Ich möchte ihn einmal vorlesen:

"Die Steuerpflichtigen mit Einkünften aus Gewerbebetrieb, selbstständiger Arbeit, Kapitalvermögen oder Vermietung und Verpachtung dagegen erklären in massivem Umfang geringere Einkünfte als sie tatsächlich erzielt haben."

(Frank Schira CDU: Frechheit!)

Es mag sicherlich viel zu viele geben, die Steuern hinterziehen, aber mit diesem Satz sagen Sie, dass alle, die einen Betrieb haben, alle Handwerker und jeder, der Kapitalvermögen hat, weniger erklärt als er eigentlich tun müsste. Bei allem berechtigten Interesse an Steuergerechtigkeit, sollten trotzdem Unschuldsvormutung und rechtsstaatli-

(Jens Kerstan)

che Prinzipien bei diesem Anliegen gewahrt bleiben. Das ist auch eine wichtige Botschaft.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Natürlich kann man auch parteipolitisch versuchen, dort aktiv zu werden. Herr Tschentscher von der SPD bezieht sich jetzt auf die Zeit der Alleinregierung der CDU von 2003 bis 2007. Herr Bischoff, der da einen breiteren Ansatz hat, hat Zahlen seit 1996 zitiert. In der Tat muss man feststellen, dass es wirklich einen relativ ungebrochenen Trend gibt, dass in diesen Bereichen weniger Prüfungen stattfinden, ganz unabhängig davon, wer regiert.

(Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE: Aber Unschuldsumvermutung!)

Da ideologische Gründe nicht maßgeblich sein können, wenn es da unterschiedliche Koalitionen gibt, dann liegt doch die Vermutung nahe, dass es dafür vielleicht auch strukturelle Gründe gibt und da möchte ich nur noch einmal darauf hinweisen, woran das vielleicht auch liegen kann. Letztendlich geht es bei den Steuerprüfungen zum Teil um Gemeinschaftssteuern, wo Hamburg die Kosten für die Steuerprüfer trägt. Herr Bischoff hatte die Kritik des Rechnungshofs oder die Erklärungsversuche angesprochen. Aber da es Gemeinschaftssteuern sind, werden die Steuern erst einmal aufgeteilt zwischen Bund und Ländern und dann über den Finanzausgleich weiter verteilt.

Sie hatten die Umsatzsteuer angesprochen. Die sehr beträchtlichen Einnahmen der Umsatzsteuer, die Sie in Ihrer Kleinen Anfrage abgefragt haben und die zunächst einmal so aussehen, als könne man jeden Steuerprüfer damit finanzieren, führen im Ergebnis dazu, dass 55 Prozent der Erträge an den Bund, 35,4 Prozent über die horizontale Steuerverteilung an andere Bundesländer gehen und Hamburg behält 8,4 Prozent dieser Steuereinnahmen.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Was wollen Sie damit sagen?)

Da kann man natürlich sagen, das sei ein Prinzip, das die Steuergerechtigkeit verletzt, weil letztendlich niemand der Handelnden in den Ländern finanziell einen Vorteil und damit auch keinen Anreiz hat, dort stärker tätig zu werden.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, sich die Ansätze über eine bundeseinheitliche Steuerverwaltung, die wir zurzeit auf Bundesebene diskutieren, genauer zu Gemüte zu führen, denn letztendlich würde das diesen strukturellen Mangel beheben. Die grüne Fraktion im Bundestag hat einen solchen Antrag gestellt und die Fraktion der LINKEN im Bundestag – das habe ich auch mit Interesse gelesen – hat es auch getan. In der Tat finden zurzeit in der Föderalismusdebatte, bei der es um die Aufgabenverteilung und die Aufteilung der Finanzen und ähnliche Dinge geht, Verhandlungen statt,

ob es eine solche bundesweit einheitliche Steuerverwaltung geben soll. Da verstehe ich im Moment die Logik nicht richtig. Sie wollen eine bundesweit einheitliche Steuerverwaltung, im Moment wird im Bund darüber verhandelt, aber bevor Sie wissen, wie das ausgeht, soll Hamburg jetzt schon mal 400 neue Steuerprüfer einstellen. Das ist nicht logisch, das zum jetzigen Zeitpunkt machen zu wollen. Bevor wir in diesem Bereich erhebliche Personalkörper aufbauen, sollte man vielleicht erst einmal abwarten, ob es in Zukunft überhaupt in unserer Kompetenz liegt.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Natürlich haben wir uns die Antworten auf die Kleinen Anfragen – Herr Tschentscher hat es angesprochen – mit Interesse angeguckt und haben auch diverse Fragen, die wir geklärt haben möchten. Gerade im Vorfeld der Haushaltsberatungen wäre es nicht schlecht, einmal zu prüfen, warum über 700 Stellen für Betriebsprüfer vorhanden sind, aber nur 400 Stellen besetzt sind. Das sind Fragen, die wir klären wollen. Deshalb ist es auch sinnvoll, dass wir diese Anträge in den Ausschuss überweisen und nicht im Plenum darüber debattieren, weil man gesehen hat, dass das Interesse bei der LINKEN weniger darin gesehen wird, dieser Art Missstand abzuhelpen, sondern eher anzuprangern. Als Sie sagten, es hat auch keinen Zweck, das wird sich niemals ändern, bekam ich ein bisschen Zweifel, ob es sinnvoll ist, Ihren Antrag zu überweisen, weil Sie selber sagen, das bringt gar nichts. Aber wir wollen uns das noch einmal genauer angucken, wir wollen das Ganze beraten. Ich befürchte allerdings, wenn wir es im Ausschuss haben, dass die Föderalismuskommission es noch nicht abschließend beraten haben wird, sodass man dann immer noch keine Grundlage haben wird, um vernünftig entscheiden zu können.

(Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE: In der nächsten Legislaturperiode!)

Aber letztendlich spricht nichts dagegen, sich dieses Thema fachpolitisch genauer anzugucken, damit dann auch solche ideologischen Vorträge, Herr Bischoff, in Zukunft vielleicht ein bisschen mit mehr Fakten unterfüttert geführt werden können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat die Abgeordnete Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kruse, so einfach wie Ihr Beispiel mit der Würstchenbude ist, so deutlich ist auch Ihre Denkart. Das, was Sie nicht wahrnehmen wollen, darf auch nicht sein. Bei dieser Zahl von Fakten, die auch über den Landesrechnungs-

(Dora Heyenn)

hof gekommen sind, zu negieren, dass wir es hier mit Steuerungerechtigkeit zu tun haben, finde ich ziemlich dreist.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wenn es in der politischen Diskussion um konkrete Maßnahmen geht, dann wird immer diskutiert, wie es von der Ausgabenseite her finanziert werden kann. Das häufigste Argument, das wir hören, ist: Dafür gibt es kein Geld, nicht einmal für ein kostenloses Mittagessen in der Kita, aber natürlich für die Elbphilharmonie und für die HSH Nordbank.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Das muss ich Ihnen sagen. Viele berechnete Forderungen nach Verbesserung der Bedingungen, zum Beispiel in der Schule oder zur Abmilderung der sozialen Spaltung in dieser Stadt, werden natürlich gerne als Populismus abgetan. Politik heißt aber gestalten. Diesen Antrag haben wir gestellt, um einmal ganz bewusst den Fokus auf die Einnahmenseite zu lenken. Eines müssen wir alle zur Kenntnis nehmen, ob es uns passt oder nicht: In den letzten zehn Jahren hat es einen Wettbewerb von Steuersenkungen gegeben und der scheint, gerade weil es überall wieder Wahlkämpfe gibt, immer noch weiterzugehen und ist noch lange nicht beendet.

(Hans-Detlef Roock CDU: Freibier für alle!)

Wenn wir den Blick auf die Ungerechtigkeiten werfen, dann stellen wir fest, dass es eine unverantwortliche Steuergesetzgebung gibt. Wenn Sie sagen, es gebe eine wunderbare Geldvermehrung, dann kann ich Ihnen sagen, Herr Kruse, dass es in den letzten zehn Jahren eine gigantische Geldverknappung für die öffentliche Hand gegeben hat.

Die rot-grüne Bundesregierung und die große Koalition haben praktisch seit 2000 die Unternehmenssteuer halbiert. Der Spitzensteuersatz ist von 53 Prozent auf 42 Prozent herabgesenkt und die Vermögenssteuer ist gleich ganz abgeschafft worden. Konkret bedeutet das für einen Einkommensmillionär, dass er pro Jahr durchschnittlich 100 000 Euro weniger Steuern zahlt. Wir haben über 10 000 Einkommensmillionäre in Deutschland und da kann man einmal anfangen zu rechnen. Es ist kein Geheimnis, dass Hamburg eine Hochburg der Einkommensmillionäre ist.

Vergleicht man die Einnahmen von heute mit den Steuergesetzen von 1997 – und dann wird eigentlich klar, was hier in der Republik abgeht –, dann würden wir feststellen, dass seit 1997 56 Milliarden Euro den öffentlichen Kassen verloren gegangen sind. Das sind finanzielle Mittel für politische Gestaltung, die der öffentlichen Hand systematisch weggenommen worden sind.

(Beifall bei der LINKEN und bei Dr. Martin Schäfer und Wolfgang Rose, beide SPD)

Auf der anderen Seite haben wir Mehrwertsteuererhöhungen, wir haben die Kürzung der Pendlerpauschale, wir haben höhere Steuern bei Arbeitszimmern und Abfindungen. Generell kann man sagen, dass wir höhere Belastungen für Gering- und Durchschnittsverdiener haben und das ist von der Politik durchgesetzt worden.

Diese Steuerungerechtigkeiten führen klar vor Augen, dass wir es mit einem Zweiklassensteuervollzug zu tun haben. Herr Bischoff hat darauf hingewiesen, dass Gleichheit vor dem Recht da schon lange nicht mehr gegeben ist. Dieser Zweiklassensteuervollzug, ob es Ihnen passt, Herr Kruse, oder nicht, das können Sie überall nachlesen,

(Olaf Ohlsen CDU: Er hat doch gar nichts gesagt!)

schont Großunternehmen und Reiche davor, Steuern zu zahlen.

Während allen Arbeitnehmern über den Arbeitgeber regelmäßig die Steuern abgezogen werden, können sich Unternehmen bei Einkünften aus Vermögen ganz anders darstellen. Das heißt nicht, dass wir alle unter Generalverdacht stellen, Herr Kerstan. Wir gehen davon aus, dass keiner das systematisch macht. Wenn Sie das unserem Text entnehmen, dann müssen Sie einmal berücksichtigen, dass es merkwürdig ist, dass sobald Stichproben bei größeren Betrieben gemacht werden, dort in der Regel Steuernachzahlungen von 100 Millionen Euro fällig werden. Wenn einer mal zu viel gezahlt hat, finde ich es auch richtig, dass er es wiederbekommt. Aber merkwürdig ist doch, dass man sobald Stichproben gemacht werden, sobald geprüft wird, feststellt, dass zu wenig Steuern gezahlt worden sind. Das haben wir mit dem Wort massiv gemeint. Wir unterstellen keinem Personenkreis, dass sie das systematisch machen.

(Olaf Ohlsen CDU: Das ist eine pauschale Verurteilung! Unmöglich!)

Die Häufung dort ist nur auffällig. Es gibt Zahlen, die ausweisen, dass pro Prüfer pro Jahr ungefähr 1 Million Euro an Steuermehreinnahmen da sind. Vor diesem Hintergrund – auch wenn Sie diese Rechnung mit dem Länderfinanzausgleich machen – ist es so, dass die öffentliche Hand und auch Hamburg Steuergelder verschenkt, die dringend gebraucht werden.

Bei den durchschnittlich 441 eingesetzten Betriebsprüfern, die wir 2007 in Hamburg hatten, müssen wir einfach sehen, dass die Finanzbehörde damit ganz schlecht ausgestattet ist. Wir brauchen dringend mehr. Eigentlich haben wir ja 748 Betriebsprüfer, aber offenkundig werden die für etwas anderes eingesetzt. Da ist ein Personaldefizit und – Herr Bischoff hat das dargestellt – wenn wir jetzt anfangen, wieder kleine Schritte zu machen, dann läuft es darauf hinaus, dass sich die Steuerungerechtigkeit immer weiter verschärft und das

(Dora Heyenn)

kann sich die Stadt mit diesen erdrückenden sozialen Problemen überhaupt nicht leisten.

Es sieht schon so aus – und das hat Herr Kruse noch einmal eindeutig unterlegt –, dass die Finanzbehörde in Hamburg die Reichen durchaus schont und das hat mit Neiddebatte gar nichts zu tun.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Wir haben noch einen zweiten Punkt, weshalb wir diesen Antrag gestellt haben. Nicht erst durch die Steuerskandale, insbesondere um Postchef Zumwinkel ist bekannt, dass auch mit krimineller Energie systematisch Steuern in Millionenbeträgen hinterzogen werden. Nachbarländer wie Luxemburg begünstigen dieses Treiben, doch Steuerhinterziehung ist weit mehr verbreitet als allgemein angenommen wird. Außerdem wird sie im Verhältnis zu anderen Straftaten viel weniger geahndet. Sie haben recht, Herr Kerstan, Betriebsprüfer fallen nicht vom Himmel und deshalb hat die LINKE auch in ihrem Antrag stehen, dass der Senat ein Konzept zur Ausbildung und Qualifizierung vorlegen möchte. Wie das im Detail aussehen kann, darüber können wir uns sicherlich verständigen. Uns ist es ein ganz wichtiges Anliegen, dass die Steuergerechtigkeit durchgeführt wird und dass wir uns auch um die Einnahmeseite kümmern. Ich weiß, dass in anderen Bundesländern von verschiedenen Fraktionen auch Anträge auf Erhöhung von Steuerprüfern und Steuerfahndern kommen. Ich glaube, wenn wir auf die Föderalismuskommission warten, dann stehen wir noch in 20 Jahren hier und beklagen die Steuergerechtigkeit. Wir müssen einfach anfangen. Wenn das in allen Bundesländern gleichzeitig gemacht wird, dann heißt das auch, dass in die öffentlichen Kassen mehr Geld kommt und das ist das, was wir überall dringend benötigen, um Politik zu machen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Tschentscher.

Dr. Peter Tschentscher SPD:* Herr Kerstan, wir wollten jetzt nicht Krokodilstränen weinen über die Frage, wie schwierig es die Unternehmen mit dem komplizierten Steuerrecht haben. Es ist natürlich komplizierter, Unternehmenssteuern zu erfassen, aber es ist auch einiges getan worden. Die rot-grüne Bundesregierung und auch die große Koalition haben die nominale Steuerbelastung der Unternehmen deutlich gesenkt und im Gegenzug Steuerschlupflöcher abgeschafft. Das war im Interesse der Unternehmen und ihrer Wettbewerbsfähigkeit, aber auch im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, denn ein deutlich höherer Anteil der in Deutschland erzielten Unternehmensgewinne wird jetzt auch tatsächlich hier versteuert. Es ging uns

– und ich glaube auch Herrn Bischoff – darum, das Problembewusstsein wirklich zu schärfen und die Dimension des Problems deutlich zu machen.

Herr Kerstan, abwarten ist nun das, was wir nicht so gerne wollen.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE)

Frau Heyenn hat es noch einmal betont. Wenn wir 20 Jahre auf die Föderalismusreform warten, dann passiert nichts. Nach der bundesstaatlichen Arbeitsteilung – die gilt – ist es Aufgabe der Länder, sämtliche Steuern nicht nur auf Einkünfte aus unselbstständiger Arbeit, sondern sämtliche Steuern vollständig und gleichmäßig zu erheben. Wenn ein Bundesland diese Pflicht vernachlässigt, schadet es dem Föderalismus und betrügt die Bürgerinnen und Bürger, die ehrlich ihre Steuern zahlen, egal, ob es Bundes-, Landes- oder Gemeinschaftssteuern sind.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wenn ich dann höre, aber der Länderfinanzausgleich, wer weiß, was am Ende für uns übrig bleibt. Ich habe einmal versucht, das nachzuvollziehen. Es ist nicht so leicht, das gebe ich zu. Aber nehmen wir einmal an, Ihr Schätzwert von 8 Prozent stimmt – ich glaube, dass es mehr wären, Herr Kerstan –, dann wäre 8 Prozent von 500 bis 600 Millionen Euro ein Betrag, mit dem Sie Ihre Studiengebühren in Hamburg locker finanzieren könnten.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Um das noch einmal zu betonen – Frau Heyenn hat das angesprochen –: Es geht uns in der Finanzpolitik nicht nur um eine gerechte Verteilung auf der Ausgabenseite. Wir wollen nicht nur, dass Steuermittel gerecht eingesetzt werden für Bürgerinnen und Bürger, sondern es geht uns auch um Gerechtigkeit auf der Einnahmenseite und darüber reden wir heute. Dazu gehört, dass nicht nur bei Arbeitern und Angestellten alle Steuern eingezogen werden, sondern mit gleicher Konsequenz nach Recht und Gesetz auch bei Selbstständigen, Unternehmen und Millionären.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Die seit Jahren in den Hamburger Finanzämtern bestehenden Mängel in der Betriebsprüfung sind kein Anreizsystem für Steuerehrlichkeit, sondern vielmehr eine amtliche Beihilfe und eine Aufforderung zur Steuerhinterziehung. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

(Vizepräsidentin Nebahat Güclü)

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 19/271, 19/564 und 19/565 an den Haushaltsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 24 auf, Drucksache 19/425, Senatsmitteilung: Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 9. Mai 2007 – Verurteilung des Systems der Zwangsarbeitslager in der Volksrepublik China.

[Senatsmitteilung:

Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 9. Mai 2007 – Verurteilung des Systems der Zwangsarbeitslager (Laogai-Lager) in der Volksrepublik China (Drucksache 18/6105) –
– Drs 19/425 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Heintze.

Roland Heintze CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt vielleicht ein Thema, das wir etwas weniger aufgeregt diskutieren werden, das aber meines Erachtens aus zwei Gründen umso wichtiger ist. Zum einen ist diese Senatsmitteilung, die wir heute zur Kenntnisnahme vorliegen haben, ein Beispiel, wie es das Parlament geschafft hat, ein wichtiges und durchaus kontroverses Thema, nämlich in China die Lage der Menschenrechte in einem sehr konstruktiven Prozess zu einem guten Abschluss zu bringen und mit dieser Senatsmitteilung eine Grundlage zu schaffen, auf der wir sehr gut weiterarbeiten können, und zwar unabhängig von den Aufregungen dieser Tage rund um die Tibet-Frage und Olympia.

Was ist passiert? Wir hatten einen Antrag aus dem Hause, wir hatten ausführliche Beratungen im Europaausschuss, an denen auch der Generalkonsul der Republik China, Herr Ma Jinsheng, teilgenommen hat, um seine Sicht der Dinge darzustellen und die Sicht Chinas. Es folgte eine Beschlussfassung in der Bürgerschaft und nun diese Senatsmitteilung.

Warum haben wir uns der Laogai-Lager angenommen? Laogai steht für Reform und Umerziehung durch Arbeit und ist ein System von Arbeitslagern in China, die an die Gulags erinnern. Es gibt keine offiziellen Zahlen um sie herum. Der Konsul sagte im Ausschuss, es würden wohl 300 mit 300 000 Insassen geben. Shanghai selber sagt, man hätte zehn im Einzugsbereich. Menschenrechtsorganisationen sagen, diese Fragestellung habe eine ganz andere Dimension. Sie sprechen von 1000 Lagern mit sechs Millionen Insassen unter menschenunwürdigen Haftbedingungen – Zwangsarbeit, Willkür, Folter und Hinrichtungen bei 280 000 Sterbefällen pro Jahr. Die Laogai-Lager haben gerade im

Olympiajahr ihre Bedeutung, weil auch davon auszugehen ist, dass die Menschen in diesen Lagern an dem Infrastrukturaufbau für Olympia zwangsweise beteiligt wurden.

China selbst hat eine andere Sicht der Dinge. Man spricht lapidar von Besserungsanstalten für Kriminelle. Dennoch sind viele Insassen Dissidenten oder religiöse Aktivisten, Falun Gong-Anhänger. Für uns als eine Stadt, die gute Kontakte und Städtepartnerschaften nach China unterhält, ist es wichtig, deutlich zu machen, wo unsere Toleranz-Grenze ist. Sie endet bei diesen Lagern. Dieses Lagersystem gilt es zu verurteilen und das tut die Hamburgische Bürgerschaft deutlich.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der GAL)

Mit dieser Verurteilung stehen wir nicht ganz allein – die Bundesregierung, der Bundestag, das EU-Parlament, es gibt eine parteiübergreifende Ablehnung der Lager. Herr Frank hat in die Debatte für die SPD damals zu Recht eingebracht, dass das kein Thema für Polemisierung sei. Das war Konsens in der letzten Legislatur. Die CDU-Fraktion interessiert hier, ob dieser Konsens auch noch in dieser Legislatur gilt. So gab es nämlich Gegenstimmen gegen die Resolution zur Ächtung der Laogai-Lager im Deutschen Bundestag. Diese Gegenstimmen kamen von der Linkspartei.

(Zurufe von der CDU: Ach! Hört, hört!)

Ich finde es für die Hansestadt Hamburg und für ein Parlament, für die Bürgerschaft sehr wichtig, in solchen Fragen einheitlich und geschlossen aufzutreten. Wir stehen klar auf dem Standpunkt, dass diese Lager menschenverachtend sind. Das lapidare Argument der Linkspartei, da seien die Arbeitsbedingungen ähnlich wie in der freien chinesischen Wirtschaft, macht die Lage nicht besser. Wir als CDU-Fraktion erwarten von Ihnen heute eine eindeutige Klarstellung und dass Sie zur Klarheit der Hamburger Linie stehen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Warum ist eine einheitliche Hamburger Linie so wichtig? China, wirtschaftlich und kulturell unser Partner, Hamburg ist Drehkreuz für den Handel. Größter Handelspartner im Hafen ist China mit 3,2 Millionen Containern im Jahr. Die Norddeutsche Affinerie ist Hauptabnehmer von Rohstoffen, äußerst bedeutend für beide Seiten. Allerdings müssen Partner und Freunde auch einen offenen Dialog führen, denn nur so kann eine friedliche Gemeinschaft wachsen und gefördert werden. Das gilt nicht nur für China, das gilt selbstverständlich auch für Europa, das gilt für die USA und gleichermaßen für Russland. Dazu brauchen wir Brücken, wie sie in dieser Senatsmitteilung beschrieben werden. In den Ausschussberatungen ist sehr deutlich geworden, dass sie auch halten. Ich erwähnte, dass der Generalkonsul, als es um ein

(Roland Heintze)

durchaus kritisches Thema für China ging, bei den Beratungen dabei war, sich eingebracht hat. Der Kulturaustausch, sei es beim Teehaus oder der Städtepartnerschaft, funktioniert. Die Brücke, die wir in den letzten Jahren nach China gebaut haben, trägt. Das ist eine gute Leistung dieses Senats und die Bürgerschaft sollte dies weiter unterstützen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL – Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk übernimmt den Vorsitz.)

Unser Kulturverständnis ist aber auch, Probleme nicht zu ignorieren. Es ist geradezu die Pflicht dieses Hauses – deswegen halte ich die Debatte auch bei weitestgehendem Einvernehmen für sehr wichtig –, dass die Debatte offen und für jeden zugänglich geführt wird, Missstände benannt und in der Öffentlichkeit herausgestellt werden. Das haben wir in der Vergangenheit getan. China hat reagiert. Allerdings müssen wir aufpassen, dass wir bei dieser ganzen Diskussion nicht in eine pharisäerhafte Position geraten, sondern wir müssen auch immer sehen, was es für Hamburg bedeutet, diese Missstände anzuprangern, wo haben wir noch Handlungsbedarf. Dieses hat der Ausschuss aufgegriffen. Die Senatsdrucksache hat, wie ich finde, wenn auch nicht so lang wie sonstige Drucksachen, aber umso gehaltvoller, an der Stelle deutlich aufgezeigt, wo gehandelt wird.

Wir müssen zusehen, dass die Produkte aus diesen Lagern nicht auf den europäischen Märkten abgenommen werden. Obwohl China ein Exportverbot für diese Lagerprodukte verhängt hat, gibt es in China mehr oder minder staatliche Zwischenhändler, die dieses Verbot immer wieder gerne umgehen, sodass auch in Hamburg davon auszugehen ist, dass nicht wenige Produkte aus diesen Lagern über Hamburg gehandelt werden. Hier sind wir gefragt. Die deutsche Spielwarenindustrie hat sich mittlerweile selbst verpflichtet, keine Produkte mehr aus Laogai-Lagern abzunehmen, die USA haben ein Gesetz erlassen, dass sich, wer Produkte importiert, die aus Laogai-Lagern kommen, strafbar macht. Auch wir in Hamburg müssen hier ansetzen, es muss etwas geben, was wir aus Hamburg tun können, um Partnerschaft und gemeinsames Herangehen an die Fragestellung zu demonstrieren.

Wir haben die Problematik überall dort angesprochen, wo es dem Senat im offiziellen Umgang mit China und den Partnern möglich war, und das ist gut. Wir haben gezielt in Shanghai nachgefragt, wie das Thema gesehen wird, wir haben auch bei der Hamburger Wirtschaft nachgefragt. Die Handelskammer hat Sensibilisierung zugesagt und dies auf ihrer Internetseite auch umgesetzt, wobei ich mir an dieser Stelle die Anmerkung gestatte, ich würde mir etwas mehr Mut von der Kammer bei diesem Thema wünschen,

(Beifall bei der CDU und der GAL)

denn wir haben im Parlament gezeigt, dass man mit den Chinesen diskutieren kann, ohne hinterher einen Riesenstreit oder gar den Abbruch diplomatischer Beziehungen zu haben. Manchmal ist es auch in der Diskussion in dem chinesischen Kulturkreis wichtig zu zeigen, dass man eine Position hat und für diese Position steht. Dabei greifen wir allerdings nicht zu einseitigen Verurteilungen, sondern lösen Fragestellungen gemeinsam und das in einem respektvollen Miteinander. Die Bürgerschaft hat gezeigt, dass sie dieses kann, und wir würden uns freuen, wenn die Unterstützung auf Kammerseite da noch etwas zunähme.

Dennoch haben wir uns weitere Unterstützung geholt. Wir haben das HWWI gebeten, einmal zu testen, ob es Systeme gibt, die uns helfen können, die Laogai-Produkte vom Markt zu verdrängen. Das HWWI-Gutachten, das ich sehr zur Lektüre empfehle, hat über relativ knappe 47 Seiten alles untersucht, hat die Lieferanten der Stadt befragt und die Ergebnisse an den Senat gegeben. Der Senat hat gehandelt. Die Staatsräterunde hat sich 2008 verpflichtet, in der Beschaffung das zu tun, was rechtlich möglich ist, um den Handel solcher Produkte zu unterbinden und Unternehmen, die die Produkte zum Beispiel im Baubereich, im Natursteinbereich einsetzen, von der Vergabe öffentlicher Aufträge, soweit das rechtlich möglich ist, auszuschließen.

Das ist ein guter Vorsatz und dieses gilt es zu verstärken. Als Parlament sollten wir den Senat aufrufen, am Ball zu bleiben und diese Aktivitäten weiter auszubauen. Wir als CDU-Fraktion gehen diesen Weg auch öffentlich weiter. Wir setzen nicht nur auf Veränderungen durch einen offenen Dialog, sondern wollen auch die Weiterentwicklung der eigenen Standards. Dann sind wir auf einem guten Weg, zu einem konstruktiven Ansatz zu kommen, um konkret die Lage der Menschen in den Arbeitslagern in China, die wir verurteilen, zu verbessern. Wir sollten heute in der Bürgerschaft noch einmal darstellen, dass das ein Weg ist, den wir gemeinsam gehen, den wir öffentlich ohne Angst vor Repressionen aus China gehen und wo wir aufrechtes Demokratieverständnis auch als Hansestadt Hamburg und als Parlament dieser Stadt zeigen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Klooß.

Rolf-Dieter Klooß SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es stimmt, dass sich die Hamburgische Bürgerschaft und der Europaausschuss in der letzten Wahlperiode eingehend und intensiv mit dem Komplex der sogenannten Laogai-Lager in China befasst haben. Wir haben es schon von

(Rolf-Dieter Klooß)

meinem Vorredner gehört, deswegen kann ich mich kürzer fassen.

Ich muss aber eingangs noch einmal sagen, dass ich es nicht in Ordnung finde, dass der zuständige Staatsrat auch heute wieder, wie schon bei der früheren Debatte, nicht anwesend ist bei diesem insgesamt auch für Hamburg sehr bedeutsamen Thema.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

In diesen Lagern werden – man muss sich dies immer wieder bewusst machen – Millionen von Menschen ohne Gerichtsverfahren gefangen gehalten und einer sogenannten Umerziehung durch Arbeit unterzogen. Eine solche Überschrift ist uns aus eigenen, unrühmlichen Zusammenhängen bekannt; wir müssen nicht auf Gulag zurückgreifen.

Nach den glaubhaften Berichten von Nicht-Regierungsorganisationen und ehemaligen Häftlingen werden die Gefangenen in diesen Lagern unter menschenunwürdigen Bedingungen zur Arbeit gezwungen. Bereits seit 1992 haben die USA mit der chinesischen Regierung ein Abkommen geschlossen, das den Import von Laogai-Produkten in die USA untersagt. Eine vergleichbare Regelung fehlt leider im europäischen Bereich. Zwar hat der Generalkonsul der Volksrepublik China bei seinem Besuch im Europaausschuss der Bürgerschaft versichert, dass seit 1991 bereits per Verordnung der chinesischen Regierung der Export entsprechender Güter verboten sei, aber es muss weiterhin als gesichert gelten, dass Laogai-Produkte nach Weiterverarbeitung außerhalb der Lager oder über Zwischenhändler nach Europa gelangen. Im Übrigen kann es auch nicht wirklich beruhigen, dass nur der Export unterbunden wird, nicht aber die menschenunwürdige Produktion und der Konsum der Produkte in China selbst.

Die GAL hatte – das muss gelobt werden – hierzu in der vergangenen Wahlperiode durch ihren damaligen Abgeordneten Sarrazin einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht, der den Senat und die Freie und Hansestadt Hamburg aufforderte, in seinen Vergabebedingungen sicherzustellen, dass keine Laogai-Produkte mehr bezogen werden. Ich erinnere mich noch sehr lebhaft an die Debatte zu diesem Thema im Plenum. Es sei noch einmal daran erinnert, dass die CDU-Fraktion mit ihrer damaligen Mehrheit diesen Antrag des Abgeordneten Sarrazin gegen die Stimmen meiner Fraktion und der GAL abschmetterte. Der CDU-Abgeordnete Beuß diffamierte diesen Antrag damals als Heldentum nach Ladenschluss, der GAL-Abgeordnete Farid Müller bezeichnete die CDU-Abgeordneten daraufhin als Feiglinge.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – *Antje Möller GAL*: Harte Töne! – *Michael Neumann SPD*: Zumindest Letzteres stimmt!)

Immerhin kam auf einstimmige Empfehlung des Europaausschusses eine mildere Fassung des Ersuchens zustande, das der Senat heute beantwortet.

Keine zehn Monate später diskutieren wir erneut dieses Thema und siehe da, aus der CDU-Mehrheit ist eine Minderheit geworden, aus tief schwarz wurde Schwarz-Grün. Auch wenn einige der handelnden Personen nicht mehr diesem Hause angehören, sollte sich an der grundsätzlichen Meinung der Fraktion doch nichts geändert haben.

Der Mitteilung des Senats entnehme ich allerdings, dass man sich hinsichtlich der zukünftigen Vergabebedingungen nun doch entschlossen hat, eine Regelung zur Einhaltung der vier Kernarbeitsnormen der ILO, der International Labour Organization, aufzunehmen. Diesen Meinungswandel begrüßen wir außerordentlich, auch wenn ich beim besten Willen nicht nachvollziehen kann, wie sich in zehn Monaten eine angeblich aus rechtlichen Erwägungen getroffene Entscheidung derart ändern kann.

Wir fordern den neuen Senat auf, gemeinsam mit den Fraktionen der Bürgerschaft den Weg einer kritischen Auseinandersetzung mit dem System der Laogai-Lager fortzusetzen. Mit der Stellungnahme des Senats kann und darf dieser Prozess nicht abgeschlossen sein. So kann sich der Senat nach unserer Auffassung nicht damit zufrieden geben, dass die hamburgische Partnerstadt Shanghai zwar die Zahl der Laogai-Lager in ihrem Gebiet auf Nachfrage benennt, aber nicht bereit ist, auch die Zahl der dort Inhaftierten zu nennen. Die Zahlen, die dem Europaausschuss durch den Generalkonsul der Volksrepublik China genannt wurden, nämlich 300 Lager mit 300 000 Inhaftierten für ganz China, können jedenfalls nicht zutreffend sein.

Die Laogai-Lager sind ein Sinnbild für den trostlosen Zustand der Menschenrechte in China. Um die Menschenrechte ist es aber leider nicht nur in den Laogai-Lagern schlecht bestellt, sondern auch außerhalb der Lager sind in vielen Betrieben Chinas die Arbeitsbedingungen menschenunwürdig. Die Hoffnung, die sich seit Jahren an den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zu dem bevölkerungsreichsten Land der Erde knüpfen, dass sich die Einhaltung der Menschenrechte durch steigenden Wohlstand verbessern werde, hat sich noch nicht erfüllt. Der mit China geführte Dialog über die Menschenrechte wird von mancher Seite eher als ein Monolog des Westens wahrgenommen. Daher ist es wichtig, dass wir in der neuen Wahlperiode das Thema der Laogai-Lager erneut aufgreifen, denn verbessert hat sich in diesem System nichts.

In diesen Tagen werben die stadt eigenen Unternehmen HWF, also Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung und HMG, Hamburg Marketing GmbH, in Shanghai um die Ansiedlung chine-

(Rolf-Dieter Klooß)

sischer Firmen in Hamburg. Wir möchten doch sehr hoffen, dass der Senat und die ihm unterstellten beiden Unternehmen sich auch des Themas der Laogai-Lager bei dieser Gelegenheit annehmen und ihre Geschäftspartner hierfür sensibilisieren und Geschäftsabschlüsse davon abhängig machen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Waldowsky.

Andreas Waldowsky GAL:* Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der hier vorgelegte Bericht zeigt doch, auf welchen Weg wir uns gemeinsam begeben haben. Ich finde es schade, dass der Kollege Klooß hier noch einmal die Schlachten der vergangenen Legislaturperiode schlagen wollte. Wichtig ist doch, dass wir zwischen CDU, SPD und GAL und hoffentlich auch der Linkspartei einen möglichst großen Konsens hinbekommen, der – ich brauche gar nicht alles zu wiederholen, was hier über die schrecklichen Laogai-Lager gesagt worden ist – eigentlich selbstverständlich sein sollte. Ich wäre stolz darauf, wenn wir in der Bürgerschaft diesen Konsens hinbekommen würden und mit einer mächtigen Stimme zeigen könnten, dass auch diese kleine Hansestadt Hamburg etwas zur Verbesserung der Menschenrechtssituation in China beitragen kann, auch wenn China um so vieles größer ist als diese Stadt.

Ich bin auf alle Fälle stolz darauf, dass es mein Kollege Manuel Sarrazin in der letzten Legislaturperiode war, der einen ganz entscheidenden Impuls dazu gegeben hat, ein Impuls, der mittlerweile von allen Parteien, soweit sie bisher gesprochen haben, aufgegriffen worden ist

(Beifall bei der GAL und der CDU)

und der, was die Laogai-Lager anbelangt, nicht nur in der Bürgerschaft aufgegriffen worden ist, sondern mit einer halbjährigen Verspätung auch im Bundestag, wo die Lager ebenfalls verurteilt worden sind.

Was jetzt ansteht, finden wir im Koalitionsvertrag. Die Freie und Hansestadt Hamburg kann einiges tun, und zwar, wie auch der Senat das ausführt, im Wesentlichen im Bereich der fairen Beschaffung. CDU und GAL haben sich im Koalitionsvertrag vorgenommen, jetzt dicke Bretter zu bohren. Wir werden in aller Ruhe auf den Grundlagen der schon erstellten Gutachten prüfen, was wir tun können, um die faire Beschaffung zu verbessern. Dazu gehört vor allen Dingen auch die Zusammenarbeit mit den anderen norddeutschen Ländern, damit wir im Norden nicht alleine dastehen, sondern eine möglichst breite Allianz der norddeutschen Bundesländer hinbekommen und dann noch effektiver gegenüber China auftreten können.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Das ist richtig so, denn wir wollen da keinen Schnellschuss.

Der zweite Punkt, den wir uns in den Koalitionsverhandlungen vorgenommen haben, ist zu versuchen, weil wir nur für die Stadt sprechen können, noch stärker an die Wirtschaft und die Verbände heranzutreten, einen sogenannten Fairness-Code auszuarbeiten und den dann an die Wirtschaft und die Verbände, aber natürlich auch an den Staat als Akteur heranzutragen. Ich lade die beiden anderen Fraktionen nachdrücklich ein, uns dabei zu unterstützen, denn es wäre ganz wichtig, dass wir als Bürgerschaft geschlossen stehen, wenn wir China gegenüber ernsthaft auftreten wollen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Hamburg ist ein wichtiger, hoffentlich der erste Ansprechpartner in Europa für China. China ist umgekehrt für Hamburg einer der wichtigsten außenpolitischen Akteure; das unterstützen wir nachdrücklich. Die CHINA TIME, die im September in Hamburg organisiert wird, wird wieder zeigen, wenn das Programm so ähnlich wie 2006 ist, was China alles an Reichtum zu bieten hat. Es wird eine Vielfalt von Veranstaltungen zu Kultur, Wirtschaft, Politik, Bildung, Sport, aber auch zu Umweltthemen geben, die zeigen, dass diese alte Kultur in China eine ganz große Zukunft hat, und das wird es den Bürgern näher tragen. Wir in der Bürgerschaft, aber auch die GAL-Fraktion, werden dafür sorgen, dass China zwar der privilegierte Partner ist, aber wir deshalb nicht Jubel-Chinesen werden müssen, die mit kleinen roten Fähnchen an der Straße stehen und China zujubeln.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Auch nicht Schwarz-Rot-Gold!)

Wir werden als kritischer Freund das tun, was der Senat angekündigt hat. Wir werden hier und da, wo es wirklich erforderlich ist – und bei den Laogai-Lagern ist es erforderlich –, den Finger in die Wunde legen und hoffen, China auf dem Weg der Demokratisierung helfen zu können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die LINKE begrüßt die Ergebnisse des Diskussionsprozesses, wie sie in der Stellungnahme zum Ausdruck kommen, und wir begrüßen insbesondere den Kurswechsel, der darin enthalten ist. Der Kurswechsel besteht darin, dass nun offensichtlich auch in Hamburg bei der Vergabe öffentlicher Aufträge beachtet werden soll, dass die Auftragnehmer die vier Grundprinzi-

(Christiane Schneider)

prien der ILO-Kernarbeitsnorm einhalten, die da wären: Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen, Beseitigung von Zwangsarbeit, Abschaffung von Kinderarbeit und Verbot von Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf; das ist ein Fortschritt.

Herr Kloof hat einen Vorgang angesprochen, ich spreche einen anderen an. Noch 2005 hat die CDU einen Antrag der SPD zum Scheitern gebracht, der vorsah, in Hamburger Vergaberichtlinien ausbeuterische Kinderarbeit zu ächten. Hamburg war tatsächlich jahrelang Schlusslicht. Zu dem Zeitpunkt, als die SPD den Antrag stellte, hatten 70 Kommunen in Deutschland solche Regelungen bereits festgelegt, heute sind es über 80. Deshalb ist es wirklich gut, wenn Hamburg diesen Schritt auch tut und die Rolle als Schlusslicht abgibt. Dieser Fortschritt – das will ich ausdrücklich sagen – geht im Wesentlichen zurück auf die unermüdliche Arbeit der zahlreichen Eine-Welt-Initiativen, die dann in zweiter Linie vielleicht auch einen Umdenkungsprozess bei der CDU eingeleitet haben.

Zum zweiten Punkt: Wir treten ohne Wenn und Aber dafür ein, dass die Kernarbeitsnormen der ILO überall auf der Welt eingehalten werden. Von der rasanten Entwicklung des Handels, von der Hamburg entscheidend profitiert, vom internationalen Konkurrenzkampf geht ein ungeheurer Druck auf soziale Standards aus. Zwangsarbeit gibt es vielmillionenfach in der Welt. Es gibt sie in China, aber es gibt sie, um daran zu erinnern, zum Beispiel auch wesentlich in Indien, Bangladesch und Pakistan und in vielen anderen Ländern der Welt; ich habe nur diese herausgegriffen.

Zwangsarbeitsverhältnisse sind erst einmal eine historische Erscheinung der jeweiligen Gesellschaften. Aber sie werden durch den internationalen Konkurrenzdruck im Zuge der Globalisierung verfestigt. Ich will an diesem Punkt sagen, dass wir ausdrücklich dafür sind, gegenüber der Volksrepublik China darauf zu dringen, dass die ILO-Kernarbeitsnormen eingehalten werden. Man sollte nicht verkennen, dass es in den letzten Jahren – übrigens gerade im letzten Jahr – einige Fortschritte in der Entwicklung des Arbeitsrechts in China und in der Ausweitung der Rechte gewerkschaftlicher Interessenvertretungen gegeben hat, aber diese Fortschritte sind absolut unzureichend. Wir finden uns nicht mit Administrativhaft ab, wir finden uns nicht mit Zwangsarbeitslagern ab und wir finden uns auch nicht mit der Rechtlosigkeit von Wanderarbeitern ab, wie sie in China herrscht und übrigens auch in vielen anderen Teilen der Welt.

Die Verankerung der ILO-Kernarbeitsnormen in den Hamburger Vergaberichtlinien ist ein kleiner, aber wichtiger Schritt. Hamburg gibt seine Bremsfunktion auf. Die Frage stellt sich jetzt – darüber wird in der nächsten Zeit auch zu diskutieren

sein –, wie das eigentlich alles konkret umgesetzt wird. Es sind zum Beispiel mehr Bereiche betroffen, als in der Stellungnahme des Senats angesprochen werden. Ein zunehmend wichtiger Bereich ist der ganze Elektronikbereich. Die Kernfrage ist aber, wie die Einhaltung der Standards kontrolliert wird. In der Stellungnahme des Senats ist relativ vage von geeigneten Nachweisen die Rede. Ich schließe mich den Eine-Welt-Initiativen an, die fragen, ob zum Beispiel vorgesehen sei, dass die Auftragnehmer regelmäßige Berichte über die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben abgeben. Ist vorgesehen, dass eine unabhängige Kontrolle durch externe Institutionen stattfindet? Vor allem aber schließen wir uns der Forderung der Eine-Welt-Initiativen an, die fachliche Kompetenz dieser Initiativen bei der Ausgestaltung der Richtlinien zu nutzen. – Schönen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und bei Dr. Martin Schäfer SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Senator Steffen.

Senator Dr. Till Steffen:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kloof, ich hoffe, Sie können verschmerzen, dass ich jetzt zu Ihnen rede. Dann können Sie vielleicht ein bisschen Ihre Sehnsucht nach dem Staatsrat überbrücken, den Sie angesprochen haben.

(Dr. Mathias Petersen SPD: Aber nur ein bisschen!)

Ich bemühe mich.

Die chinesische Wirtschaft boomt. Fast 20 Prozent des Außenhandels der Volksrepublik werden mit den EU-Ländern getätigt und Deutschland ist auf Platz fünf im Außenhandelsranking. Auch Hamburg hat wichtige Handelsbeziehungen nach China und weitere gute Beziehungen in den Bereichen kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit und auch beim Jugendaustausch. Wir sind für diese Handelsbeziehungen, für einen Austausch, aber auch für einen rechtsstaatlichen Dialog. Eine ernsthafte Menschenrechtspolitik gegenüber China beruht auf Dialog und Kooperation, aber auch auf der Klarheit in der Beschreibung der Realitäten.

Die vielfältigen Menschenrechtsverletzungen der VR China finden insbesondere ihren Ausdruck in der Unterhaltung von sogenannten Laogai-Lagern. Laogai bedeutet Reform durch Arbeit. Hinter diesem Begriff verbirgt sich ein System von Gefängnissen und Arbeitslagern, welches in den Fünfzigerjahren unter Mao Tse-tung eingerichtet wurde, heute aber einen der Grundpfeiler der chinesischen Wirtschaft bildet. Die Laogai Research Foundation des chinesischen Dissidenten Harry Wu schätzt, dass circa sieben Millionen Menschen in diesem Arbeitslagersystem festgehalten werden

(Senator Dr. Till Steffen)

und darin seit 1949 etwa 20 Millionen Menschen umgekommen sind. In diesen Laogai-Gefängnissen und -lagern befinden sich Dissidenten, wegen oftmals kleiner Delikte Verurteilte, aber auch viele Angehörige ethnischer Minderheiten wie Tibeter, Mongolen und Uiguren sowie religiöse Minderheiten wie zum Beispiel Katholiken und Falun Gong-Anhänger.

Der Deutsche Bundestag hatte in einer Drucksache im Jahre 2007 sehr eindrücklich die Zustände in den Laogai-Lagern beschrieben, ich will das zitieren:

"Neben politischer Gehirnwäsche werden die Gefangenen zu harter unentgeltlicher Arbeit gezwungen, bis zu 16 Stunden täglich, 7 Tage die Woche, bei nur 3 bis 4 Feiertagen im Jahr. Die Arbeit wird von den Häftlingen, zu denen auch Minderjährige zählen, in Fabriken, Landwirtschaftsbetrieben und Minen verrichtet. Neben dem Verstoß gegen das Verbot der Zwangsarbeit kommt es dabei auch systematisch zum Verstoß gegen das Verbot der Kinderarbeit. Die Haft- und Arbeitsbedingungen sind dramatisch. Häftlinge werden zum Umgang mit toxischen Chemikalien ohne Schutzbekleidung oder zur Arbeit in mit Asbest verseuchten Minen gezwungen, in denen die Sicherheitsvorkehrungen unzureichend sind. In den Lagern existiert keinerlei Arbeitsschutz.

Die Häftlinge werden auf unterschiedlichste Art gefoltert. Ihr Tod infolge von Unterernährung, Überarbeitung, Erschöpfung und Folter wird billigend in Kauf genommen. Zudem herrscht eine hohe Selbstmordrate unter den Häftlingen."

Ich persönlich bin mir nicht sicher, ob es als Erklärungsmuster für diese extremen Zustände tatsächlich ausreicht, auf den internationalen Konkurrenzdruck zu verweisen.

(Norbert Hackbusch *DIE LINKE*: Was macht jetzt der Senat?)

Gerade die vielfältigen wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte mit China bieten die Chance, auf Verantwortliche einzuwirken und die Menschenrechtsverletzungen in Laogai-Lagern offen anzusprechen. Auch die intensiven Verbindungen vieler großer und mittelständischer Firmen mit Sitz in Hamburg nach China können in diesem Sinne genutzt werden. Es gibt gute Gelegenheiten, die Menschenrechtssituation in China zu thematisieren und auf ein Ende des Laogai-Systems zu dringen.

Hierfür zeigt die Entschließung der Bürgerschaft, über die vorhin auch schon mehrfach gesprochen wurde, zahlreiche Möglichkeiten auf. Insbesondere müssen die Hamburger Wirtschaftsverbände und Unternehmen neben Senat und Bürgerschaft in die Verurteilung des Systems der Zwangsarbeiterlager

eingebunden werden. Ganz wichtig ist es, dass sich Hamburger Unternehmen, soweit es ihnen irgend möglich ist, bei Wirtschaftskontakten mit China vergewissern, dass die Produkte, die sie einkaufen, nicht aus diesen Lagern kommen. Da liegt eine erhebliche Verantwortung von Hamburger Unternehmen.

(Beifall bei der GAL, der CDU und bei *Dr. Mathias Petersen SPD*)

Konkret, die Frage kam ja, hat der Senat zu dem Ersuchen der Bürgerschaft folgende Schritte eingeleitet: Der Senat hat die Menschenrechte gegenüber Vertretern Shanghais und Chinas wiederholt angesprochen, hat dabei allerdings – das ist auch schon mit Bedauern festgestellt worden – detaillierte Auskünfte über Strafvollzugseinrichtungen von der Partnerstadt Shanghai nicht erteilt bekommen. Aber auf Veranlassung des Senats ist der Bericht des Europaausschusses über die Laogai-Lager auf der Website der Handelskammer zur Information von Unternehmen und Wirtschaft erschienen; das ist sicherlich ein erster Schritt. Herr Heintze hat zu Recht deutlich gemacht, dass da noch mehr geschehen kann.

Um auch die Wirtschaft anzusprechen, erarbeitete der Senat mit "INVENT" bereits im Dezember 2006 einen Workshop für die Hamburger Wirtschaft zu sozial verantwortlicher Unternehmensführung aus. Bei Beschaffungen kritischer Produkte des Senats aus kritischen Ländern – das ist in der Drucksache definiert worden – ist der Umfang mit 1,9 Millionen verhältnismäßig gering im Verhältnis zur Gesamtbeschaffung, die der Senat insgesamt vornimmt. Hierbei hat es bislang keine Hinweise auf Verstöße gegen die ILO-Kernarbeitsnormen gegeben und es ist natürlich wichtig, dass wir weiter aufmerksam bleiben und auch eventuellen Hinweisen nachgehen. Bei künftigen Beschaffungen soll noch intensiver auf die Einhaltung dieser ILO-Kernarbeitsnormen geachtet werden.

Anhand der Rückläufe lässt sich erkennen, dass die Produzenten und Lieferanten durch die politische Diskussion und die Nachfragen ihrer Kunden bereits ein Bewusstsein im Hinblick auf ihre soziale Verantwortung entwickelt haben. Ich verweise auf das, was ich vorhin gesagt habe: Bewusstsein ist der erste Schritt, aber es muss natürlich darüber hinaus gehen. Der Senat hält eine Harmonisierung der zahlreichen sozialen Zertifizierungsverfahren und Soziallabels für wünschenswert; daran müssen wir unbedingt weiterarbeiten. Dieses Gutachten des HWWI, das auch schon zitiert worden ist, hat zahlreiche bereits existierende soziale Zertifizierungsverfahren und Soziallabels analysiert, deren Verbreitungsstandard und Glaubwürdigkeit aber immer noch sehr uneinheitlich sind.

Diese vom Senat bereits in Gang gesetzten Schritte zeigen ganz deutlich, dass sich Hamburg als Knotenpunkt des globalen Warenhandels der Not-

(Senator Dr. Till Steffen)

wendigkeit und auch der Chancen eines verantwortungsbewussten Handelns bewusst ist, in dem die Begünstigung der Wertschöpfung aus Laogai-Produkten keinen Platz hat. Auf diesem Weg müssen Senat, Behörden, Unternehmen und Bürgerschaft konsequent, respektvoll, aber mit größter Beharrlichkeit weitergehen im direkten Dialog mit den Partnern in China.

(Beifall bei der GAL, der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Drucksache 19/425 Kenntnis genommen hat.

Aufruf Punkt 17, Drucksache 19/258, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Niedriglohnsektor in Hamburg, Entwicklung der Zahl der Geringverdienerinnen und Geringverdiener in Hamburg.

[Große Anfrage der Fraktion der SPD: Niedriglohnsektor in Hamburg: Entwicklung der Zahl der Geringverdienerinnen und Geringverdiener in Hamburg – Drs 19/258 –]

Die Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Wirtschaftsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? Frau Badde, Sie haben das Wort.

Elke Badde SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Arbeit ist Würde und Arbeitslosigkeit nimmt den Menschen die Würde. Aber schlecht bezahlte Arbeit, so schlecht, dass ein Mensch davon nicht leben kann, entwertet die geleistete Arbeit und entehrt den Menschen, der diese Arbeit leistet.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Wie kann es sein, dass in einer Gesellschaft, die mit Artikel 1 des Grundgesetzes die Menschenwürde an die oberste Stelle des Grundgesetzes rückt, Menschen in die Würdelosigkeit gezwungen werden? Wie kann es sein, dass wir als Volksvertreter dagegen noch nicht in der Mehrzahl aufstehen und diese Zustände unterbinden?

Die vorliegende Antwort des Senats auf die Große Anfrage Geringverdiener ist ein Zeichen organisierter Interesselosigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Bei fünf der sieben gestellten Fragen antwortet der Senat, er habe sich in der Sache noch nicht damit befasst oder er habe die gefragten Daten statistisch nicht erfasst. Kann sich ein Senat davor drücken, sich mit der Situation von Menschen in

unwürdigen Arbeitssituationen in unserer Stadt zu befassen? Dabei besteht dringender Handlungsbedarf denn je; einige Daten zur Verdeutlichung.

Laut bekannter Studien von Arbeitsmarktexperten arbeiten bereits knapp 21 Prozent aller abhängig Beschäftigten in Deutschland für Mindestlöhne. Dies ergibt rund 6 Millionen Niedriglohnbeschäftigte für die BRD. Im europäischen Vergleich ist die Quote in den letzten Jahren ständig angestiegen, während sie in anderen Ländern sinkt. Genauso schlimm wie die absolute Zahl der Niedriglohnbeschäftigten ist die Tatsache, dass es immer weniger Durchlässigkeit in besser bezahlte Arbeit gibt. Deutschland nimmt europaweit den letzten Platz ein. Sowohl in Ländern mit höherem Niedriglohnanteil als auch in Ländern mit geringerem Niedriglohnanteil ist die Aufstiegswahrscheinlichkeit deutlich höher. Eine weitere schlimme Tatsache ist: Es sind nicht nur die üblichen Verdächtigen wie Hotel- und Reinigungsgewerbe betroffen. Längst werden in anderen Branchen verbreitet Mindestlöhne gezahlt. Noch eines mehr: Es sind keineswegs nur die schlecht Qualifizierten, die auch schlecht bezahlt werden. In hohem Maße sind auch Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung betroffen. Unserer Auffassung nach ist das ein unerträglicher Zustand.

(Beifall bei der SPD und bei Kersten Artus
DIE LINKE)

Die Versprechungen der Wirtschaft, von einer Flexibilisierung der Arbeitszeiten würden alle Seiten profitieren, ist ad absurdum geführt. Denn die katastrophale Bezahlung von Arbeitnehmern ist besonders dort verbreitet, wo der Arbeitsmarkt flexibilisiert wurde, nämlich bei Teilzeitbeschäftigten und Minijobs. Diese Personen sind in besonderem Maße von schlechter Bezahlung betroffen und vom Aufstieg abgeschnitten. Und wie äußert sich die Wirtschaftsbehörde? Sie habe sich mit den Fragen des Niedriglohns nicht befasst.

(*Michael Neumann SPD:* Ja, Herr Gedaschko, das ist doch unglaublich!)

Und im Übrigen erfasse sie die Daten auch nicht statistisch.

Im Skandaljahr 2007, als bekannt wurde, welche katastrophal niedrige Stundenlöhne in einigen Branchen, insbesondere in der Hotelbranche, gezahlt wurden, und als es damals um Wahlkampfaktivitäten ging, wurde der Senat aktiv. Es wurde eine Runde einberufen, in der mit der Gebäudereinigung und mit dem Hotelgewerbe über das Thema diskutiert wurde. Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband hat mittlerweile ein Gütesiegel entwickelt, das zu einer Tariflohnzahlung verpflichtet. Von weiteren Gesprächen des Senats ist nichts bekannt. Aber auf die Frage unserer Fraktion, ob der Senat weitere Initiativen erfasst habe, um überhaupt mit weiteren Branchen ins Gespräch

(Elke Badde)

zu kommen, antwortet der Senat, er habe sich hiermit nicht befasst.

(Wolfgang Rose SPD: Hört, hört!)

Damit sollte sich der Senat aber befassen, und nicht nur zu Wahlkampfzeiten. Die Zahlen beweisen doch, dass die Eigenregulierung des Marktes zur Erhaltung menschenwürdiger Entlohnung nicht reicht. Hier muss ein gemeinwohlorientierter Senat Initiative ergreifen. Für die Vertreter der CDU in der Bürgerschaft, die stets die Initiativen zur Einführung gesetzlicher Mindestlöhne abgelehnt und darauf verwiesen haben, man müsse innerhalb des Hamburger Kompetenzbereichs nach Lösungen suchen, müsste es doch oberstes Anliegen sein, mit der Wirtschaft hierüber ins Gespräch zu kommen. Aber nichts passiert.

(Beifall bei der SPD – Hans-Detlef Roock CDU: Woher wisst Ihr das?)

Wir fordern den Senat zur Initiative auf. Unabhängig von der politisch gerechtfertigten Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn müssen vor Ort alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um Niedriglöhne zu unterbinden. Wir als Sozialdemokraten werden dies auch weiterhin vom Senat einfordern. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Frau Dr. Hochheim.

Dr. Natalie Hochheim CDU:* Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich halte es für richtig, dass die SPD heute das Thema Niedriglohnsektor zur Debatte angemeldet hat. Geringverdiener sind häufiger von Armut betroffen und von Arbeitslosigkeit bedroht. Wir sind uns hier im Hause sicherlich alle einig: Dumpinglöhne sind moralisch verwerflich.

(Vereinzelter Beifall bei allen Fraktionen)

Aber auch wenn es grundsätzlich vernünftig ist, das Thema zu debattieren, so ist der Lösungsansatz, den Frau Badde dargestellt hat, allenfalls populistisch gewinnbringend, jedoch auf jeden Fall vollkommen ungeeignet, den Menschen tatsächlich zu helfen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Denn der Lösungsvorschlag der SPD ist der Beck'sche Bundesdauerwahlkampfschlager, nämlich Mindestlohn.

(Dirk Kienscherf SPD: Ja, das ist auch richtig so!)

Wie sagt es Beck immer so schön und möchtegern sozial motiviert: Jeder, der arbeitet, muss davon leben können.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren von der SPD, wie denn von 7,50 Euro, wie denn? Das haben Sie auf Ihrem Parteitag in Hamburg beschlossen. Fakt ist, dass man eine Familie von 7,50 Euro nicht ernähren kann.

(Ingo Egloff SPD: Wir haben nichts dagegen, wenn Sie 9,50 Euro sagen. Das müssen Sie einmal Frau Merkel erklären!)

– Herr Egloff, ich komme dazu – nicht so voreilig.

Fakt ist, dass die Familien allesamt auch mit Ihrem SPD-Mindestlohn weiter von Hartz IV abhängig bleiben würden. Sie würden weiter abhängig bleiben.

(Zuruf von Ingo Egloff SPD)

– Herr Egloff, 97 Prozent der Aufstocker – schauen Sie sich einmal die Statistik an, auch Frau Badde – sind schließlich Familien. Fakt ist also ...

(Michael Neumann SPD: Und Sie wollen 10 Euro! – Zurufe von der SPD)

– Keine Hektik, Herr Neumann. Verfolgen Sie einfach meinen Gedankengang, dann werden Sie das schon mitbekommen.

Fakt ist also, dass das von Beck sozialpathetisch formulierte Ziel mit Ihrem eigenen Mindestlohn gar nicht erreicht werden könnte. Das ist doch absurd. Das Ganze, was Sie hier fordern, ist absurd.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – Ingo Egloff SPD: Und deswegen sind Sie grundsätzlich dagegen!)

Jetzt mache ich das, was Sie wollen, Herr Egloff. Jetzt mache ich das, was Sie wollen. Ich gehe diesen theoretischen Gedanken von Beck weiter. Ich spinne das einmal weiter. Jetzt machen wir einen flächendeckenden Mindestlohn, der deutlich höher ist, um das Ziel zu erreichen, nämlich die Menschen aus dem Niedriglohnsektor herauszubekommen und vom Staat unabhängig zu machen. Was muss man dann heranziehen? Man muss Hartz IV heranziehen und das auf eine Familie mit kleinen Kindern übertragen. Wenn ich das umrechne, komme ich auf weit über 10 Euro. Und jetzt rechnen wir noch ein ...

(Unruhe im Hause)

– Eine Hektik heute – hören Sie doch einfach zu, dann wissen Sie auch, wie der Gedankengang ist.

Jetzt rechnen wir einmal ein, dass Beck noch gesagt hat, dass die Menschen am gesellschaftlichen und kulturellen Leben angemessen Anteil haben sollen. Dann lägen wir noch weit höher. Ihr eigenes von Herrn Beck formuliertes Ziel, die Leute sollen von sozialen Transferleistungen nicht mehr abhängig sein, ...

(Unruhe im Hause)

(Dr. Natalie Hochheim)

– Nein, ich muss den Gedankengang weiterformulieren, Sie sind so hektisch.

(Glocke)

Sie sind so hektisch und voreilig. Da kann man nicht noch unterbrechen, sonst versteht das keiner mehr von Ihnen von der SPD.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – *Ingo Egloff SPD*: Das versteht auch so keiner!)

Wenn Sie jetzt so munter sind und sagen, Mindestlöhne könnte man auch ins Unermessliche schrauben, dann haben wir das Problem – das wird Sie sicherlich wieder nicht interessieren –, der volkswirtschaftlichen Gesetze. Die kann man nicht einfach aushebeln. Denn die Produktivität der Menschen häufig mit geringer Ausbildung entspricht schlicht oft nicht dem des benötigten Mindestlohns, um aus Hartz IV herauszukommen. Das ist es doch.

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE*: Woher wissen Sie das denn?)

– Das ist schlicht erwiesen. Das ist schlicht erwiesen.

(*Arno Münster SPD*: Das ist eine Frechheit, was Sie da machen, nichts anderes!)

Wenn Sie sich einmal die Mühe machen würden, volkswirtschaftliche Gutachten zu lesen, dann wüsten Sie es. Die halbherzigen Vergleiche, die gern mit Volkswirtschaften anderer Länder gemacht werden, hinken. Die kann man nicht einfach vergleichen.

Wenn wir das einfach so machen würden, alle volkswirtschaftlichen Gesetze einfach außer Acht zu lassen, so wie die SPD das möchte,

(Zuruf: Ja, was machen sie dann?)

dann wäre die Folge ...

– Das kann ich Ihnen sagen. Dann müssten wir Arbeitsplätze abbauen.

(*Dirk Kienschurf SPD*: Kommen Sie doch einmal zum Punkt! Was wollen Sie uns eigentlich mitteilen?)

Gerade in Zeiten der Globalisierung gibt es viele Wege Arbeitsplätze abzubauen: Verlagerung der Produktion ins Ausland, Schwarzarbeit oder bestimmte Dienstleistungen würden gar nicht mehr angeboten werden. Wenn Sie wie auch in Ihrer Großen Anfrage immer diesen bösen Kapitalisten, den Sie vor Augen haben, darstellen, dann irren Sie. Oftmals ist es König Kunde. In der letzten Legislatur hat Ihr arbeitsmarktpolitischer Sprecher, Herr Dees, ein interessantes Beispiel dargelegt. Er sagte immer, dass viele örtlich gebundene Güter gar nicht ins Ausland verlagert werden könnten und deshalb eine Preissteigerung durch erhöhte Lohnkosten keine Auswirkung hätte. Er nannte die-

sen Zusammenhang immer gern gebundene Blumensträuße. Aber wer sagt denn, dass König Kunde nicht statt Blumen Pralinen kauft? Wer sagt denn das, wenn Blumen so exorbitant teuer geworden sind? Wer sagt das?

(*Ingo Egloff SPD*: Was wollen Sie denn nun eigentlich? Sagen Sie doch einmal, was Sie wollen! 10 Euro oder 12 Euro?)

– Herr Egloff, bei den Tante-Emma-Läden war es doch nicht anders. Da entschied doch auch König Kunde. Da hilft auch kein staatlicher Eingriff.

Herr Egloff, es genügt nicht, lautstark Mindestlöhne für alle und mehr Geld für Hartz IV et cetera zu fordern. Ein schnelles Patentrezept, um mehr Menschen davor zu bewahren,

(*Ingo Egloff SPD*: Deswegen machen Sie gar nichts!)

auf staatliche Transferleistungen angewiesen zu sein, ...

– Nein, Herr Egloff, ich komme dazu. Jetzt wird es auch langsam ein bisschen lächerlich. Verfolgen Sie meinen Gedankengang.

(*Ingo Egloff SPD*: Wer ist denn das? Das ist doch Ihre Kanzlerin, die das verhindert!)

– Herr Egloff, verfolgen Sie meinen Gedanken- gang. Dann kommen Sie auch weiter.

Es reicht eben nicht, wenn man den Menschen helfen möchte, mit billigen Patentrezepten zu kommen. Das, was Sie darlegen, ist nichts anderes als ein billiges Patentrezept.

(*Ingo Egloff SPD*: Komischerweise funktioniert das in anderen europäischen Ländern!)

Außerdem – wenn wir jetzt gerade hier sind und Sie sich als SPD so brüsten: Wie war das denn mit der Ausweitung des Niedriglohnbereichs? War das nicht die Agenda 2010 von Gerhard Schröder, dem SPD-Kanzler?

(*Ingo Egloff SPD*: Haben Sie die nicht mitgemacht?)

Es war also politisch motiviert, genau den Bereich, den Sie hier darlegen, auszuweiten. Und Sie stellen sich heute hier hin und sagen, das sei alles moralisch verwerflich, die Agenda 2010 war es.

Was war der Grund? Der Grund war, dass gesagt worden ist: Lieber Niedriglohn mit zusätzlichen Sozialleistungen als vollkommen arbeitslos ohne Perspektive. Das war die Devise der Agenda 2010. Wenn Sie sich jetzt davon distanzieren wollen – in Wirklichkeit hat diese Devise ihre Gültigkeit nicht verloren.

(Beifall bei der CDU)

Ihre Problematik, jetzt auf den Arbeitgeber verlagern zu wollen nach dem Motto "Wir von der Politik

(Dr. Natalie Hochheim)

haben die Arbeitslosen mit der Agenda 2010 in den Niedriglohnsektor gebracht, jetzt ist es Deine Sache, lieber Arbeitgeber, woher Du das Geld nimmst, um so viel zu zahlen, dass sie aus staatlichen Transferleistungen ganz herauskommen." ist politisch nicht sauber.

(Ingo Egloff SPD: Das ist doch politisch verquer! – Christiane Schneider DIE LINKE: Sie haben doch keine Ahnung!)

Wenn wir den Menschen helfen wollen, dauerhaft aus dem Niedriglohnbereich herauszukommen, muss die Politik an die Wurzel des Problems. In diesem Zusammenhang ist insbesondere der Bildungsbereich zu nennen. Denn das Problem im Niedriglohnbereich ist, dass die Menschen eben nicht so gut ausgebildet sind. Aktuell sind zwei Drittel der Langzeitarbeitslosen ohne Berufsausbildung. Ein Drittel hat noch nicht einmal eine Schulausbildung. Hier muss angesetzt werden, Herr Egloff.

(Ingo Egloff SPD: Deshalb haben Sie auch die Möglichkeit, den Hauptschulabschluss nachzuholen, abgeschafft!)

Und nicht mit staatlichem Dirigismus. Eine gute Bildung ist das wirksamste Instrument, die Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern und aus dem Niedriglohnbereich herauszukommen. Zudem kann auch eine gute Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik die Weichen für ein erfolgreiches Wirtschaftswachstum stellen. Dort müssen wir weiterarbeiten und insbesondere berufliche Qualifizierungs- und Bildungsmaßnahmen ausweiten.

Zu guter Letzt noch ein konkretes Beispiel aus dem Niedriglohnsektor, weil Sie eben gesagt haben, sie verstünden das nicht so ganz:

(Arno Münster SPD: Nun hören Sie doch bitte auf, das kann doch nicht wahr sein!)

Seit einiger Zeit boomt in Hamburg die Logistikbranche. Die Unternehmer suchen händeringend Lagerarbeiter. Statt Niedriglöhnen werden hier schon 10 Euro und mehr gezahlt, und das ganz ohne festgelegten Mindestlohn, sondern durch eine funktionierende Wirtschaft. Das ist immer der Schlüssel und das Geheimnis die Menschen dort herauszuholen: Eine funktionierende Wirtschaft in Kombination mit Bildung.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Frau Möller.

Antje Möller GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das haben wir in der Bürgerschaft schon manchmal gemacht, dass wir uns mit der letzten Debatte noch so etwas ganz Besonderes geleistet haben.

(Dirk Kienscherf SPD: Das war dieser Redebeitrag eben!)

Ich glaube, dass wir heute auch eine sehr besondere Debatte führen. Bei der SPD ist mir nicht so ganz der Übergang von den Laogai-Lagern über Menschenrechte, Menschenwürde, Arbeit ist Würde und dann zum Thema Niedriglohn eingängig gewesen. Dann hat Sie überrascht, was Frau Hochheim zu den Dumpinglöhnen gesagt hat. Dazu muss ich sagen: Das hat der Vorgängersenator Uldall schon – nicht nur hier, sondern auch sonst – öffentlich gesagt: Dumpinglöhne verurteilt er. Das war nicht so ganz überraschend. Aber insgesamt bilden wir mit diesen beiden Beiträgen – und wahrscheinlich mit meinem und mit dem der LINKE auch – genau die Debatte ab, die bundesweit gerade geführt wird. Im Ernst weiß doch niemand – das Stichwort Gewerkschaften muss ich jetzt auch einmal loswerden, denn die wissen es irgendwie auch nicht:

(Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE: Oh, oh!)

Wo fängt man denn eigentlich bei diesem Thema an? Wo wollen Sie denn welchen Hebel drücken, damit wir von diesen Löhnen wegkommen, die zu wenig zum Leben und zu viel zum Sterben sind, um das einmal so platt zu sagen? Das ist doch die Frage.

Zur bundespolitischen Debatte: Das wissen Sie auch, wir wollen genauso wie Sie Mindestlöhne. Die Argumentation der CDU dagegen – Sie sind auf der Bundesebene als Große Koalition nicht sonderlich erfolgreich. Dafür will ich Sie nicht schelten.

(Ingo Egloff SPD: Das gilt ja der CDU! – Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Wir werden sehen, was wir in Hamburg hinbekommen. Aber, ich finde, es fehlt noch ein bisschen an konkreten Vorschlägen. Ich möchte deswegen einfach noch einmal einen anderen Aspekt ansprechen. Wir hatten im Übrigen auch vorhin bei der Pflegedebatte schon Ansätze, vor allem durch Herrn Rose, eingeführt. Auch da geht es um das Thema Niedriglohn. Da sehe ich zum Beispiel das Thema Menschenwürde nicht beim Thema Arbeit, sondern eher bei den Menschen, die gepflegt werden müssen, und bei deren Würde. Also da machen wir das Thema in die Richtung weiter auf. Es gibt aber eine aktuelle Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, das die Frage untersucht hat, wo Geringverdienende, die im Jahre 1989, also vor zehn Jahren, einen Vollzeitjob hatten, eigentlich heute stehen. Das zeigt, wie dramatisch sich unser Arbeitsmarkt gerade entwickelt. Nur jeder Achte von diesen damals Befragten hat nach sechs Jahren den Aufstieg geschafft, ist also sozusagen in einem Vollzeitjob in ein Lohnniveau angestiegen, von dem die Familie ernährt werden

(Antje Möller)

kann. Jeder Dritte war im Jahre 2005 auch noch ein vollzeitbeschäftigter Geringverdiener. Das heißt also, dass trotz Berufsausbildung und trotz Studienabschluss möglicherweise der Niedriglohnbereich viel öfter eine berufliche Sackgasse ist als ein Sprungbrett. Da haben Sie zu Recht benannt, dass der Senat die Fragen, die Sie ihm dazu gestellt haben, nicht beantwortet hat. Das kann er nicht, weil die Statistiken bei der Arbeitsagentur geführt werden. Sie kennen die Statistiken auch. Sie wissen auch, dass – um einmal auf Hamburg zurückzukommen – in Hamburg die Zahl der Menschen, die zusätzlich zum Vollzeiteinkommen ergänzende Hilfe benötigt, ständig steigt. Das wollen wir verändern. Das ist Teil der Arbeitsmarktpolitik, die wir uns vorgenommen haben. Damit können wir für Hamburg ein Signal setzen.

Aber wie weit wir uns bundesweit bei dem Thema der Debatte überhaupt voranbewegen, ob nun in dieser jetzigen Koalition oder mit Beginn der neuen Legislaturperiode auf Bundesebene, das vermag ich hier nicht einzuschätzen. Ich glaube aber, dass es nicht reicht, immer nur Gespräche mit Handelskammer, Handwerkskammer und anderen Beteiligten auf dem Arbeitsmarkt zu führen. Sondern ich glaube, dass auf der Bundesebene eine Entscheidung getroffen werden muss, so wie sie in anderen europäischen Ländern auch getroffen wurde, und dass wir dann auch hier in Hamburg mehr dafür tun können, dass sich die Branchen, die von uns beschäftigt werden und von uns Aufträge bekommen, auch in Richtung eines verträglichen Lohns bewegen. Dann kann Politik auch aktiv werden. Aber die Einigung auf Bundesebene muss kommen und die werden wir hier und auch an anderer Stelle immer wieder einfordern. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Baum.

Elisabeth Baum DIE LINKE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wieder einmal sind Mindestlohn und Dumpinglöhne das Thema. Man sollte meinen, wir haben kein anderes Hobby. Ich habe hier schon einmal erwähnt, dass es traurig genug ist, dass wir in dieser Stadt überhaupt über Mindestlöhne und Dumpinglöhne sprechen müssen. Traurig genug ist es auch, dass wir immer noch über die Einführung diskutieren. Die Höhe ist selbstverständlich auch wichtig. 7,50 Euro sind selbstverständlich zu wenig zum Leben. Aber es ist doch wenigstens ein Anfang und ein Einstieg. Wir haben nämlich noch nicht einmal das.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Es gibt auch in Hamburg unabhängig von Stadtteilen und Branchen Firmen, die ihre Mitarbeiter dermaßen menschenunwürdig bezahlen, dass es jeder Beschreibung spottet. Nichtmedizinische Heil-

berufe in sehr gut angesehenen und gut situierten Stadtteilen in Hamburg, zum Beispiel in Poppenbüttel: 4,68 Euro für eine 40-Stunden-Woche. Wie soll man davon leben? Renommierete Hamburger Unternehmen, die ihre Mitarbeiter so schlecht bezahlen, dass sie tatsächlich Transferleistungen beantragen müssen, und zusätzlich auch noch so unflexible Arbeitszeiten haben, dass sie noch nicht einmal einen Zweitjob annehmen können – ist das kaufmännisch, ist das hanseatisch?

Wieder einmal ist es so, dass es überwiegend die Frauen trifft. Wie Sie wissen, komme ich aus dem Einzelhandel. Bei uns ist das Usus: Geringfügig Beschäftigte, 70 Prozent Frauen. Bewirbt sich jemand bei uns und es ist eine Frau, wird es mit viel Glück ein Teilzeitjob, aber überwiegend eine geringfügige Beschäftigung und dann auch noch befristet. Wie soll denn jemand, ob Frau oder Mann, das ist doch egal, aus diesem Karussell herauskommen – ohne Mindestlohn, ohne eine wirkliche Entfristung und überhaupt ohne Chancen auf regelmäßige Teilhabe an dieser Gesellschaft, mit vernünftigen Löhnen, die zum Auskommen reichen? Ich finde es sehr mühselig, immer wieder die gleiche Debatte zu führen. Wir sollten uns in dieser Beziehung wirklich einig sein und endlich einen Mindestlohn fordern, und zwar einen gesetzlichen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Rose.

Wolfgang Rose SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Blömeke, ich möchte Ihnen noch eine Antwort geben auf das, was Sie vorhin gesagt haben, nämlich dass wir das Thema hätten anders definieren sollen, weil Sie so keine Chance hatten, darauf einzugehen. Es ging Ihnen um die Frage, wie man den Zusammenhang zwischen Pflegequalität und dem Thema Privatisierung in der Pflege erkennen sollte. Ich kann Ihnen sagen: Es gibt einen ganz engen Zusammenhang zwischen dem Thema Pflegequalität und Privatisierung, weil die Privatisierung in Hamburg konkret sehr starke Auswirkungen darauf hatte, dass die Pflegequalität und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten schlechter geworden sind. Weil das so ist, haben wir beides miteinander verknüpft. Ich finde, diesen Zusammenhang sollten Sie auch sehen. Und damit sind wir genau bei dem Thema, um das es jetzt auch geht, nämlich bei der Frage der Niedriglöhne.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich will einmal bei diesem Punkt ansetzen: Die deutsche Gesellschaft driftet – und das ist eine allgemeine Erkenntnis, die man in diesen Tagen in den Medien überall gewinnen kann – zusehends immer mehr auseinander. Die Mittelschicht

(Wolfgang Rose)

schrumpft und zerfällt. Die Schere zwischen den hohen und den niedrigen Einkommen öffnet sich immer weiter, selbst in der aktuellen Aufschwungphase. Das beliebte Motto, dass sich Leistung lohnen soll, trifft für große Teile der erwerbstätigen Menschen heute weniger zu denn je. Und das gilt auch in Hamburg. Diese Entwicklung gefährdet die Verfassung unserer Gesellschaft und die Verfassung unserer Stadt. Denn diese Verfassungen sind nicht auf Spaltung, sondern auf Zusammenhalt ausgerichtet. Darum gibt es politischen Handlungsbedarf und deswegen haben wir das Thema und diesen Antrag auch in diese Bürgerschaft eingebracht.

(Beifall bei der SPD und bei *Elisabeth Baum*
DIE LINKE – Antje Möller GAL: Das war kein Antrag, sondern eine Anfrage!)

– Okay, okay. Ich übe noch. Einverstanden?

(Zuruf von *Jens Kerstan GAL*)

– Jens Kerstan hilft mir dabei.

Der Grund dafür liegt entgegen der flotten Sprüche von CDU/CSU, FDP und von Kapitaleseite nicht daran, dass den Menschen zu wenig netto vom Brutto verbleibt. Das ist das, was wir von Ihrer Seite permanent hören. Denn die Beiträge zu den Sozialversicherungen und auch die Steuern kommen den Leuten schließlich über das Gemeinwohl wieder zugute, jedenfalls dann, wenn eine gute und gerechte Politik dafür sorgt. Steuern und Sozialabgaben wurden in den letzten Jahren per Saldo bereits deutlich gesenkt. Das haben wir vorhin bei der Steuerdebatte schon zur Kenntnis genommen. Diese Parolen vom Netto sollen nur von dem eigentlichen Skandal ablenken, dass die Menschen von vornherein viel zu wenig an den Werten teilhaben, die sie durch ihre Arbeit schaffen, also von dem Brutto. Die Reallöhne sind in den vergangenen Jahren gesunken, und zwar vor allem bei den Menschen, die sowieso schon wenig haben. Wenn Sie mir jetzt entgegenhalten, dass das schließlich Sache der Gewerkschaften sei ordentliche Löhne auszuhandeln, dann wissen Sie natürlich genau, dass man in manchen Branchen schlicht keine Waffengleichheit mehr zwischen den Tarifparteien hat und es eine immer noch hohe Arbeitslosigkeit gibt, die der Kraft der Gewerkschaften und der Arbeitnehmer dabei enge Grenzen setzt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Eine Arbeitslosigkeit übrigens, die – das kann man nicht häufig genug wiederholen – nicht eine Folge zu hoher Löhne ist, wie es uns die neoliberalen Milchmädchenrechner stets weismachen wollen, sondern im Gegenteil zu niedriger Löhne. Denn noch immer wird der Konjunkturaufschwung bei uns weitgehend vom Export getragen, während die Umsätze des Einzelhandels im vergangenen Jahr sogar um 6 Prozent zurückgingen. Da schließt sich der Kreis zu dem Beitrag von eben, weil das die

Ursache dafür ist, dass unsere Kolleginnen und Kollegen im Einzelhandel bereits über ein Jahr hinter einem Tarifabschluss hinterherlaufen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Das ist übrigens auch kein Wunder, denn gerade bei den geringeren Einkommen schlagen Einkommensverluste direkt auf den Konsum durch, denn zum Sparen bleibt sowieso nichts übrig.

Wenn wir von Niedriglöhnen reden, dann reden wir von Stundenlöhnen, die im Schnitt bei 6,89 Euro liegen, und zwar in Westdeutschland. Das heißt, wir reden nicht von Einkommen, die etwas bescheidener sind, sondern wir reden von Einkommen, von denen man schlicht nicht würdig leben kann und mit denen man von der sozialen und kulturellen Teilhabe an der Gesellschaft weitgehend ausgeschlossen bleibt. Wir reden, um es deutlich zu sagen, von Armutslöhnen. Aktuell beziehen knapp 1,3 Millionen Menschen in Deutschland zusätzlich zu ihrem Lohn Arbeitslosengeld II, weil der Lohn nicht zum Leben reicht. In Hamburg sind es über 30 000 und die Zahl steigt rasant. Dieser indirekte Kombilohn und die stille Subventionierung der Unternehmensgewinne aus Steuermitteln sind völlig unakzeptabel und skandalös. Sie dürfen nicht dauerhaft hingenommen werden.

(Beifall bei der SPD, der GAL und der LINKEN)

Von konservativer Seite ist diese Entwicklung in den letzten Jahren allerdings immer wieder gefordert worden. Wir brauchen einen größeren Niedriglohnsektor, hieß es, denn nur so sei die Arbeitslosigkeit angeblich zu bekämpfen. Das Versprechen lautete:

"Wer sich auf einen Billigjob einlässt, der wird schon bald aufsteigen können und eine besser bezahlte Tätigkeit bekommen."

Doch die aktuelle Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zeigt ganz klar, dass dieses schöne Bild vom Niedriglohnjob als Sprungbrett in die Höhe ein Trugbild ist. Es gibt kein Sprungbrett, es gibt für die allermeisten noch nicht einmal eine Leiter. Nur jeder achte Betroffene konnte in den letzten Jahren die Niedriglohnschwelle überwinden. Wie so viele der neoliberalen Heilsversprechen hat sich auch dieses in der Wirklichkeit als falsch erwiesen.

Aber vielleicht geht es auch gar nicht um die realen Verbesserungen. Mir scheint, wir haben es in Deutschland seit einigen Jahren vielmehr mit dem Versuch zu tun, den sozialen Konsens unserer Nachkriegsordnung nach und nach auszuhöhlen und stattdessen wieder klare Klassenunterschiede zwischen einer wohlhabenden Oberschicht einerseits und einer breiten Masse dienstbarer und untertäniger Geister andererseits zu etablieren. Dafür

(Wolfgang Rose)

symptomatisch sind auch die mageren Antworten des Senats auf unsere Anfrage zur Lage in Hamburg. Wie die Kollegin Badde schon treffend feststellte, dokumentieren Sie ein offenkundiges Desinteresse an diesem Thema.

Jedenfalls können Sie, meine Damen und Herren von der CDU und auch von der GAL, sich nicht darauf zurückziehen, dass die Hamburger Politik da leider nichts tun könne. Es gibt vieles, was für Hamburg möglich ist. Sie können und müssen – das ist schon mehrfach gesagt worden – endlich Ihren Widerstand gegen einen gesetzlichen Mindestlohn aufgeben. Das trifft nach dem letzten Beitrag für die CDU zu. Ihr Gegenargument, dass Mindestlöhne angeblich Arbeitsplätze kosten, ist entweder eine Milchmädchenrechnung oder ein Erpressungsversuch von Konzernen – wie beim Beispiel der Briefzustellung bei der Post. Die empirische Wirklichkeit in allen europäischen Ländern mit Mindestlöhnen belegt, dass sie dort eher Arbeitsplätze schaffen helfen, als dass sie welche kosten. Frau Hochheim, diese 20 europäischen Länder sind nicht welche, die nicht rechnen können, sondern sie haben seit vielen Jahren diese Mindestlöhne und diese sind im Schnitt höher, als sie in Deutschland sind. Wenn Sie sich die Situation in Großbritannien seit 1999 anschauen, dann werden Sie feststellen, dass die Zahl der Arbeitsplätze dort gestiegen ist, nachdem die Mindestlöhne eingeführt worden sind, und dass dort ein System vorhanden ist, das von den Arbeitgebern dort für richtig empfunden worden ist, und zu dem die Arbeitgeber erklären, dass es dazu führt, dass der Wirtschaftsaufschwung durch Mindestlöhne unterstützt wird.

Und da können Sie sich nicht hier hinstellen und sagen, das Gegenteil sei der Fall, wir brauchen keine Mindestlöhne, die würden die Arbeitsplätze vernichten.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und bei Farid Müller GAL)

70 Prozent der Bevölkerung und übrigens auch 70 Prozent in diesem Parlament befürworten die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen und das sind nicht alles mathematische oder wirtschaftliche Dummköpfe. Es ist an der Zeit – und das ist eine Handlungsmöglichkeit, die man nicht nur auf die Bundesebene abschieben kann –, dass zum Beispiel der Bundesratspräsident dafür sorgt, dass die Bundesratsinitiative, die von Rheinland-Pfalz ausgegangen ist, unterstützt wird und dafür gesorgt wird, dass Hamburg zu denjenigen gehört, die aufgrund der Situation in dieser Stadt Mindestlöhne auf Bundesebene entsprechend unterstützen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Sie können zweitens durch eine aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik und durch den sinnvollen Ausbau öffentlicher Beschäftigung dazu

beitragen, dass sich das Lohnniveau mit neuen sozialversicherungspflichtigen Jobs stabilisiert.

Sie müssen drittens auf Bundesebene dafür streiten, dass das Urteil des Europäischen Gerichtshofs gegen die Tariftreue Regelung seine destruktive, seine Lohn drückende Wirkung nicht bei uns entfalten kann, gegebenenfalls durch europäische Initiativen, auf die man auch von Hamburg aus einwirken kann.

Last, but not least komme ich auf das Thema von vorhin zurück. Stoppen Sie die Privatisierungen, die in der Vergangenheit in dieser Stadt stets zu Lohndumping geführt haben. Damit hätten Sie schon einiges erreicht, um das Abrutschen der Löhne und Gehälter in Hamburg zu verhindern. Halten wir also fest: Sie können etwas tun – vieles davon steht übrigens im Wahlprogramm der GAL –, wenn Sie es nur wollen, dann ist es Ihnen möglich, von Hamburg aus zu Initiativen zu kommen. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Hochheim.

(Arno Münster SPD: Geht das schon wieder los!)

Dr. Natalie Hochheim CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich wundere mich sehr, dass sich die Gewerkschaften freiwillig die Tarifautonomie von der Politik entreißen lassen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind uns alle einig in der Frage, dass man gegen Dumpinglöhne angehen muss. Es gibt hierfür auch eine Grundlage, nämlich das Entsendegesetz von 1952. Da sind wir uns einig und das ist auch ausreichend.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das sieht man ja! – Präsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Das, was Sie hier als Wahlkampfschlager versuchen, im Vorgriff auf den Bundeswahlkampf darzulegen und auch bundesweit immer positionieren, ist, dass Sie so tun, als könne man mit dem Mindestlohn jegliche Probleme des Niedriglohnssektors beseitigen und das geht eben nicht.

(Beifall bei der CDU)

Denn wenn man das so machen würde, wie Sie sagen, dass alle auf einmal aus dem sozialen Transferleistungssystem draußen sind, dann hat man das Problem, dass das in die Volkswirtschaft eingreift und dann tatsächlich und nachweislich Arbeitsplätze kostet und damit treffen Sie genau die Menschen, von denen Sie hier vorgeben, dass Sie für sie eintreten wollen.

(Dr. Natalie Hochheim)

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Das ist richtiger Unsinn!)

Das ist eine Politik, die fatal, kurzsichtig und nur darauf aus ist, kurzfristigen Wahlkampf für 2009 zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Möller.

(Michael Neumann SPD: Es gibt auch heute noch ein Fußballspiel!)

Antje Möller GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Herr Rose, ich stelle noch einmal die gleiche Frage von vorhin. Welche Debatte führen wir eigentlich? Wen meinen Sie, wenn Sie uns aufrufen, etwas für den Mindestlohn zu tun. Es gibt viele eigene Nasen, an die sich hier gefasst werden muss.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Es ist absurd, wenn wir eine Debatte führen, die eigentlich auf Bundesebene geführt werden muss. Da kommen Sie mit der CDU nicht klar. Hier haben wir Ansätze mit der CDU vereinbart, die man in Hamburg umsetzen kann. Was würde es uns helfen, wenn es eine hamburgische Bundesratsinitiative geben würde.

(Ingo Egloff SPD: Es gibt eine aus Rheinland-Pfalz! Die müssen wir unterstützen!)

– Ja, und dann wird sie wieder von der großen Koalition ausgesessen. Es ist doch absurd, das jetzt auf den Bundesrat zu schieben.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Ich finde andere Modelle überlegenswert. Großbritannien hat diese Mindestlohnkommission. Es sitzen Sozialpartnerinnen und Sozialpartner, Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen zusammen mit der Politik, mit der Industrie. Lassen Sie uns an so etwas stricken. Vielleicht kann man das in Hamburg auch konkret umsetzen. Aber sich gegenseitig die Bälle zuzuschieben, finde ich wirklich lächerlich bei dieser Debatte. Wir kommen doch damit insgesamt nicht weiter.

Die zweite Frage in diesem Zusammenhang: Was machen wir eigentlich mit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs, dass wir die in Hamburg geltenden Löhne, wenn wir denn in allen Branchen gute hätten, bei Ausschreibungen überhaupt nicht nutzen können, weil sie wettbewerbswidrig sind. Es reicht also nicht, in Hamburg etwas zu tun. Wir haben bestimmte Dinge vereinbart, die wir umsetzen wollen. Es muss auf Bundesebene etwas passieren und dafür muss eine gesellschaftliche Mehr-

heit geschaffen werden und damit haben wir alle etwas zu tun. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Joithe-von Krosigk.

(Frank Schira CDU: Wie viele Seiten haben Sie da? – Gegenruf von Michael Neumann SPD: Große Buchstaben!)

Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das erklärte Ziel der Agenda 2010 war es, die Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland zu stärken. Der Kollege Rose hat dazu geredet. Dazu gehört es vor allem, den Niedriglohnsektor drastisch auszudehnen und das ist mit Hilfe des SGB II erfolgreich gelungen. Paragraf 10 SGB II zwingt Erwerbslose, jeden noch so niedrig dotierten Job anzunehmen. Anderenfalls wirkt Paragraf 31 SGB II mit existenzbedrohenden Sanktionen. Die Hauptinitiatoren der Agenda 2010 beweinen nun den Erfolg ihrer Reformen.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Richtig!)

Bei einer Veranstaltung der SPD im Dezember 2004 in Poppenbüttel – Herr Egloff, Sie erinnern sich daran –

(Ingo Egloff SPD: Wahrscheinlich Sie besser als ich!)

schwadronierte der ehemalige Bürgermeister Ortwin Runde über die vielen Arbeitsplätze, die die sogenannte Reform schaffen würde. Heute beklagt seine Hamburger SPD die hohe Anzahl der Geringverdienenden in Hamburg. Es wechseln die Zeiten. Wir begrüßen den Sinneswandel innerhalb der Hamburger SPD.

(Beifall bei der LINKEN – Wolfgang Beuß CDU: Das war ein Lob!)

Sozial ist, was Arbeit schafft. So steht es im Wahlprogramm der Hamburger CDU. Wir sprachen schon einmal darüber. Wir werden darüber auch noch öfter sprechen. Egal, zu welchen schlechten Bedingungen, zu welchem Hungerlohn, mit welchen Befristungen. So hätten es wohl diejenigen gerne, denen kein Dumpinglohn niedrig genug, kein Lohn zu gering ist.

Dass jeder Hartz-IV-Geschädigte dieser Willkürlichkeit der ARGE ausgeliefert ist, dient als Drohkulisse. Wer noch in Arbeit steht, akzeptiert schlechtere Arbeitsbedingungen, um den Job zu behalten und nicht zu den Ausgegrenzten zu gehören. Die Aufforderung des Arbeitgebers, zum Hungerlohn zusätzlich Transferleistungen zu beantragen, wird dann sogar als sozialer Hinweis gewertet. Da gebe ich Ihnen recht, Herr Kollege Rose, dass nur ein flächendeckender gesetzlicher Min-

(Wolfgang Joithe-von Krosigk)

destlohn, von dem Mann und Frau leben können, dem Einhalt gebieten kann.

Nach Auffassung einer Expertengruppe des Bundesfinanzministeriums sollen Langzeiterwerbslose zur Arbeit verpflichtet werden. Das entnehme ich einem Artikel aus der "Süddeutschen Zeitung" vom 30. Mai. Dadurch werde es zu einem Verfall der Löhne kommen, sagte der Vorsitzende dieser Gruppe, der Kölner Finanzwissenschaftler Clemens Fuest. Um dies auszugleichen – so Fuest –, müsse der Staat den Beschäftigten den Lohn aufstocken oder den Arbeitgebern Zuschüsse zahlen. Vom Hungerlohn zum Kombilohn, Profit auf Kosten des Steuerzahlers. Dazu sagt die LINKE ganz eindeutig Nein.

(Beifall bei der LINKEN)

Der ehemalige Senator für Wirtschaft, Gunnar Uldall, heute schon einmal erwähnt, appellierte an die Hamburger Gebäudereiniger-Unternehmen, freiwillig gerechte Löhne – was immer das sei – zu zahlen, nachdem ruchbar wurde, dass eine Hotelreinigungskraft für einen Stundenlohn von etwas über 2 Euro in einem Hotel mit hohem Standard die Zimmer reinigte.

Zur Erinnerung: Die Erwerbslosen werden zur Arbeitsaufnahme gezwungen, bei den "Sklavenhändlern" setzt man auf hanseatische Kaufmannsmoral und Freiwilligkeit. Darüber sollte man bei Gelegenheit einmal nachdenken.

(Wolfgang Beuß CDU: Was soll das denn heißen?)

Die Privatisierung großer Bereiche der Daseinsvorsorge tut ein Übriges. Man muss sich über das rasche Wachstum des Niedriglohnbereichs in Deutschland nicht wundern. Die bereits privatisierte Deutsche Post will alle Filialen schließen und setzt auf Dependancen im Lebensmittel- und in Lottoläden. Da muss man dann nicht mehr auf den Tariflohn Rücksicht nehmen. Das spart Kosten und setzt Arbeitskräfte frei und Verbraucher und Beschäftigte haben das Nachsehen – Rendite um jeden Preis. Das ist übrigens Bundespolitik. Wehren wir uns dagegen. Schluss mit den Privatisierungen und Schluss mit den Hungerlöhnen. Noch eines: Wer Hungerlöhne zahlt, ist asozial. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Egloff.

(Jörn Frommann CDU: Beck muss weg!)

Ingo Egloff SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Möller, Sie fordern hier eine sachliche Debatte über diese Frage und fragen, was können wir von Hamburger Ebene aus

tun. Es liegt im Bundesrat eine Initiative des Landes Rheinland-Pfalz vor und es gibt weitere Initiativen der Länder Bremen und Berlin. In dieser Initiative aus Rheinland-Pfalz ist genau das enthalten, was Sie gefordert haben und was in anderen Ländern praktiziert wird, nämlich der Vorschlag einer Kommission, die dann aus gesellschaftlichen Gruppen besetzt wird und darüber zu entscheiden hat, in welcher Höhe die Mindestlöhne festgelegt sind. Das ist ein konkreter Vorschlag, wie man dieses Thema in Deutschland organisieren kann und weil Sie als GAL mit im Senat sitzen, haben Sie natürlich eine Verantwortung, in Richtung Bundesrat, wo Herr von Beust im Moment der Präsident ist und wo Sie die Möglichkeit haben, zumindest zu versuchen, auf Ihren Koalitionspartner Einfluss zu nehmen, dieser Initiative zuzustimmen, um dann eine vernünftige Lösung hinzubekommen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Michael Neumann SPD: Richtig! Jeder vor seiner Tür!)

Frau Hochheim, man kann sich hier hinstellen und sagen, 7,50 Euro sind zu wenig. Darüber kann man sich unterhalten, aber hier ist zu Recht gesagt worden, dass man irgendwo eine Untergrenze ziehen muss. Wenn der Durchschnitt bei 6,69 Euro liegt, wie der Kollege Rose ausgeführt hat, dann gibt es bei diesem Durchschnitt Branchen, die deutlich darunter liegen und das ist doch das Problem, das wir haben. Das heißt, wir müssen erst einmal anfangen und nicht so tun, als würde das christliche Abendland untergehen, nur, weil wir in Deutschland als 21. Staat der Europäischen Union den gesetzlichen Mindestlohn einführen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Es sind doch nicht alles volkswirtschaftliche Blödmänner in Großbritannien, in Frankreich, in Luxemburg, in den Niederlanden, überall, wo dieses eingeführt worden ist, sondern das ist eine ganz klare Überlegung, die dabei ist, auch den Binnenmarkt zu stärken und dafür zu sorgen, dass die Leute von ihren Löhnen leben können. Wenn Sie sich die Entwicklung in Großbritannien angucken, dann werben die Firmen heute damit, dass sie eben nicht Mindestlohn bezahlen, sondern deutlich mehr als den Mindestlohn. Das ist inzwischen ein Qualitätsmerkmal auf dem Arbeitsmarkt in Großbritannien und das ist ein Beispiel, das zeigt, dass es funktioniert. Verlieren Sie endlich Ihre Hemmungen und blockieren Sie in der Bundesregierung nicht die Lösung und stellen sich dann hier hin und verlieren darüber Krokodilstränen, dass 7,50 Euro nicht ausreichen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Ahrons.

(Präsident Berndt Röder)

(Michael Neumann SPD: Ah, der Mittelstand!)

Barbara Ahrons CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich ganz energisch dagegen verwehren, einen Unternehmer als Sklavenhändler zu bezeichnen. Das ist eine Frechheit.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen uns darüber im Klaren sein, dass Arbeitsplätze durch Unternehmen geschaffen werden und dass Unternehmen nur im Wettbewerb bestehen können, also können auch die Arbeitsplätze nur im Wettbewerb bestehen.

Wenn Sie zum einen bei dem Mindestlohn – ich will jetzt gar nicht auf alle unsere Argumente eingehen, die Sie doch nicht einsehen wollen – darauf eingehen, dass es zum Beispiel in England ganz anders ist, dann müssen Sie auch sehen, dass in England die Sozialsysteme ganz anders gelagert sind. Das ist doch der Punkt. Sie müssen diese Dinge vergleichen. Sie können nicht immer Äpfel mit Birnen vergleichen.

(Dr. Monika Schaal SPD: Sie auch nicht!)

Zum anderen möchte ich Ihnen sagen, dass Sie auch einmal über die Konsequenzen nachdenken sollten.

(Michael Neumann SPD: Ständig!)

– Nein. Es ist nicht nur so, dass der Mindestlohn unter Garantie Arbeitsplätze vernichtet, weil wir als Unternehmer die Arbeitsplätze nicht mehr bezahlen können, sondern was noch viel schlimmer ist und woran Sie überhaupt nicht denken, ist, dass doch alles teurer wird. Das ist eine Schraube ohne Ende. Wenn wir jetzt mit Mindestlöhnen bei den Bäckern anfangen, wie viel soll Ihr Brot dann nachher kosten? Wie viel soll Ihre Milch kosten? Irgendwo müssen Sie einmal anfangen, die Relation richtig zu setzen. Wir müssen dahin kommen, dass wir endlich anfangen, unsere Sozialsysteme auf Steuerzahlung umzusetzen, damit Sie mehr Netto vom Brutto in der Tasche haben, denn das ist das, was wichtig sein muss.

(Ingo Egloff SPD: Dann zahlen die Unternehmer fleißig Steuern, um das zu finanzieren!)

Im Moment haben wir 29 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigte. Diese bezahlen das gesamte Sozialversicherungssystem für 82 Millionen Menschen. Das kann doch nicht angehen. Das sollten Sie sich einmal überlegen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Kerstan.

(Michael Neumann SPD: Jetzt verliert Herr Kerstan die Hemmungen!)

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Letztendlich ist es doch eine Debatte, dass Sie uns auffordern, das zu tun, was Sie selber nicht schaffen,

(Beifall bei der GAL und der CDU)

denn wenn Sie sich in der großen Koalition in Berlin gegen Ihren Koalitionspartner durchsetzen würden, dann bräuchten wir das alles gar nicht, worüber Sie heute reden. Warum haben Sie jetzt nur drei Bundesländer erwähnt, die diese Initiative im Bundesrat gestartet haben, die Sie selber führen, aber die anderen großen Koalitionen, wo Sie auf Länderebene auch drin sitzen, die sind nicht dabei. Die haben Sie eben vergessen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Insofern, meine Damen und Herren, ist das hier wirklich eine Debatte, die man führen kann, die bei der nächsten Bundestagswahl entschieden wird, aber ich glaube, dass wir in dieser Stadt eine Menge Dinge zu tun haben, bei denen wir selber etwas ändern können. Ich würde dafür plädieren, dass wir wesentlich mehr Aufmerksamkeit dafür verwenden als Sie das im Moment tun. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/258 an den Wirtschaftsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Ich stelle fest, dass das Überweisungsbegehren abgelehnt ist. Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage, Drucksache 19/258, Kenntnis genommen hat.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 12 auf, Drucksache 19/418 bis 19/421, Berichte des Eingabenausschusses.

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 19/418 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 19/419 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 19/420 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 19/421 –]**

(Präsident Berndt Röder)

Ich beginne mit dem Bericht 19/418. Hier sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten. Wer möchte diesen folgen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Bericht 19/419. Auch dieser enthält nur einstimmige Empfehlungen. Wer möchte so beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Bericht 19/420. Auch hier nur einstimmige Empfehlungen. Wer möchte diesen folgen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Bericht 19/421. Hierzu liegt mir ein gemeinsamer Antrag von CDU- und GAL-Fraktion auf Rücküberweisung in den Eingabenausschuss vor. Wer stimmt diesem Überweisungsbegehren zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Auch das ist einstimmig so beschlossen.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

Sammelübersicht*

haben Sie erhalten.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft die unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen hat.

Wer stimmt dem Überweisungsbegehren unter B zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 18, Drucksache 19/424, Senatsantrag: Informationen über den Erlass einer "Hamburgischen Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Rettungssanitäterinnen und Rettungssanitäter" in Erledigung des interfraktionellen Antrags vom 11. Mai 2006.

[Senatsantrag:

Information über den Erlass einer „Hamburgischen Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Rettungssanitäterinnen und Rettungssanitäter (HmbRettSanAPO)“ in Erledigung des interfraktionellen Antrags (Drucksache 18/4281) vom 11. Mai 2006

– Drs 19/424 –]

Wer möchte den Senatsantrag annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 26, Drucksache 19/427, Senatsmitteilung: Stellungnahme des Senats zum Er-

suchen der Bürgerschaft vom 15./16. und 17. April 2002, "Regelmäßige Unterrichtung der Bürgerschaft über die Polizeiliche Kriminalstatistik".

[Senatsmitteilung:

Stellungnahme des Senats zum Ersuchen der Bürgerschaft vom 15./16./17. April 2002 „Regelmäßige Unterrichtung der Bürgerschaft über die Polizeiliche Kriminalstatistik“, Drucksache 17/654 (Ursprungsantrag Drucksache 17/317) – Drs 19/427 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Innenausschuss überweisen. Wer möchte so beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 32, Drucksache 19/27, Antrag der SPD-Fraktion: Kleine Betriebe besser unterstützen – mehr Ausbildungsplätze durch Einrichtung einer Umlage für mehr Ausbildungsplätze.

[Antrag der Fraktion der SPD:

Kleine Betriebe besser unterstützen – mehr Ausbildungsplätze durch Einrichtung einer Umlage für mehr Ausbildungsplätze – Drs 19/27 –]

Wer möchte diesen Antrag annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist bei einigen Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 35, Drucksache 19/442, Antrag der SPD-Fraktion: Überprüfung des Bebauungsplans Wohldorf-Ohlstedt 13.

[Antrag der Fraktion der SPD:

Überprüfung des Bebauungsplanes Wohldorf-Ohlstedt 13 – Drs 19/442 –]

Mir ist mitgeteilt worden, dass aus den Reihen der SPD-Fraktion hierzu gemäß Paragraph 26 Absatz 6 unserer Geschäftsordnung das Wort begehrt wird. Der Abgeordnete Dressel hat es.

Dr. Andreas Dressel SPD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir wollen zunächst einmal festhalten, dass es in dieser Bürgerschaft eigentlich eine Mehrheit dafür gibt, diesen ökologisch und auch demokratisch unsinnigen Bebauungsplan Wohldorf-Ohlstedt 13 zu kippen, wenn – und das ist die entscheidende Fragestellung –

*Siehe Anlage 3, Seite 318

(Dr. Andreas Dressel)

(Zurufe von der CDU)

sich alle an das halten, was vor der Wahl versprochen worden ist.

(Beifall bei der SPD – *Wolfgang Beuß CDU*: Sie haben keine Mehrheit! Nehmen Sie das endlich zur Kenntnis!)

Das kann doch nicht solch ein Problem sein, sich gelegentlich auch an Versprechen zu erinnern, die vor der Wahl gegeben werden.

(Lachen bei der CDU – *Wolfgang Beuß CDU*: Populismus ist das!)

– Das wollen Sie nicht hören. Das verstehe ich nicht.

Deshalb ist die Fragestellung, was hier am 7. Februar in der Bürgerschaft passiert ist und was seit dem passiert ist. Dass Sie da nicht zur Einsicht kommen – das muss man vermutlich unterstellen –, ist anzunehmen. Sie haben sich dazu so eingelassen, auch vor Ort und in der Bürgerschaft, dass das jeder Beschreibung spottet,

(*Wolfgang Beuß CDU*: Halten Sie sich mal ein bisschen zurück!)

aber die Frage geht an die GAL:

Wir haben vor der Wahl gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort in vielen verschiedenen Veranstaltungen, und Sie auch noch länger als die Sozialdemokratie, dieses Projekt infrage gestellt und es bekämpft. Deshalb ist die Fragestellung, warum es nicht die Möglichkeit gibt, zumindest den Versuch zu machen, zu einer Neuformulierung, zu einer Überprüfung zu kommen, wie das in unserem Antrag steht und wie das auch die Bezirksversammlung Wandsbek, übrigens auch mit Zustimmung der GAL beschlossen hat. Deswegen sind wir ein wenig enttäuscht darüber,

(*Wolfgang Beuß CDU*: Das glaube ich! Keine Mehrheit!)

dass die GAL-Fraktion sich allein auf diesen sehr formalen Standpunkt zurückzieht, das ist jetzt Gesetz. In der Bezirksversammlung Wandsbek waren Sie in der Lage, mit uns gemeinsam eine Überprüfung zu beantragen und hier kneifen Sie.

(Beifall bei der SPD)

Und das, obwohl der Koalitionsvertrag genügend Möglichkeiten gibt. Sie haben dort von einer Trendumkehr beim Flächenverbrauch gesprochen, die Formulierung, die auch der CDU, wenn Sie vielleicht noch einmal zuhören wollen,

(*Olaf Ohlsen CDU*: Das Zuhören fällt uns aber schwer, Herr Dressel!)

zumindest eine gesichtswahrende Umkehr ermöglicht hätte. Die sind ja in Ihrem Koalitionsvertrag enthalten, aber die Konsequenz an dieser Stelle fehlt. Deswegen ist es richtig, dass wir das hier

auch noch einmal zur Abstimmung stellen. Ich will auch nicht verhehlen, weil Sie gesagt haben, es ginge uns nur darum, eine einzelne Abgeordnete vorzuführen und nicht in der Sache zu entscheiden,

(*Wolfgang Beuß CDU*: Ja, genau das ist die Sache!)

dass das auch ein bisschen die Diskussion diffamiert, die wir über Jahre – Frau Blömeke weiß das – auch vor Ort geführt haben.

(*Frank Schira CDU*: Frau Blömeke glauben wir das! Ihnen glauben wir das nicht!)

Nach 2003, nach dem Bürgerbegehren, nach dem Gutachten, das die Initiative zu diesem Punkt über Jahre auf den Weg gebracht hat, hat die SPD auch ihre Position überprüft. Deswegen sind wir an der Stelle der Meinung, dass es hier die Chance geben und auch genutzt werden muss, zu einer Umkehr zu kommen. An Sie noch einmal der Appell, sich dort mit an die Seite zu stellen, an der Sie die ganze Zeit gestanden haben.

(*Frank Schira CDU*: Das ist nicht einwandfrei! Das ist menschlich nicht fair!)

Ich sage Ihnen auch ganz deutlich: Die Arbeitsteilung – wir werden sicherlich in den nächsten Jahren noch mehrere solcher Diskussionen haben, wo Sie vielleicht einmal überlegen, wie Sie vorher votiert haben und wie Sie jetzt votieren – kann nicht so laufen, dass sich der oder die Wahlkreisabgeordnete enthält, sozusagen einen Rettungsversuch für die eigene Glaubwürdigkeit begeht, und die restliche Fraktion steht dann in Treue fest zur Koalition. So kann die Arbeitsteilung nicht laufen, so macht man sich politisch unglaublich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dressel, Sie sprachen über Glaubwürdigkeit in der Politik. Ich muss feststellen, dass das, was Sie eben ausgeführt haben, an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten ist.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wenn es um Glaubwürdigkeit geht, dann muss, wenn eine Schlacht geschlagen wurde, zur Glaubwürdigkeit auch gehören zuzugeben, dass sie verloren wurde

(*Ingo Egloff SPD*: Daran erinnern wir Sie bei Moorborg! – *Michael Neumann SPD*: Wer reden nicht über Moorborg!)

und den Bürgern nicht immer zu suggerieren, dass es noch weitergehen kann. So leid es meiner Frak-

(Jens Kerstan)

tion auch tut, weil es auch um ein ökologisch sehr wertvolles Gebiet geht – das war uns bewusst, deswegen haben wir auch jahrelang dagegen gekämpft –, ist jetzt der Fall, dass wir einen gültigen Bebauungsplan haben. In der Koalitionsverhandlung haben wir versucht, die Aufhebung dieses Koalitionsplans zu erreichen.

(Zuruf von Dr. Andreas Dressel SPD)

Wir haben diesen Punkt verhandelt und haben von der CDU keine Zustimmung bekommen. Was wäre denn dann die Konsequenz gewesen? Wir hätten dann sagen können, dass wir keine Koalition mit der CDU machen. Hätte das das Gebiet gerettet, Herr Dressel? Nein, das hätte es nicht, weil der Bebauungsplan in Kraft war. Jetzt sagen Sie natürlich, rein rechnerisch gibt es eine Mehrheit in dieser Bürgerschaft, um das aufzuheben.

(Michael Neumann SPD: Es gab ein offenes Koalitionsfenster! Da hätten ihr auch die Studiengebühr und das Büchergeld abschaffen können!)

Letztendlich verlangen Sie von uns, an diesem Punkt die Koalition platzen zu lassen, denn wir haben mit der CDU vereinbart, was wir in der Koalition mit Ihnen auch vereinbart haben. Eine Koalition funktioniert nur dann, wenn sich die Partner nicht mit wechselnden Mehrheiten gegenseitig überstimmen. Letztendlich verlangen Sie von uns, jetzt die Koalition platzen zu lassen, ohne dass das Gebiet gerettet wird, denn ein Ersuchen der Bürgerschaft alleine hebt einen Bebauungsplan nicht auf. Sie brauchen dafür eine regierungsfähige, handlungsfähige Mehrheit und die haben wir in diesem Hause nicht,

(Beifall bei der SPD – Michael Neumann SPD: Das stimmt!)

jedenfalls nicht in Ihrem Sinne, denn Sie mögen ja zusammen mit den LINKEN einen Antrag beschließen wollen, aber eine Regierung mit der LINKEN zu bilden, die diesen Bebauungsplan wieder aufhebt, dazu sind Sie nicht bereit. Das haben Sie mehr als oft genug erklärt.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

DIE LINKEN sind auch bereit, Anträgen zuzustimmen, aber Verantwortung in der Regierung zu übernehmen, dazu sind sie noch nicht einmal in einem Bezirk wie Eimsbüttel bereit und schon gar nicht auf Landesebene, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Bliebe also nur noch eine große Koalition.

(Ingo Egloff SPD: Und Sie der edle Ritter, der sich geopfert hat!)

In den Sondierungsgesprächen mit der CDU haben Sie immer sehr betont, dass Sie nur eine Stunde mit der CDU geredet haben, weil Sie in allen

Punkten einig waren. Das heißt also – und das ist wirklich der Punkt der Scheinheiligkeit –, dass Sie entweder diesen Punkt gar nicht angesprochen haben oder ihn nicht strittig gestellt haben. Deshalb ist Ihr Antrag zutiefst unehrlich.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Dass Sie dennoch diesen Antrag stellen und ihn noch nicht einmal zur Debatte anmelden, daran sieht man, dass es Ihnen gar nicht darum geht, öffentlichen Druck aufzubauen,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Was ist denn die ganzen letzten Wochen passiert?)

sondern Ihnen geht es schlicht und ergreifend darum, Frau Blömeke an den Pranger zu stellen,

(Beifall bei der GAL und der CDU – Dr. Andreas Dressel SPD: Da nehmen Sie sich etwas zu wichtig!)

wohl wissend, dass Frau Blömeke in ihrem eigenen Wahlkreis mit den Bürgerinnen und Bürgern geredet und gefragt hat, wie sie mit dieser Situation umgehen soll, dass wir unser Wahlversprechen nicht halten können und sie dort auf Zustimmung getroffen ist und man ihr gesagt hat, treten Sie nicht zurück. Ich muss Ihnen wirklich sagen, dass das, was Sie hier machen, nicht politisch, sondern schlicht und ergreifend menschlich unanständig ist.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Dr. Andreas Dressel SPD: Haben Sie eigentlich schon was zur Sache gesagt, Herr Kerstan?)

Das gilt natürlich in besonderem Maße und gerade auch für diejenigen, der zusammen mit Frau Blömeke jahrelang in dem Wahlkreis zusammengearbeitet hat. Herr Dressel, dass Sie das nötig haben, tut mir für Sie persönlich sehr leid.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Deshalb, meine Damen und Herren, so schmerzlich das für uns Grüne auch ist, werden wir Ihren Antrag ablehnen und Frau Blömeke wollen wir nicht zumuten, dieses wirklich billige Manöver von Ihnen dadurch zu unterstützen, dass sie zustimmt. Deshalb wird sie sich in diesem Punkt einmal enthalten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Ich gebe das Wort dem Abgeordneten Grote.

Andy Grote SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Scheinheilig ist es, glaube ich, wenn man andere politische Konstellationen, die sich anders hätten verhalten können, ins Spiel bringt. Bei der atemberaubenden Geschwindigkeit, mit der Sie an die Seite der CDU gestoßen sind, hat sich

(Andy Grote)

die Frage nicht wirklich gestellt und das wissen Sie auch selbst.

(Zurufe von der CDU – *Ingo Egloff SPD*: Aber sie verstehen sich menschlich gut!)

Sie sagen, Sie hätten wirklich hart gekämpft für dieses Thema, aber Sie konnten das in den Koalitionsverhandlungen nicht durchsetzen. Wenn ich mir den Koalitionsvertrag ansehe und sehe, wie kleinteilig und in welcher Auflistung alle GAL-Themen dort abgearbeitet sind – der letzte Träger, der noch einen Zuschuss bekommen soll, ist auch noch erwähnt – und Sie sagen, bei diesem Thema war leider keine Bewegung möglich, dann habe ich da eine andere Vermutung. So wichtig kann Ihnen der Punkt einfach nicht gewesen sein.

(Beifall bei der SPD – *Wolfgang Beuß CDU*: Deshalb haben Sie auch nur eine Stunde verhandelt!)

Insofern ist es von Ihnen auch scheinheilig, wenn Sie sagen, wir würden Frau Blömeke an den Pranger stellen. Wir stellen nicht Frau Blömeke an den Pranger, sondern Sie haben Ihre eigene Abgeordnete im Regen stehen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich ist das eine Frage, die die Glaubwürdigkeit der GAL berührt. Zu einer anderen Einschätzung kann man da gar nicht kommen. An keiner anderen Stelle in Hamburg als an dieser kann man überprüfen, welchen Stellenwert Ökologie und direkte Demokratie für die GAL tatsächlich haben. An keiner Stelle spitzt sich dieses Thema so zu. Sie haben im Koalitionsvertrag niedergelegt, dass Sie Volksentscheidungen vor Ort ernst nehmen wollen. Sie wollen den Trend beim Flächenverbrauch umkehren, Sie wollen ökologisch wichtige Flächen besser schützen. Nur, wo wollen Sie das machen, wenn nicht hier? Natürlich können Sie sich auch nicht hinter der Gesetzeskraft des B-Plans verstecken, denn selbstverständlich hätten Sie da noch Möglichkeiten, an diesen B-Plan wieder heranzugehen. Auch dieser B-Plan kann wieder aufgehoben werden.

(*Ingo Egloff SPD*: Sie müssen ihn doch nicht umsetzen! Es ist Ihre Senatorin!)

Der Weg ist da, was fehlt, ist der politische Wille. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Bevor wir zur nächsten Wortmeldung kommen, darf ich die Zuschauer und Zuschauerinnen des Hauses darauf hinweisen, dass Beifalls- und Missfallensbekundungen hier nicht gestattet sind.

Die Abgeordnete Möller erhält das Wort.

Antje Möller GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Grote, vielen Dank für Ihren Beitrag. Wenn es noch irgendeines weiteren Wortes bedurft hätte, dass es Ihnen eigentlich nur darum geht, sich an der GAL abzuarbeiten,

(*Ingo Egloff SPD*: Sie stehen nicht unter Naturschutz!)

dann haben Sie das jetzt noch einmal überzeugend dargestellt. Es geht Ihnen gar nicht um den B-Plan und um die Situation der Leute dort vor Ort.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Sind Sie so tief verletzt, dass Sie jetzt zu diesen Argumenten greifen müssen?)

– Das hat mit Verletzungen nichts zu tun, Herr Dressel. Es geht hier um Politik. Wenn ich mir als alte Abgeordnete vielleicht einmal den Hinweis erlauben darf, dass zum Beispiel der Kollege Engels miterlebt hat, – bei der SPD fällt mir jetzt niemand ein –, dass dieser B-Plan Anfang der Neunzigerjahre entwickelt wurde, und zwar von der SPD. Es ist ein SPD-Entwurf.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Zurufe von der SPD)

– Ja das stimmt, Frau Dr. Schaal und Frau Dr. Stapelfeldt waren auch schon da. Wir haben es dann in der rot-grünen Koalition sehr mühevoll gegenüber der SPD geschafft, diesen B-Plan in einer im Übrigen viel größeren Dimension, bezogen auf den Wohnungsbau, schlicht und einfach in der Schublade versenken zu lassen. Das war ein Erfolg, meine Damen und Herren.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der SPD – *Wolfgang Rose SPD*: Ja, es geht doch!)

Ich verstehe gar nicht Ihre Euphorie dabei, denn das ist Ihnen sehr schwergefallen. Das Entscheidende, worüber wir jetzt aber reden, ist, dass die Mehrheitsfraktion in diesem Hause vor der Wahl noch Fakten geschaffen hat. So wie wir bei Ihnen damals schon die Elbvertiefung schlucken mussten, hätten wir sie jetzt wieder schlucken müssen. Da gab es nur niemanden, der so offensiv und wahrscheinlich dann auch auf eine Person, vielleicht auf Herrn Kerstan zugespitzt gesagt hätte: Sie haben die Elbe verraten.

(Lachen bei der CDU)

Das ist nicht Politik. Sie verstehen nicht, dass dieses Thema für uns nicht mehr zu gewinnen war. Herr Kerstan hat recht. Wenn Sie es hätten gewinnen können, hätten Sie es versuchen können.

(*Michael Neumann SPD*: Wir hatten keine Koalitionsverhandlungen darüber!)

Wir konnten es nicht. Es ist bitter für die Leute, die dort leben. Es wird die Situation in Wohldorf-Ohl-

(Antje Möller)

stedt massiv verschlechtern. Die Frage ist erstens, in welcher Geschwindigkeit dieser B-Plan umgesetzt werden wird – damit haben wir auch alle etwas zu tun –, zweitens, wie viel Zustimmung gibt es vor Ort, das heißt im Bezirk selber, und drittens, wie ernst wollen wir eigentlich die Anliegen der Menschen vor Ort in diesem Parlament noch nehmen, wenn wir uns weiterhin auf diese Art und Weise, wie Sie das hier inszenieren, mit den Problemen auseinandersetzen.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Ingo Egloff SPD: Wir inszenieren gar nichts! Sie stimmen ab!)

Präsident Berndt Röder: Frau Dr. Schaal hat das Wort für maximal fünf Minuten.

Dr. Monika Schaal SPD:* Vielen Dank, Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Möller, Sie haben recht. Die SPD hat den Plan entwickelt, aber wir haben uns auch auf Ihren Druck davon verabschiedet. Wir haben eingesehen, dass es ein falscher Plan ist, dass durch diese ursprüngliche Planung die Natur vor die Hunde geht und dass die Lebensqualität vor Ort darunter leidet. Wir haben das auch noch einmal nachexerziert. Es gab mehrere Anhörungen. Wir haben zwei große Fachanhörungen im Umweltausschuss noch unter der Leitung von Christian Maaß gemacht, der jetzt Staatsrat ist und das möglicherweise auch noch exekutieren muss.

(Ingo Egloff SPD: Das geschieht ihm recht!)

Wir haben feststellen müssen, dass die hydrologischen Verhältnisse so sind, dass ein großes Naturgebiet nachhaltig geschädigt wird und das konnten wir natürlich nicht zulassen.

Ich verstehe Sie auch nicht, Frau Möller, denn Sie hätten Druckmittel gehabt. Sie haben alle gemerkt, meine Damen und Herren, wie sehr die CDU daran interessiert war, sich mit der GAL neue politische Optionen zu eröffnen. Da hätten Sie das doch nutzen können, um auch diesen verhältnismäßig kleinen B-Plan anders zu lenken. Sie haben es auch geschafft – Kompliment –, das Verfahren von Moorburg zumindest offenzuhalten und in Wohldorf-Ohlstedt gelingt es Ihnen nicht, einen B-Plan aufzuhalten, der kurz vor der Wahl durchgepeitscht wurde. Es mag zwar richtig sein, wenn man sagt, man könne sich nicht koalitionsunfähig zeigen, aber dieser Plan war jahrelang äußerst kontrovers und strittig diskutiert worden. Wir haben zwischen den Anhörungen auch lange Zeit gehabt und immer wieder hat es die CDU versäumt, sich mit den Argumenten auseinanderzusetzen.

(Hans-Detlef Roock CDU: Solch ein Quatsch!)

Herr Gedaschko, Sie haben sich auch nie daran beteiligt, sondern haben immer Ihre Staatsrätin geschickt.

(Frank Schira CDU: Was schlagen Sie hier eigentlich für eine Schlacht?)

Sie haben sich nicht mit den Argumenten der Gutachter, der Initiative und der Opposition auseinandergesetzt, sondern Sie haben die Gutachter diffamiert und das muss einen doch stutzig machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Unmutsäußerungen bei der CDU)

Weil Sie bei dem Plan so hartnäckig sind, frage ich mich ganz persönlich, was eigentlich dahintersteckt, dass Sie kurz vor der Wahl noch eine solch strittige Sache in einem derartigen Affentempo durchgepeitscht haben. Sind da möglicherweise schon Versprechungen an Investoren gemacht worden, von denen Sie nicht wieder zurück können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Die SPD-Fraktion hat gemäß Paragraph 36 Absatz 1 der Geschäftsordnung eine namentliche Abstimmung beantragt. Herr Hakverdi und Herr Ploog werden Sie gleich in alphabetischer Reihenfolge aufrufen. Wenn Sie den SPD-Antrag aus Drucksache 19/442 annehmen möchten, antworten Sie bitte deutlich mit Ja, wenn Sie ihn ablehnen wollen, mit Nein und wenn Sie sich enthalten möchten, antworten Sie bitte mit Enthaltung.

Ich darf nun Herrn Hakverdi bitten, zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)¹

Präsident Berndt Röder: Ist ein Mitglied des Hauses nicht aufgerufen worden? – Das ist nicht der Fall. Ich erkläre die Abstimmung für beendet. Das Abstimmungsergebnis wird jetzt zügig ermittelt und Ihnen dann mitgeteilt. Die Sitzung ist bis dahin unterbrochen.

Unterbrechung: 20:46 Uhr

Wiederbeginn: 20:48 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Bei der Abstimmung über den Antrag aus der Drucksache 19/442 gab es insgesamt 117 abgegebene Stimmen. Mit

¹Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage bei (s. Seite 306 bis 307)

(Präsident Berndt Röder)

Ja haben 52 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 64 Abgeordnete bei einer Enthaltung. Damit ist der Antrag aus der Drucksache 19/442 abgelehnt.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 37 auf, Drucksache 19/489, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE für ein Elftes Gesetz zur Änderung des Bauleitplanfeststellungsgesetzes und Antrag auf Nachwahl eines Mitglieds und dessen Vertreterin oder Vertreters für die Kommission für Stadtentwicklung.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE für ein
Elfte Gesetz zur Änderung des Bauleitplan-
feststellungsgesetzes
und**

**Antrag auf Nachwahl eines Mitglieds und des-
sen Vertreterin oder Vertreters für die Kom-
mission für Stadtentwicklung**

– Drs 19/489 –]

Wer möchte das Elfte Gesetz zur Änderung des Bauleitplanfeststellungsgesetzes aus der Drucksache 19/489 beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause?
– Den sehe ich nicht.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz auch in zweiter Lesung beschließen?
– Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist auch in zweiter Lesung einstimmig und damit endgültig beschlossen.

Wer möchte darüber hinaus dem Antrag folgen?
– Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren! Ich wünsche Ihnen einen sicheren Heimweg. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende: 20:49 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Rolf Harlinghausen, Stephan Müller und Elke Thomas

Anlage

(siehe Seite 304)

Namentliche Abstimmung
über den Antrag der Fraktion der SPD:
Überprüfung des Bebauungsplanes Wohldorf-Ohlstedt 13
Drucksache 19/442

Name	Abstimmungsergebnis	Name	Abstimmungsergebnis
Barbara Ahrons	Nein	Martina Gregersen	Nein
Kersten Artus	Ja	Andy Grote	Ja
Elke Badde	Ja	Uwe Grund	Ja
Jan Balcke	Ja	Nebahat Güclü	Nein
Elisabeth Baum	Ja	Eva Gümbel	Nein
Horst Becker	Nein	Micael Gwosdz	Nein
Ksenija Bekeris	Ja	Norbert Hackbusch	Ja
Wolfgang Beuß	Nein	Metin Hakverdi	Ja
Joachim Bischoff	Ja	Jörg Hamann	Nein
Christiane Blömeke	Enthaltung	Heiko Hecht	Nein
Olaf Böttger	Nein	Robert Heinemann	Nein
Ole Thorben Buschhüter	Ja	Roland Heintze	Nein
Wilfried Buss	Ja	Linda Heitmann	Nein
Bernd Capeletti	Nein	Klaus-Peter Hesse	Nein
Bülent Ciftlik	Ja	Dora Heyenn	Ja
Alexandra Dinges-Dierig	Nein	Natalie Hochheim	Nein
Gabi Dobusch	Ja	Jens Kerstan	Nein
Anja Domres	Ja	Dirk Kienscherf	Ja
Andreas Dressel	Ja	Thilo Kleibauer	Nein
Dieter Dreyer	Nein	Rolf-Dieter Klooß	Ja
Barbara Duden	Ja	Martina Koeppen	Ja
Ingo Egloff	Ja	Karen Koop	Nein
Gunnar Eisold	Ja	Thomas Kreuzmann	Nein
Hartmut Engels	Nein	Anne Krischok	Ja
David Erkalp	Nein	Wolfgang Joithe - von Krosigk	Ja
Britta Ernst	Ja	Harald Krüger	Nein
Thomas Felskowsky	Nein	Rüdiger Kruse	Nein
Lydia Fischer	Nein	Philipp-Sebastian Kühn	Ja
Friederike Föcking	Nein	Hans Lafrenz	Nein
Günter Frank	Ja	A. W. Heinrich Langhein	Nein
Egbert von Frankenberg	Nein	Gerhard Lein	Ja
Marino Freistedt	Nein	Dittmar Lemke	Nein
Jörn Frommann	Nein	Bettina Machaczek	Nein
Hanna Gienow	Nein	Brigitta Martens	Nein
Thies Goldberg	Nein	Lutz Mohaupt	Nein
Jens Grapengeter	Nein	Antje Möller	Nein

Name	Abstimmungsergebnis	Name	Abstimmungsergebnis
Farid Müller	Nein	Ekkehart Wersich	Nein
Wolfgang Müller-Kallweit	Nein	Monika Westinner	Nein
Arno Münster	Ja	Mehmet Yildiz	Ja
Michael Neumann	Ja		
Ralf Niedmers	Nein		
Olaf Ohlsen	Nein		
Christel Oldenburg	Ja		
Aygül Özkan	Nein		
Mathias Petersen	Ja		
Wolfhard Ploog	Nein		
Jan Quast	Ja		
Ties Rabe	Ja		
Berndt Röder	Nein		
Hans-Detlef Roock	Nein		
Wolfgang Rose	Ja		
Andrea Rugbarth	Ja		
Monika Schaal	Ja		
Martin Schäfer	Ja		
Jana Schiedek	Ja		
Frank Schira	Nein		
Stefan Schmitt	Ja		
Christiane Schneider	Ja		
Birgit Schnieber-Jastram	Nein		
Sören Schumacher	Ja		
Karl Schwinke	Ja		
Richard Seelmaecker	Nein		
Viviane Spethmann	Nein		
Dorothee Stapelfeldt	Ja		
Hjalmar Stemmann	Nein		
Birgit Stöver	Nein		
Carola Thimm	Ja		
Juliane Timmermann	Ja		
Karin Timmermann	Ja		
André Trepoll	Nein		
Peter Tschentscher	Ja		
Carola Veit	Ja		
Thomas Völsch	Ja		
Kai Voet van Vormizeele	Nein		
Andreas Waldowsky	Nein		
Andreas C. Wankum	Nein		
Karl-Heinz Warnholz	Nein		
Jenny Weggen	Nein		

Anlage 2

Zu den Tagesordnungspunkten 2 bis 11

**Wahl von 15 Deputierten der Justizbehörde
- Drucksache 19/480 -**

Gewählt wurden	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
Dr. Jochen Bach	116	107	5	2	2
Dr. Michael Fromm	116	106	6	2	2
Yvonne Janßen-Dethgens	116	106	6	2	2
Dr. Bettina Krehl	116	106	6	2	2
Beatrix Kropp	116	106	6	2	2
Gerhard Twesten	116	106	6	2	2
Karin von Behr	116	106	6	2	2
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
Markus Bregazzi	116	106	6	2	2
Urs Tabbert	116	104	8	3	1
Birthe Dressel	116	104	10	1	1
Andreas Ackermann	116	107	5	2	2
Sabine Kramer	116	109	5	1	1
Constanze Zander-Böhm	116	106	6	2	2
Vorschlag der GAL-Fraktion:					
Ernst Medecke	116	104	10	1	1
Vorschlag der Fraktion DIE LINKE:					
Britta Eder	116	72	26	16	2

Anlage 2

**Wahl von 15 Deputierten der Behörde
für Schule und Berufsbildung
- Drucksache 19/481 -**

Gewählt wurden	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja- Stimmen	Nein- Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
Renate Buhs	116	103	6	4	3
Monika Heins	116	103	5	5	3
Wolfgang Kramer	116	98	9	5	4
Reinhard Meyer	116	103	5	5	3
Marita Meyer-Kainer	116	105	4	4	3
Dr. Susanne Rieckborn	116	105	4	4	3
Birgit Zeidler	116	105	4	3	3
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
Petra Löning	116	108	5	2	1
Sebastian Jonscher	116	107	6	2	1
Aydan Özoguz	116	111	3	1	1
Ole Schwede	116	109	5	1	1
Meike Jensen	116	107	6	1	2
Nicole Schuback	116	108	5	2	1
Vorschlag der GAL-Fraktion:					
Edgar Mebus	116	107	6	2	1
Vorschlag der Fraktion DIE LINKE:					
Henning Feige	116	77	24	12	3

Anlage 2

**Wahl von 15 Deputierten der Behörde
für Wissenschaft und Forschung
- Drucksache 19/482 -**

Gewählt wurden	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja- Stimmen	Nein- Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
Constanze Bredenbreuker	116	102	6	6	2
Corinna Buttler	116	104	4	6	2
Elke Dreyer	116	102	5	7	2
Helen-Editha Marwede	116	104	4	6	2
Thorsten Unger	116	103	4	7	2
Agnes Wieczorek	116	103	4	7	2
Nils T. Wolk	116	102	4	7	3
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
Kristina Böhlke	116	107	6	2	1
Iris Groschek	116	108	5	2	1
Torsten Hönisch	116	107	6	2	1
Sven Tode	116	108	5	2	1
Gudrun Bischoff-Kümmel	116	108	5	2	1
Guido Meyer	116	108	5	2	1
Vorschlag der GAL-Fraktion:					
Stefanie Wolpert	116	107	5	3	1
Vorschlag der Fraktion DIE LINKE:					
Till Petersen	116	72	25	16	3

Anlage 2

**Wahl von 15 Deputierten der Behörde
für Kultur, Sport und Medien
- Drucksache 19/483 -**

Gewählt wurden	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja- Stimmen	Nein- Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
Karl-Heinz Ehlers	116	98	11	5	2
Regina Gibbins	116	103	6	5	2
Sebastian Kothanik	116	103	5	6	2
Gino Leineweber	116	102	6	6	2
Carsten Rohde	116	102	6	6	2
Dietrich Rusche	116	103	6	5	2
Dr. Birthe Vietze	116	104	5	5	2
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
Susanne Kilgast	116	108	5	2	1
Renate Schade	116	107	6	2	1
Andreas Brinckmann	116	106	7	2	1
Eva Schleifenbaum	116	107	6	2	1
Wolfgang Marx	116	106	6	3	1
Stefan Engels	116	107	6	2	1
Vorschlag der GAL-Fraktion:					
Michael Werner-Bölz	116	103	8	3	2
Vorschlag der Fraktion DIE LINKE:					
Walter Wilken	116	73	24	16	3

Anlage 2

**Wahl von 15 Deputierten der Behörde
für Soziales, Familie,
Gesundheit und Verbraucherschutz
- Drucksache 19/484 -**

Gewählt wurden	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja- Stimmen	Nein- Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
Stefan Bohlen	116	103	5	6	2
Abut Can	116	103	5	6	2
Irene Gross	116	102	6	6	2
Thorsten Kuhlmann	116	103	5	6	2
Kay Petersen	116	103	5	6	2
Dr. Rudolph Sandmann	116	102	6	6	2
Marion von Frankenberg	116	103	5	5	3
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
Susanne Buhl	116	106	6	2	2
Jens-Peter Schwieger	116	107	5	2	2
Sylvia Wowretzko	116	107	5	2	2
Birger Kirstein	116	107	5	2	2
Elisabeth Chowaniec	116	105	7	2	2
Renate Janssen	116	107	5	2	2
Vorschlag der GAL-Fraktion:					
Dr. Verena Lappe	116	107	5	1	3
Vorschlag der Fraktion DIE LINKE:					
Detlef Baade	116	71	23	17	5

Anlage 2

**Wahl von 15 Deputierten der Behörde
für Stadtentwicklung und Umwelt
- Drucksache 19/485 -**

Gewählt wurden	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja- Stimmen	Nein- Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
Christoph Günther	116	104	4	6	2
Peter Kossmehl	116	103	5	6	2
Vullnet Rusani	116	103	5	6	2
Holger Schmidt	116	104	4	6	2
Peter Uhlenbroock	116	102	6	5	3
Florentina Wohlberg	116	105	4	5	2
Hans-Ulrich Zöllner	116	104	4	6	2
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
Beate Waldtmann	116	108	5	2	1
Renate Kraul-Behrens	116	108	5	2	1
Rolf Lange	116	106	5	3	2
Ralf Neubauer	116	108	5	2	1
Manfred Körner	116	107	6	2	1
Renate Vogel	116	108	5	2	1
Vorschlag der GAL-Fraktion:					
Frank Berka	116	103	7	4	2
Vorschlag der Fraktion DIE LINKE:					
Heike Sudmann	116	76	23	13	4

Anlage 2

**Wahl von 15 Deputierten der Behörde
für Wirtschaft und Arbeit
- Drucksache 19/486 -**

Gewählt wurden	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja- Stimmen	Nein- Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
Ina Eggers	115	104	6	4	1
Karl Fasbender	115	104	4	6	1
Dieter Grützmacher	115	104	4	6	1
Berend Kohlhasse	115	104	4	6	1
Matthias Lischke	115	102	6	6	1
Dr. Gerhard Lüders	115	102	6	6	1
Werner Schierk	115	104	4	6	1
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
Hans-Christoff Dees	115	103	7	3	2
Gerhard Kleinmagd	115	98	12	3	2
Gesine Dräger	115	105	7	2	1
Jürgen Schüssler	115	107	5	2	1
Joachim Seeler	115	107	5	2	1
Helga Mauersberger	115	106	6	2	1
Vorschlag der GAL-Fraktion:					
Birgit Müller	115	107	4	3	1
Vorschlag der Fraktion DIE LINKE:					
Hinrich Federsen	115	70	25	16	4

Anlage 2

**Wahl von 15 Deputierten der Behörde
für Inneres
- Drucksache 19/487 -**

Gewählt wurden	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja- Stimmen	Nein- Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
Manfred Frick	116	101	7	6	2
Hans-Hermann Fritsche	116	102	6	6	2
Martin Hoschützky	116	98	10	6	2
Dietrich Hoth	116	95	13	6	2
Bernd Ohde	116	97	11	6	2
Annikki Savonen	116	102	6	6	2
Ursula Wiedemann	116	103	5	6	2
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
Nicole Horstmann	116	107	5	3	1
Lars Kocherscheid	116	107	5	3	1
Dirk Mirow	116	106	6	3	1
Gerda Rose-Guddusch	116	107	5	3	1
Doris Mandel	116	106	6	3	1
Dominik Vogeler	116	107	5	3	1
Vorschlag der GAL-Fraktion:					
Tina Fritsche	116	108	3	4	1
Vorschlag der Fraktion DIE LINKE:					
Marc Meyer	116	72	23	18	3

Anlage 2

**Wahl von 15 Deputierten der Finanzbehörde
- Drucksache 19/488 -**

Gewählt wurden	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja- Stimmen	Nein- Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
Oliver Drews	116	105	4	5	2
Inge Ehlers	116	103	5	6	2
Josef Katzer	116	105	4	5	2
Petra Raßfeld-Wilske	116	104	5	5	2
Thomas Scheffel	116	105	4	5	2
Andreas Stonus	116	103	5	6	2
Michael Waldhelm	116	100	8	6	2
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
Jürgen Schmidt	116	101	10	4	1
Elisabeth Kiausch	116	105	9	1	1
Walter Zuckerer	116	105	9	1	1
Tanja Bestmann	116	108	5	2	1
Rüdiger Felsch	116	109	5	1	1
Joachim Heitmann	116	108	5	2	1
Vorschlag der GAL-Fraktion:					
Gabriele Albers	116	107	4	4	1
Vorschlag der Fraktion DIE LINKE:					
Rainer Volkmann	116	73	22	17	4

Anlage 2**Wahl eines Mitglieds des Datenschutzgremiums
nach § 14 der Datenschutzordnung
der Hamburgischen Bürgerschaft
- Drucksache 19/493 -**

Gewählt wurde	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja- Stimmen	Nein- Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der GAL-Fraktion:					
Farid Müller	113	97	9	6	1

Anlage 3**Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO
für die Sitzung der Bürgerschaft am 18. Juni 2008****A. Kenntnisaufnahmen**

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
23	422	Bericht der Kommission für Bodenordnung für das Jahr 2007
27	467	Entwicklungsplanung „Harburger Binnenhafen“
29	446	Bericht der Vierten Unabhängigen Kommission zur Angemessenheit der Leistungen nach dem Hamburgischen Abgeordnetengesetz
30	478	Geschäftsordnungen der Fraktionen
31	360	Bericht des Verfassungsausschusses

B. Einvernehmliche Ausschussüberweisungen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
19	471	Ergänzung des Haushaltsbeschlusses 2007/2008 für das Haushaltsjahr 2008 - Sicherheitsleistung zugunsten der GKSS-Forschungszentrum Geesthacht GmbH	SPD	Haushaltsausschuss
20	300	7. Beteiligungsbericht	SPD	Haushaltsausschuss
21	380	Beteiligung der HGV an der Komplementär-GmbH eines Erwerbsvehikels (GmbH & Co. KG) zum möglichen Ankauf von Hapag-Lloyd	SPD	Haushaltsausschuss
22	381	Unterrichtung der Bürgerschaft über das Ergebnis der Mai-Steuerschätzung 2008	SPD	Haushaltsausschuss
25	426	Zwischenerwerb von Aktien der Norddeutschen Affinerie AG (NA)	SPD	Haushaltsausschuss (f.) und Wirtschaftsausschuss
28	479	Zusammenfassender Bericht der Aufsichtskommission gemäß § 23 Absatz 4 des Hamburgischen Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (HmbPsychKG) über ihre Tätigkeit in den Jahren 2004 und 2005	SPD	Gesundheitsausschuss